

No. 32739

---

**GERMANY  
and  
SWEDEN**

**Agreement concerning the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and capital as well as inheritances and donations and concerning mutual assistance regarding tax matters (German-Swedish Tax Agreement) (with annex). Signed at Bonn on 14 July 1992**

*Authentic texts: German and Swedish.*

*Registered by Germany on 26 March 1996.*

---

**ALLEMAGNE  
et  
SUÈDE**

**Convention tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune ainsi que sur les successions et les donations et concernant l'assistance mutuelle en matière d'imposition fiscale (Convention fiscale germano-suédoise) [avec annexe]. Signée à Bonn le 14 juillet 1992**

*Textes authentiques : allemand et suédois.*

*Enregistrée par l'Allemagne le 26 mars 1996.*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DEM KÖNIGREICH SCHWEDEN ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEuerung BEI DEN STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN SOWIE BEI DEN ERBSCHAFT- UND SCHENKUNGSTEUERN UND ZUR LEISTUNG GEGENSEITIGEN BEISTANDS BEI DEN STEUERN (DEUTSCH-SCHWEDISCHES STEUERABKOMMEN)

Die Bundesrepublik Deutschland

und

das Königreich Schweden –

von dem Wunsch geleitet, durch ein neues Abkommen, das den heutigen Beziehungen zwischen beiden Staaten und den Rechtsentwicklungen Rechnung trägt, die Doppelbesteuerung zu vermeiden und sich gegenseitig Beistand bei den Steuern zu leisten –

sind wie folgt übereingekommen:

**Abschnitt I**

**Allgemeine Bestimmungen**

**Artikel 1**

**Ziel des Abkommens**

Die beiden Vertragsstaaten wirken zusammen, um die Doppelbesteuerung auf der Grundlage dieses Abkommens zu vermeiden, sich gegenseitig bei der Anwendung der Steuergesetze Beistand zu leisten und die zwischenstaatlichen Steuerbeziehungen durch Verständigung zu verbessern. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich hierzu in geeigneten Zeitabständen über die Entwicklung ihres Steuerrechts informieren und beraten, wie die vorgenannten Ziele zu erreichen sind.

**Artikel 2**

**Geltungsbereich des Abkommens**

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für folgende Steuern, die für Rechnung eines Vertragsstaats, seiner Länder oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden:

- a) Abschnitt II für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen; als solche gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.
- b) Abschnitt III für Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern; als solche gelten die Steuern, die
  - aa) von Todes wegen als Nachlaßsteuern, Erbanfallsteuern, Abgaben vom Vermögensübergang oder Steuern von Schenkungen auf den Todesfall erhoben werden, oder
  - bb) auf Übertragungen unter Lebenden nur deshalb erhoben werden, weil die Übertragungen unentgeltlich oder gegen ein zu geringes Entgelt vorgenommen werden.
- c) Abschnitt IV für Steuern jeder Art und Bezeichnung, soweit der Zusammenhang nichts anderes erfordert. Ausgenommen sind jedoch Zölle und Verbrauchsabgaben; die Umsatz- und Luxussteuern gelten für den Anwendungsbereich dieses Abschnitts nicht als Verbrauchsabgaben.

(2) Die zur Zeit bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, sind in der Anlage zum Abkommen aufgeführt.

(3) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden.

(4) In diesem Abkommen gelten

- a) der Abschnitt II für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind;
- b) der Abschnitt III für
  - aa) Nachlässe und Erbschaften, wenn der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig war, und
  - bb) Schenkungen, wenn der Schenker im Zeitpunkt der Schenkung in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig war.

### Artikel 3

#### Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:

- a) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“, im geographischen Sinne verwendet, das Gebiet, in dem das Steuerrecht der Bundesrepublik Deutschland gilt einschließlich des an das Küstenmeer angrenzenden Gebiets des Meeresbodens, des Meeresuntergrunds und der darüber befindlichen Wassersäule, soweit die Bundesrepublik Deutschland dort in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse ausübt;
- b) bedeutet der Ausdruck „Schweden“ das Königreich Schweden, und, im geographischen Sinne verwendet, das schwedische Hoheitsgebiet und alle Gebiete außerhalb der schwedischen Hoheitsgewässer, soweit Schweden dort in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht seine Hoheitsrechte zur Erforschung des Festlandssockels und zur Ausbeutung seiner Naturschätze ausüben darf;
- c) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang, die Bundesrepublik Deutschland oder Schweden;
- d) umfaßt der Ausdruck „Person“ natürliche Personen und Gesellschaften;
- e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- g) umfaßt der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- h) hat der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das

Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, Gebäude, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen;

- i) umfaßt der Ausdruck „Vermögen, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ist“ alle Vermögenswerte, deren Übergang oder Übertragung einer unter Abschnitt III des Abkommens fallenden Steuer unterliegt;
- j) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
  - aa) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland  
alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
  - bb) in bezug auf Schweden  
alle natürlichen Personen, die die schwedische Staatsangehörigkeit besitzen und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in Schweden geltenden Recht errichtet worden sind;
- k) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
  - aa) in der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen oder die Behörde, an die er seine Befugnisse delegiert hat;
  - bb) in Schweden den Finanzminister, seinen Bevollmächtigten oder die Behörde, an die er seine Befugnisse delegiert hat.

(2) Dieses Abkommen ist bei seiner Anwendung durch beide Vertragsstaaten übereinstimmend aus sich selbst heraus auszu legen. Ein in diesem Abkommen nicht definierter Ausdruck hat jedoch dann die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des anwendenden Staates zukommt, wenn der Zusammenhang dies erfordert und die zuständigen Behörden sich nicht auf eine gemeinsame Auslegung geeinigt haben (Artikel 39 Absatz 3, Artikel 40 Absatz 3).

#### Artikel 4

##### Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“

- a) für Zwecke der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfaßt jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist;
- b) für Zwecke der Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern eine Person, deren Nachlaß oder Schenkung oder deren Erwerb nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfaßt jedoch nicht eine Person, deren Nachlaß oder Schenkung in diesem Staat nur mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

## Artikel 5

### Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, daß die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen

Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

## Abschnitt II

### Besteuerung des Einkommens und Vermögens

#### Artikel 6

##### Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.



## Artikel 7

### Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne eines Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, daß dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muß jedoch derart sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

## Artikel 8

### Seeschifffahrt, Luftfahrt und Container-Betrieb

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus dem Betrieb (Nutzung oder Vermietung) von Containern, die im internationalen Verkehr verwendet werden, und der dazugehörigen Ausrüstung für die Beförderung der Container können nur in diesem Staat besteuert werden.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

## Artikel 9

### Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine

entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor, soweit diese notwendig ist, um eine doppelte Belastung der Gewinne zu vermeiden. Bei der Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

## Artikel 10

### Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen. Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Abweichend von Absatz 2 darf bei Dividenden, deren Nutzungsberechtigter eine Gesellschaft ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt,

- a) die Steuer nicht erhoben werden, wenn die Dividenden von einer in Schweden ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, und
- b) die Steuer 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen, wenn die Dividenden von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Kapitalgesellschaft gezahlt werden; die Steuer darf jedoch nicht erhoben werden, wenn der Unterschied zwischen den Sätzen der deutschen Körperschaftsteuer für ausgeschüttete Gewinne und nichtausgeschüttete Gewinne weniger als 5 Prozentpunkte beträgt.

(4) Der Ausdruck „Dividenden“ bedeutet für die Zwecke dieses Artikels Einkünfte aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheiden, Kuxen, Gründeranteilen oder aus sonstigen Gesellschaftsanteilen, wenn die Einkünfte hieraus nach dem Recht des Staates, in dem die zahlende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind. Der Ausdruck „Dividenden“ umfaßt auch

a) in der Bundesrepublik Deutschland

Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter, Einkünfte aus partiarischen Darlehen, Gewinnobligationen und ähnlichen gewinnabhängigen Vergütungen sowie Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen;

in Schweden

Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem „Aktiefond“.

b) andere Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem der Schuldner ansässig ist, den Einkünften aus Anteilen an Gesellschaften steuerlich gleichgestellt sind.

(5) Abweichend von den Absätzen 1 bis 3 dürfen Einkünfte aus Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder aus partiarischen Darlehen und Gewinnobligationen) nach dem Recht des Staates, aus dem sie stammen, besteuert werden, wenn sie dort bei der Ermittlung des Gewinns des Schuldners abzugsfähig sind.

(6) Die Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(7) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, daß diese Dividenden an eine in diesem anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder daß die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer in diesem anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

## Artikel 11

### Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels. Der Ausdruck „Zinsen“ umfaßt nicht die in Artikel 10 behandelten Einkünfte.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

## Artikel 12

### Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen,

künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme oder Bandaufnahmen für Fernsehen oder Rundfunk, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

### Artikel 13

#### Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden. Dies gilt auch bei der Veräußerung einer Beteiligung an einer Gesellschaft, deren Hauptzweck im direkten oder indirekten Halten oder Verwalten derartigen unbeweglichen Vermögens besteht, wenn der Veräußerer an der Gesellschaft zu irgendeinem Zeitpunkt in den fünf der Veräußerung vorausgehenden Jahren zu mindestens 10 vom Hundert an der Gesellschaft beteiligt war. Unbewegliches Vermögen, das einem eigenen land- und forstwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieb dient, bleibt hierbei außer Betracht.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertrags-

staat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen, Luftfahrzeugen oder Containern, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betreibt, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe, Luftfahrzeuge oder Container dient, können nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 3 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

(5) Bei einer natürlichen Person, die in einem Vertragsstaat während mindestens zwei Jahren ansässig war und die im anderen Vertragsstaat ansässig geworden ist, berührt Absatz 4 nicht das Recht des erstgenannten Staates, bei Aktien und anderen Anteilen an Gesellschaften und Personengesellschaften, die in dem erstgenannten Vertragsstaat ansässig sind, nach seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften bei der Person einen Vermögenszuwachs bis zu ihrem Wohnsitzwechsel oder die Gewinne aus der Veräußerung zu besteuern, die diese Person zu irgendeinem Zeitpunkt während der ersten fünf Jahre nach dem Wohnsitzwechsel bezieht.

## Artikel 14

### Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so können die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten und Buchsachverständigen.

## Artikel 15

### Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16 bis 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahrs aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs, das ein Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betreibt, ausgeübt wird, in diesem Staat besteuert werden.

(4) Die Bestimmungen des Absatzes 2 finden keine Anwendung auf Vergütungen für Arbeit im Rahmen gewerbsmäßiger Arbeitnehmerüberlassung. Die zuständigen Behörden treffen nach Artikel 40 die Vereinbarungen, die notwendig sind, um eine doppelte Erhebung von Abzugsteuern zu vermeiden und die Steueransprüche der beiden Vertragsstaaten zu sichern.

## Artikel 16

### Aufsichtsrats-, Verwaltungsrats- und Geschäftsleitungsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrats- oder Verwaltungsrats, als Geschäftsführer oder als Vorstandsmitglied einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.



## Artikel 17

### Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließend Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt, wenn er auf diese andere Person einen kontrollierenden Einfluß ausüben kann.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder im wesentlichen Umfang unmittelbar oder mittelbar aus öffentlichen Kassen des anderen Vertragsstaats unterstützt wird.

## Artikel 18

### Ruhegehälter und ähnliche Zahlungen

(1) Erhält eine in einem Vertragsstaat ansässige Person Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen oder Renten, so können diese Bezüge nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Bezüge, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erhält, können abweichend von Absatz 1 nur in diesem anderen Staat besteuert werden. Diese Bezüge können jedoch nur im erstgenannten Vertragsstaat besteuert werden, wenn diese Person ein Staatsangehöriger dieses Staates und nicht ein Staatsangehöriger des anderen Staates ist.

(3) Wiederkehrende und einmalige Vergütungen, die ein Vertragsstaat oder eine seiner Gebietskörperschaften an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person als Vergütung für einen Schaden zahlt, der als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden ist (einschließlich Wiedergutmachungsleistungen), können abweichend von Absatz 1 nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden.

(4) Der Begriff „Rente“ bedeutet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslanglich oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts

aufgrund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene Leistungen vorsieht.

(5) Einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die Bezüge aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erhält, sind bei der Besteuerung dieser Bezüge im erstgenannten Staat die gleichen Vergünstigungen zu gewähren, die für derartige Bezüge aus Quellen des erstgenannten Staates gewährt werden.

## Artikel 19

### Öffentlicher Dienst

(1) Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts eines der beiden Staaten an eine natürliche Person für geleistete Dienste gezahlt werden, sowie die in Absatz 4 genannten Vergütungen, können nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden, die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist, ein Staatsangehöriger dieses Staates und nicht ein Staatsangehöriger des erstgenannten Staates ist.

(2) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts eines der beiden Staaten an eine natürliche Person für geleistete Dienste gezahlt werden, können abweichend von Artikel 18 nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Ruhegehälter können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist, ein Staatsangehöriger dieses Staates und nicht ein Staatsangehöriger des erstgenannten Staates ist.

(3) Auf Vergütungen für Dienstleistungen und Ruhegehälter, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder, einer ihrer Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts eines der Staaten erbracht werden, sind die Artikel 15, 16 und 18 anzuwenden.

(4) Absatz 1 gilt auch für Vergütungen, die gezahlt werden

- a) im Fall der Bundesrepublik Deutschland von der Deutschen Bundesbank, der Deutschen Bundesbahn oder der Deutschen Bundespost; im Fall Schwedens von „postverket“, „televerket“, „statens jänrvägar“ oder „Sveriges riksbank“.

- b) vom oder für das deutsche Goethe-Institut in Schweden oder eine vergleichbare schwedische Institution in der Bundesrepublik Deutschland für Dienstleistungen an diese Institutionen,
- c) als Ausgleichszulage aus deutschen öffentlichen Kassen an zeitweise in Schweden tätige Lehrkräfte.
- d) vom oder für den „Sveriges Exportråd“ in der Bundesrepublik Deutschland oder die deutsch-schwedische Handelskammer in Schweden für Dienstleistungen als Handelssekretär beziehungsweise Geschäftsführer.

Für Ruhegehälter, die von den oder für die in Buchstabe a genannten Personen gezahlt werden, gilt Absatz 2.

(5) Unterliegt der Zahlungsempfänger mit den in Absatz 4 genannten Vergütungen in dem Staat, dem nach Maßgabe der vorstehenden Absätze 1 und 2 das Besteuerungsrecht zustehen würde, nicht der dortigen Steuerpflicht, so hat der andere Staat das Besteuerungsrecht.

## Artikel 20

### Unterhaltszahlungen und Zahlungen an Studenten

(1) Unterhaltszahlungen, einschließlich derjenigen für Kinder, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, sind in dem anderen Staat von der Steuer befreit. Das gilt nicht, soweit die Unterhaltszahlungen im erstgenannten Staat bei der Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens des Zahlungsverpflichteten abzugsfähig sind: Steuerfreibeträge zur Milderung der sozialen Lasten gelten nicht als Abzug im Sinne dieser Bestimmung.

(2) Zahlungen, die ein Student oder ein in einem gewerblichen, technischen, land- oder forstwirtschaftlichen Lehrverhältnis Stehender (einschließlich eines Praktikanten), der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

## Artikel 21

### Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

## **Artikel 22**

### **Vermögen**

(1) Unbewegliches Vermögen, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe, Luftfahrzeuge und Container, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe, Luftfahrzeuge oder Container dient, können nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

## **Artikel 23**

### **Vermeidung der Doppelbesteuerung im Wohnsitzstaat**

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden die Einkünfte aus Schweden sowie die in Schweden gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in Schweden besteuert werden können und die nicht unter Buchstabe b fallen. Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes für andere Einkünfte und Vermögenswerte zu berücksichti-

gen. Die vorstehenden Bestimmungen sind auch auf Einkünfte aus Ausschüttungen auf Beteiligungen an Kapitalgesellschaften anzuwenden, die an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft von einer in Schweden ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 v. H. unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört.

Nicht von der Steuerbemessungsgrundlage werden jedoch Ausschüttungen ausgenommen, die von einem Investmentfonds gezahlt werden, und Ausschüttungen von Beträgen, die bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft für Zwecke der schwedischen Steuer abgezogen worden sind.

Für die Zwecke der Steuern vom Vermögen werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Ausschüttungen, falls solche gezahlt würden, nach den vorhergehenden Sätzen von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.

- b) Auf die von den nachstehenden Einkünften aus Schweden zu erhebende deutsche Einkommen- und Körperschaftsteuer wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die schwedische Steuer angerechnet, die nach schwedischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist für
  - aa) Einkünfte aus Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen,
  - bb) Einkünfte, die nach Artikel 13 Absatz 1 Satz 2 und Artikel 13 Absatz 5 in Schweden besteuert werden können,
  - cc) Vergütungen, die nach den Artikeln 15 Absatz 4, 16 und 17 in Schweden besteuert werden können, und
  - dd) Einkünfte, auf die nach Artikel 43 Absatz 1 anstelle einer Steuerbefreiung eine Steueranrechnung zu gewähren ist.

Im Sinne dieses Absatzes gelten Gewinne oder Einkünfte einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person als aus Quellen in Schweden stammend, wenn sie in Übereinstimmung mit diesem Abkommen in Schweden besteuert werden.

(2) Bei einer in Schweden ansässigen Person wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Bezieht eine in Schweden ansässige Person Einkünfte, die nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, so rechnet Schweden unter Beach-

tung der Bestimmungen des schwedischen Steuerrechts (unter Beachtung der jeweils anzuwendenden Änderungen, die den allgemeinen Grundsatz dieser Bestimmungen unberührt lassen) auf seine von diesen Einkünften erhobene Steuer den Betrag an, der der in der Bundesrepublik Deutschland hierfür gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht.

- b) Bezieht eine in Schweden ansässige Person, die vorher in der Bundesrepublik Deutschland ansässig war, Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen, das in Übereinstimmung mit Artikel 13 Absatz 5 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert worden ist, so rechnet Schweden auf seine von diesen Gewinnen erhobene Steuer den Betrag an, der der in der Bundesrepublik Deutschland für diese Gewinne gezahlten Steuer, einschließlich der Steuer, die im Zeitpunkt des Wohnsitzwechsels auf den zu diesem Zeitpunkt entstandenen Vermögenszuwachs erhoben worden ist, entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten schwedischen Steuer nicht übersteigen, die auf den Veräußerungsgewinn entfällt. Diese Bestimmung gilt nur bei Veräußerungen innerhalb eines Zeitraums von 10 Jahren nach dem Wohnsitzwechsel.
- c) Besitzt eine in Schweden ansässige Person Vermögen, das nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden kann, so rechnet Schweden auf die vom Vermögen dieser Person erhobene Vermögensteuer den Betrag an, der der in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten schwedischen Vermögensteuer nicht übersteigen, die auf das in der Bundesrepublik Deutschland zu besteuernde Vermögen entfällt.
- d) Bezieht eine in Schweden ansässige Person Einkünfte, die in Übereinstimmung mit Artikel 18 beziehungsweise Artikel 19 nur in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, so kann Schweden diese Einkünfte bei der Festsetzung des Steuersatzes für andere Einkünfte berücksichtigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 sind Ausschüttungen auf Beteiligungen an Kapitalgesellschaften, die eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft an eine in Schweden ansässige Gesellschaft tätigt, von der schwedischen Steuer befreit, soweit die Ausschüttungen nach schwedischem Recht von der schwedischen Steuer befreit wären, wenn beide Gesellschaften in Schweden ansässig wären. Diese Freistellung ist jedoch nur zu

gewähren, wenn die Gewinne, aus denen die Ausschüttungen stammen, ausschließlich oder fast ausschließlich bestehen aus

- a) Gewinnen, die der normalen Körperschaftsteuer der Bundesrepublik Deutschland oder einer mit der schwedischen Körperschaftsteuer zu vergleichenden Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland oder in einem anderen Staat unterlegen haben, oder
- b) Ausschüttungen, die die Gesellschaft im Jahr der Ausschüttung oder in früheren Jahren aus Gesellschaftsanteilen empfangen hat, die sie an einer in einem dritten Staat ansässigen Gesellschaft hält und die freigestellt worden wären, wenn die Gesellschaftsanteile, aus denen die Ausschüttungen getätigt wurden, direkt von der in Schweden ansässigen Gesellschaft gehalten worden wären.

Diese Freistellung ist nicht zu gewähren, wenn die Ausschüttungen von einem Investmentfonds gezahlt werden, und bei Ausschüttungen von Beträgen, die bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft für Zwecke der deutschen Steuer abgezogen worden sind.

(4) Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Schweden zur Ausschüttung, so schließt Absatz 1 die Herstellung der „Ausschüttungsbelastung“ nach den Vorschriften des deutschen Steuerrechts nicht aus.

### Abschnitt III

## Besteuerung von Nachlässen, Erbschaften und Schenkungen

### Artikel 24

#### Besteuerungsregeln

(1) Unbewegliches Vermögen, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ist und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen eines Unternehmens, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ist und

- a) Betriebsvermögen einer im anderen Vertragsstaat belegenen Betriebsstätte darstellt, oder
- b) der Ausübung eines freien Berufs oder einer sonstigen selbständigen Tätigkeit dient und das zu einer im anderen Vertragsstaat belegenen festen Einrichtung gehört,

kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Alles andere Vermögen, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ist, kann ohne Rücksicht auf seine Belegenheit nur in diesem Staat besteuert werden, soweit Artikel 26 nichts anderes bestimmt.

## Artikel 25

### Schuldenabzug

(1) Schulden, die durch das in Artikel 24 Absatz 1 genannte Vermögen besonders gesichert sind, werden vom Wert dieses Vermögens abgezogen. Schulden, die zwar nicht durch das in Artikel 24 Absatz 1 genannte Vermögen besonders gesichert sind, die aber im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Änderung, der Instandsetzung oder der Instandhaltung solchen Vermögens entstanden sind, werden vom Wert dieses Vermögens abgezogen.

(2) Vorbehaltlich des Absatzes 1 werden Schulden, die mit einer in Artikel 24 Absatz 2 Buchstabe a genannten Betriebsstätte oder einer in Artikel 24 Absatz 2 Buchstabe b genannten festen Einrichtung zusammenhängen, vom Wert der Betriebsstätte beziehungsweise der festen Einrichtung abgezogen.

(3) Die anderen Schulden werden vom Wert des Vermögens abgezogen, für das Artikel 24 Absatz 3 gilt.

(4) Übersteigt eine Schuld den Wert des Vermögens, von dem sie in einem Vertragsstaat nach den Absätzen 1 oder 2 abzuziehen ist, so wird der übersteigende Betrag vom Wert des übrigen Vermögens, das in diesem Staat besteuert werden kann, abgezogen.

(5) Verbleibt in einem Vertragsstaat nach den Abzügen, die aufgrund von Absatz 3 oder 4 vorzunehmen sind, ein Schuldenrest, so wird dieser vom Wert des Vermögens, das im anderen Vertragsstaat besteuert werden kann, abgezogen.

(6) Ist ein Vertragsstaat nach den Absätzen 1 bis 5 verpflichtet, einen höheren als nach seinem Recht vorgesehenen Schuldenabzug vorzunehmen, so gelten die genannten Absätze nur insoweit, als der andere Vertragsstaat nach seinem innerstaatlichen Recht nicht verpflichtet ist, die gleichen Schulden abzuziehen.

## Artikel 26

### Vermeidung der Doppelbesteuerung im Wohnsitzstaat

(1) War der Erblasser, der Schenker oder ein Erwerber in der Bundesrepublik Deutschland ansässig, so wird die Doppelbesteuerung in der Bundesrepublik Deutschland wie folgt beseitigt:



- a) War der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes oder der Schenker im Zeitpunkt der Ausführung der Schenkung in der Bundesrepublik Deutschland ansässig, so rechnet die Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe der Vorschriften des deutschen Rechts über die Anrechnung ausländischer Steuern auf ihre Steuer die Steuer an, die in Schweden für das Vermögen gezahlt wird, das nach Artikel 24 Absätze 1 und 2 in Schweden besteuert werden kann.
- b) War im Zeitpunkt des Todes des Erblassers oder der Schenkung ein Erwerber in der Bundesrepublik Deutschland ansässig, so kann die Bundesrepublik Deutschland den Erwerb dieser Person nach den Bestimmungen des deutschen Rechts besteuern. Sie rechnet aber nach Maßgabe der Vorschriften des deutschen Rechts über die Anrechnung ausländischer Steuern auf ihre Steuer die Steuer an, die in Schweden für alles Vermögen gezahlt wird, das nicht nach Artikel 24 Absätze 1 und 2 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden kann.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten deutschen Steuern nicht übersteigen, der auf das Vermögen entfällt, für das die Anrechnung zu gewähren ist.

(2) War der Erblasser oder der Schenker in Schweden ansässig, so wird die Doppelbesteuerung in Schweden wie folgt beseitigt:

- a) War der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes oder der Schenker im Zeitpunkt der Ausführung der Schenkung in Schweden ansässig, so rechnet Schweden auf die nach seinem Recht festgesetzte Steuer den Betrag an, der den Steuern entspricht, die in der Bundesrepublik Deutschland für das Vermögen gezahlt werden, das nach Artikel 24 Absätze 1 und 2 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden kann.
- b) War im Zeitpunkt des Todes des Erblassers oder der Schenkung ein Erwerber nach schwedischem Recht in Schweden ansässig, und nicht gleichzeitig nach deutschem Recht in der Bundesrepublik Deutschland ansässig, so kann Schweden den Erwerb dieser Person nach den Bestimmungen des schwedischen Rechts besteuern. Es rechnet aber auf die schwedische Steuer die Steuer an, die in der Bundesrepublik Deutschland für alles Vermögen gezahlt wird, das nicht nach Artikel 24 Absätze 1 und 2 in Schweden besteuert werden kann.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten schwedischen Steuer nicht übersteigen.

der auf das Vermögen entfällt, für das die Anrechnung zu gewähren ist.

## Artikel 27

### Fünf-Jahres-Regel

(1) War der Erblasser im Zeitpunkt seines Todes oder der Schenker im Zeitpunkt der Schenkung

- a) Staatsangehöriger eines Vertragsstaats, ohne gleichzeitig Staatsangehöriger des anderen Vertragsstaats zu sein, und
- b) wird er in dem erstgenannten Staat nach dessen Steuerrecht wie eine dort ansässige Person besteuert und
- c) war er in dem anderen Vertragsstaat aufgrund des Artikels 4 Absatz 1 Buchstabe b für die Dauer von nicht mehr als fünf Jahren ansässig gewesen,

so gilt er abweichend von Artikel 4 als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehöriger er war.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für die Besteuerung eines Erben oder Beschenkten, wenn er in seiner Person im Zeitpunkt des Erfalls oder der Schenkung die Voraussetzungen nach Absatz 1 erfüllt.

## Artikel 28

### Steuerbefreite Organisationen

(1) Eine deutsche Körperschaft oder Organisation, die ausschließlich religiöse, mildtätige, wissenschaftliche, erzieherische oder öffentliche Zwecke verfolgt, ist für Zwecke der Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b) in Schweden steuerbefreit, wenn und soweit sie

- a) in der Bundesrepublik Deutschland steuerbefreit ist und
- b) in Schweden steuerbefreit wäre, sofern sie dort organisiert worden und ausschließlich dort tätig wäre.

(2) Eine schwedische Körperschaft oder Organisation, die ausschließlich religiöse, mildtätige, wissenschaftliche, erzieherische oder öffentliche Zwecke verfolgt, ist für Zwecke der Nachlaß-, Erbschaft- und Schenkungsteuern (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b) in der Bundesrepublik Deutschland steuerbefreit, wenn und soweit sie

- a) in Schweden steuerbefreit ist und
- b) in der Bundesrepublik Deutschland steuerbefreit wäre, sofern sie dort organisiert worden und ausschließlich dort tätig wäre.

## Abschnitt IV

### Beistand in Steuersachen

#### Artikel 29

##### Allgemeine Regeln

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten leisten sich gegenseitig Beistand

- a) durch den Austausch von Auskünften.
- b) durch die Unterstützung bei der Beitreibung, einschließlich Sicherungsmaßnahmen, und
- c) bei der Bekanntgabe von Schriftstücken.

(2) Gegenstand des Beistands sind auch Feststellungen und andere Maßnahmen zugunsten des Steuerpflichtigen sowie zur Vermeidung der Doppelbesteuerung. Dies gilt insbesondere bei zeitlich abgestimmten Maßnahmen der Steuerverwaltungen. Kann sich aus Beistandsmaßnahmen eine Doppelbesteuerung ergeben, so ist sie im Rahmen des Artikels 40 einverständlich zu beseitigen.

(3) Finanzgerichte oder andere Stellen, die in den Vertragsstaaten richterliche Aufgaben bei den Steuern im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe c des Abkommens wahrnehmen, können sich unter Beachtung der Regelungen ihres nationalen Rechts auf Ersuchen und unter Vermittlung der zuständigen Behörden nach Maßgabe dieses Abkommens Beistand leisten. Andere Bestimmungen, nach denen sich diese Stellen Beistand leisten können, bleiben unberührt.

(4) Dieses Abkommen läßt die Anwendung des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen einschließlich des Zusatzprotokolls vom 17. März 1978 und der zwischen den Vertragsstaaten hierzu bestehenden bilateralen Vereinbarungen unberührt.

(5) Die üblichen bei der Gewährung des Beistands entstehenden Kosten gehen zu Lasten des ersuchten Staates. Außergewöhnliche bei der Gewährung des Beistands entstehende Kosten gehen zu Lasten des ersuchenden Staates.

#### Artikel 30

##### Auskunft auf besonderes Ersuchen

Auf Ersuchen der zuständigen Behörde des einen Vertragsstaats erteilt die zuständige Behörde des ersuchten Staates dem

ersuchenden Staat Auskünfte, die in diesem Staat für die zutreffende Festsetzung der Steuern erheblich sein können.

### Artikel 31

#### Auskunft ohne besonderes Ersuchen

(1) Die zuständige Behörde des einen Vertragsstaats kann der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats die in Artikel 30 bezeichneten Auskünfte ohne vorheriges Ersuchen erteilen, wenn Gründe für die Vermutung bestehen, daß

- a) Steuern im anderen Staat verkürzt worden sind oder verkürzt werden könnten;
- b) zum Zwecke der Steuerumgehung Geschäftsbeziehungen über Drittstaaten geleitet worden sind;
- c) insgesamt eine niedrigere Steuerbelastung dadurch eintreten kann, daß Gewinne zwischen nahestehenden Personen nicht wie zwischen nicht nahestehenden Personen abgegrenzt werden;
- d) ein Sachverhalt, aufgrund dessen eine Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung gewährt worden ist, für den Steuerpflichtigen zu einer Besteuerung oder Steuererhöhung im anderen Staat führen könnte;
- e) ein im Zusammenhang mit der Auskunftserteilung des anderen Staates ermittelter Sachverhalt für die zutreffende Festsetzung der Steuern in diesem Staat erheblich ist.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können sich auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts auch ohne besonderes Ersuchen Auskünfte über gleichartige Sachverhalte erteilen, die

- a) die Überlassung ausländischer Arbeitnehmer und Gestaltungen zur Umgehung von Rechtsvorschriften des erteilenden Staates auf diesem Gebiet oder
- b) Einkünfte nicht im erteilenden Staat ansässiger Personen, die durch Angaben im Steuerentlastungsverfahren bekannt werden, oder
- c) Vergütungen der Vorsteuerbeträge in besonderen Verfahren für nicht im erteilenden Staat ansässige Steuerpflichtige

betreffen, um sicherzustellen, daß Steuern nicht verkürzt oder Steuererstattungen und Steuervergütungen nicht zu Unrecht gewährt werden.

## Artikel 32

### Beitreibung steuerlicher Ansprüche

(1) Auf Ersuchen der zuständigen Behörde des einen Vertragsstaats führt der ersuchte Staat vorbehaltlich des Absatzes 5 und des Artikels 33 die Beitreibung der steuerlichen Ansprüche des erstgenannten Staates durch, als handele es sich um seine eigenen steuerlichen Ansprüche.

(2) Absatz 1 gilt nur für steuerliche Ansprüche, die Gegenstand eines im ersuchenden Staat gültigen Vollstreckungstitels sind und die nicht angefochten sind.

(3) Bei steuerlichen Ansprüchen im Zusammenhang mit einem Erblasser oder seinem Nachlaß führt der ersuchte Staat die Beitreibung derartiger Ansprüche lediglich bis zur Höhe des Wertes des Nachlasses oder desjenigen Teiles des Vermögens durch, der auf jeden Nachlaßbegünstigten entfällt, je nachdem, ob die Ansprüche aus dem Nachlaß oder gegenüber den Nachlaßbegünstigten zu befriedigen sind.

(4) Auf Ersuchen der zuständigen Behörde des einen Vertragsstaats trifft der ersuchte Staat zum Zweck der Beitreibung der Steuerbeträge Sicherungsmaßnahmen, selbst wenn gegen die steuerlichen Ansprüche Einspruch eingelegt oder lediglich ein vorläufiger oder zu Sicherungszwecken ausgebrachter Vollstreckungstitel ausgestellt worden ist.

(5) Die steuerlichen Ansprüche, bei deren Beitreibung Unterstützung geleistet wird, genießen in dem ersuchten Staat kein Recht auf bevorzugte Befriedigung, das für steuerliche Ansprüche dieses Staates besonders gewährt wird.

(6) Der ersuchte Staat kann einem Zahlungsaufschub oder Ratenzahlungen zustimmen, wenn sein Recht oder seine Verwaltungspraxis dies in ähnlichen Fällen zuläßt; er unterrichtet den ersuchenden Staat hierüber.

(7) Dem Ersuchen sind beizufügen:

- a) eine Erklärung, daß der Anspruch eine unter das Abkommen fallende Steuer betrifft und daß er im Falle eines Beitreibungsersuchens nicht mehr angefochten werden kann;
- b) soweit erforderlich eine amtliche Ausfertigung des im ersuchenden Staat gültigen Vollstreckungstitels; und
- c) die anderen für die Beitreibung oder die Sicherungsmaßnahmen erforderlichen Schriftstücke.

(8) Der im ersuchenden Staat gültige Vollstreckungstitel wird, soweit erforderlich, gemäß den im ersuchten Staat geltenden

Bestimmungen nach Eingang des Ersuchens so bald wie möglich anerkannt, ergänzt oder durch einen Vollstreckungstitel des ersuchten Staates ersetzt.

### **Artikel 33**

#### **Verjährungsfristen**

(1) Für Fragen im Zusammenhang mit Verjährungsfristen bei steuerlichen Ansprüchen ist ausschließlich das Recht des ersuchenden Staates maßgebend. Das Ersuchen um Beitreibung enthält Angaben über die für die steuerlichen Ansprüche geltenden Verjährungsfristen.

(2) Beitreibungsmaßnahmen, die vom ersuchten Staat aufgrund eines Ersuchens durchgeführt werden und die nach dem Recht dieses Staates die Verjährungsfrist hemmen oder unterbrechen würden, haben nach dem Recht des ersuchenden Staates dieselbe Wirkung. Der ersuchte Staat unterrichtet den ersuchenden Staat über die zu diesem Zweck getroffenen Maßnahmen.

### **Artikel 34**

#### **Rechtsbehelf**

(1) Ein Rechtsbehelf gegen die vom ersuchten Staat aufgrund des Artikels 32 ergriffenen Maßnahmen ist nur bei den nach innerstaatlichem Recht zuständigen Behörden dieses Staates einzulegen.

(2) Ein Rechtsbehelf gegen die vom ersuchenden Staat ergriffenen Maßnahmen, der das Bestehen oder die Höhe des Steueranspruchs oder den Vollstreckungstitel betrifft, ist nur bei den nach innerstaatlichem Recht zuständigen Behörden dieses Staates einzulegen. Der ersuchende Staat unterrichtet den ersuchten Staat unverzüglich davon, daß ein Rechtsbehelf eingelegt worden ist. Nach Eingang der Mitteilung setzt der ersuchte Staat das Beitreibungsverfahren aus, bis die Entscheidung der zuständigen Behörde vorliegt. Der ersuchte Staat kann jedoch, wenn er vom ersuchenden Staat darum gebeten wird, Sicherungsmaßnahmen zur Gewährleistung der Beitreibung treffen. Jeder Beteiligte kann dem ersuchten Staat ebenfalls mitteilen, wenn ein Rechtsbehelf eingelegt worden ist. Nach Eingang der Mitteilung konsultiert der ersuchte Staat gegebenenfalls den ersuchenden Staat.

(3) Sobald eine endgültige Entscheidung zu dem Rechtsbehelf ergangen ist, unterrichtet der ersuchende oder der ersuchte Staat den anderen Staat über die Entscheidung und ihre Auswirkungen auf das Beistandsersuchen. Die beiden Staaten werden gegebenenfalls darüber beraten, ob das Beistandsersuchen aufrechterhalten wird.

### Artikel 35

#### Bekanntgabe von Schriftstücken

(1) Jeder Vertragsstaat kann einer Person im Gebiet des anderen Vertragsstaats Schriftstücke durch die Post unmittelbar zusenden.

(2) Auf Ersuchen stellt der ersuchte Staat dem Empfänger die Schriftstücke einschließlich gerichtlicher Entscheidungen zu, die aus dem ersuchenden Staat stammen und eine unter das Abkommen fallende Steuer betreffen.

(3) Der ersuchte Staat stellt Schriftstücke zu

- a) in einer Form, die sein Recht für die Zustellung im wesentlichen ähnlicher Schriftstücke vorschreibt;
- b) soweit möglich in einer besonderen vom ersuchenden Staat gewünschten Form oder einer dieser am nächsten kommenden Form, die das Recht des ersuchten Staates vorsieht.

(4) Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als bewirke es die Nichtigkeit einer durch einen Vertragsstaat in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften vorgenommenen Zustellung, wenn sie im Gegensatz zu den Bestimmungen dieses Artikels steht.

### Artikel 36

#### Grenzen der Verpflichtung zum Beistand

(1) Auskünfte, vorbehaltlich des Artikels 33,

- a) sind nicht zu erteilen.
  - aa) wenn die dazu dienende Amtshandlung in einem Besteuerungsverfahren nach dem Recht eines Staates nicht vorgenommen werden könnte oder einer allgemeinen Verwaltungsanweisung zuwiderlaufen würde;
  - bb) wenn dies bei den Steuern im Sinne dieses Abkommens zu einer Besteuerung führen würde, die diesem Abkommen widerspricht;
  - cc) wenn dies die öffentliche Ordnung beeinträchtigt, insbesondere die Geheimhaltung in einem der Vertragsstaaten nicht im Umfang des Artikels 37 gewährleistet ist;
  - dd) soweit die Gefahr besteht, daß dem Beteiligten durch die Preisgabe eines Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnisses oder eines Geschäftsverfahrens ein mit dem Zweck der Auskunftserteilung nicht zu vereinbarender Schaden entsteht;

- b) brauchen nicht erteilt zu werden, wenn
- aa) bei einem Ersuchen Anlaß zu der Annahme besteht, daß der ersuchende Staat die eigenen Ermittlungsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft hat, obwohl er von ihnen hätte Gebrauch machen können, ohne den Ermittlungszweck zu gefährden;
  - bb) keine Gegenseitigkeit besteht;
  - cc) die Auskünfte nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand erteilt werden könnten;
  - dd) durch die Erteilung der Auskünfte die Finanzbehörden eines Staates die Erfüllung ihrer eigenen Aufgaben ernstlich gefährden würden.

(2) In den anderen Fällen der Beistandsleistung gilt Absatz 1 entsprechend.

(3) Betrifft eine Beistandshandlung einen Sachverhalt, der in den Bestimmungen der Abschnitte II, III und IV geregelt ist, so kann sie von einer vorherigen Einigung über ein bindendes Schiedsverfahren im Sinne des Artikels 41 Absatz 5 Satz 2 abhängig gemacht werden.

### Artikel 37

#### Geheimhaltung

(1) Die Auskünfte, die ein Vertragsstaat nach diesem Abkommen erhalten hat, sind ebenso wie Kenntnisse des Staates aufgrund seines innerstaatlichen Rechts oder nach den strengeren Vorschriften des die Auskünfte erteilenden Staates geheimzuhalten.

(2) Diese Auskünfte dürfen nur für Zwecke der Steuerfestsetzung, der Überprüfung der Steuerfestsetzung durch die Aufsichtsbehörden oder der Rechnungsprüfung verwendet werden und nur solchen Personen offenbart werden, die mit diesen Aufgaben unmittelbar befaßt sind. Dies gilt auch, wenn nach dem innerstaatlichen Recht des empfangenden oder erteilenden Staates eine weitergehende Verwendung oder Offenbarung zugelassen ist, es sei denn, die zuständige Behörde des jeweils anderen Staates stimmt zu. Die Auskünfte dürfen auch in einem gerichtlichen Verfahren oder in einem Straf- oder Bußgeldverfahren für Zwecke dieser Verfahren unmittelbar an diesen Verfahren beteiligten Personen offenbart werden, wenn diese Verfahren im Zusammenhang mit der Steuerfestsetzung oder der Überprüfung der Steuerfestsetzung stehen. Sie dürfen in öffentlichen Gerichtsverhandlungen oder bei der öffentlichen Verkündigung von Urteilen nur



bekanntgegeben werden, wenn die zuständige Behörde des die Auskünfte erteilenden Staates keine Einwendungen erhebt. Entsprechendes gilt in den anderen Fällen der Beistandsleistung.

(3) Die von einem Vertragsstaat dem anderen Vertragsstaat erteilten Auskünfte können von diesem nach vorheriger Genehmigung durch die zuständige Behörde des erstgenannten Staates an einen Drittstaat übermittelt werden, wenn dort derselbe Geheimhaltungsschutz gewährleistet ist.

(4) Die Vertragsstaaten weisen durch geeignete Aufdrucke auf den besonderen Geheimhaltungsschutz hin.

## Abschnitt V

### Schutz des Steuerpflichtigen und Verständigung

#### Artikel 38

##### Verbot der Diskriminierung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtungen unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 2 Absatz 4 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(3) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 4 oder Artikel 12 Absatz 4 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen.

Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

### **Artikel 39**

#### **Konsultation**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens im allgemeinen oder im Einzelfall entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie in Fällen, die im Abkommen nicht behandelt sind, eine Doppelbesteuerung vermieden werden kann oder wie durch eine besondere Vereinbarung Fragen geklärt werden, die im Zusammenhang mit den Steuern im Sinne des Abkommens stehen und die sich durch unterschiedliche Maßstäbe der Vertragsstaaten für die Besteuerungsgrundlagen oder aus anderen Gründen ergeben. Sie können sich ferner beraten, um andere Schwierigkeiten, die sich aus Unterschieden ihrer Steuerrechte ergeben, zu mildern oder zu beseitigen, und der internationalen Steuerverkürzung und -umgehung zu begegnen.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können im Wege der Konsultation Vereinbarungen treffen, um

- a) künftige Zweifel zu klären, für welche Steuern das Abkommen nach seinem Artikel 2 Absatz 3 gilt;
- b) festzulegen, wie die Begrenzungsbestimmungen des Abkommens, insbesondere der Artikel 10 bis 12, durchzuführen sind.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können gemeinsam über allgemeine Regelungen beraten, um auf der

Grundlage des Abkommens den Anspruch der Steuerpflichtigen auf abgestimmte Anwendung des Abkommens in beiden Staaten durch gemeinsame Auslegungen oder durch besondere Verfahren zu sichern.

#### Artikel 40

##### Verständigung

(1) Ist eine Person der Auffassung, daß Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsbehelfe ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 38 Absatz 1 erfaßt wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können einander nach Artikel 39 oder nach den vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels insbesondere konsultieren, um nach Möglichkeit eine Einigung darüber zu erreichen, daß

- a) Gewinn, der auf ein Unternehmen eines Vertragsstaats und auf seine im anderen Vertragsstaat gelegene Betriebsstätte entfällt, übereinstimmend zugerechnet wird;
- b) Gewinne verbundener Unternehmen im Sinne des Artikels 9 Absatz 1 übereinstimmend abgegrenzt werden;
- c) Einkünfte, die im Quellenstaat den Einkünften aus Anteilen an Gesellschaften steuerlich gleichgestellt sind, im anderen Staat als Einkünfte aus Ausschüttungen auf Beteiligungen an Kapitalgesellschaften behandelt werden;
- d) Schulden bei den Steuern vom Vermögen, von Nachlässen, Erbschaften und Schenkungen übereinstimmend behandelt werden.

## Artikel 41

### Verfahren

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der Artikel 39 und 40 unmittelbar miteinander verkehren.

(2) Erscheint ein mündlicher Meinungs austausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungs austausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht.

(3) Die zuständigen Behörden können gemeinschaftlich ein unabhängiges Gremium beauftragen, eine gutachterliche Äußerung zu einer Frage abzugeben, die sie diesem Gremium vorlegen.

(4) Bezieht sich das Verfahren auf einen Einzelfall, so sind die Betroffenen zu hören; sie haben das Recht, eigene Anträge zu stellen.

(5) Für die Beilegung völkerrechtlicher Streitigkeiten aus diesem Abkommen gelten die Bestimmungen der Kapitel I, II und IV des Europäischen Übereinkommens vom 29. April 1957 zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten. Die Vertragsstaaten können jedoch vereinbaren, anstelle der dort vorgesehenen Verfahren ein Schiedsgericht anzurufen, dessen Entscheidung für sie bindend ist. Dieses Schiedsgericht soll aus Berufsrichtern der Vertragsstaaten oder dritter Staaten oder internationaler Organisationen bestehen. Sein Verfahren wird nach den für Schiedsverfahren international anerkannten Grundsätzen geregelt. Den Beteiligten ist volles rechtliches Gehör und das Recht zur Stellung eigener Anträge zu geben. Die Entscheidung ergeht auf der Grundlage der zwischen den Vertragsstaaten geltenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts; eine Entscheidung *ex aequo et bono* ist nicht zulässig. Solange eine Einigung über die Anrufung und Zusammensetzung des Schiedsgerichts sowie über dessen Verfahrensregeln noch nicht zustande gekommen ist, bleibt es jedem der Vertragsstaaten unbenommen, nach Satz 1 vorzugehen.

## Abschnitt VI

### Besondere Bestimmungen

## Artikel 42

### Luftfahrtkonsortien

(1) Hinsichtlich des schwedisch-dänisch-norwegischen Luftfahrtkonsortiums „Scandinavian Airlines System“ gilt folgendes:

- a) für die Gewinne des Konsortiums, seine Veräußerungsgewinne sowie für Vermögen, die auf den schwedischen Teilhaber des Konsortiums entfallen, gelten die Bestimmungen des Artikels 8, des Artikels 13 Absatz 3 und des Artikels 22 Absatz 3:
  - b) Vergütungen für unselbständige Arbeit, die von einer in Schweden ansässigen Person an Bord eines im internationalen Verkehr betriebenen Luftfahrzeugs des Konsortiums ausgeübt wird, können nur in Schweden besteuert werden.
- (2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 gelten entsprechend, falls die Bundesrepublik Deutschland oder die Lufthansa AG einem entsprechenden Konsortium beitreten.

### Artikel 43

#### Abkommensanwendung in besonderen Fällen

- (1) Der Wohnsitzstaat vermeidet die Doppelbesteuerung anstelle einer nach Artikel 23 zu gewährenden Steuerbefreiung durch eine Steueranrechnung nach den Grundsätzen des genannten Artikels.
- a) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Abschnitt V regeln läßt und
    - aa) wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte doppelt besteuert würden oder
    - bb) wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte unbesteuert blieben oder zu niedrig besteuert würden, oder
  - b) wenn er nach gehöriger Konsultation und vorbehaltlich der Beschränkungen seines innerstaatlichen Rechts dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert hat, auf die er diesen Absatz anzuwenden beabsichtigt. Die Notifikation wird erst ab dem ersten Tag des Kalenderjahrs wirksam, das auf das Jahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde und alle rechtlichen Voraussetzungen nach dem innerstaatlichen Recht des notifizierenden Staates für das Wirksamwerden der Notifikation erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als

- a) könne nach ihm die Steuerpflicht in einem Vertragsstaat durch den Mißbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten des Rechts umgangen werden;
- b) hindere es die Bundesrepublik Deutschland daran, ihre Steuern auf Beträge zu erheben, die nach dem Vierten Teil des deutschen Außensteuergesetzes dem Einkommen einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person zuzurechnen sind;
- c) hindere es Schweden daran, seine Steuern aufgrund von Vorschriften zu erheben, die den in Buchstabe b genannten Vorschriften nach Ziel und Wirkung entsprechen.

Wenn die vorstehenden Bestimmungen zu einer Doppelbesteuerung führen, beraten die zuständigen Behörden gemäß Artikel 40 Absatz 3 über die Vermeidung der Doppelbesteuerung.

(3) Im Sinne der Artikel 10 bis 12 gilt eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Nutzungsberechtigter von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren, wenn sie nach der Gesetzgebung dieses Staates dieser Person steuerlich zuzurechnen sind. Diese Person ist jedoch nicht Nutzungsberechtigter, wenn nach dem Recht des anderen Staates diese Einkünfte steuerlich anderen Personen zuzurechnen sind, denen die Nutzung für diese Einkünfte zusteht und die nicht in dem erstgenannten Staat ansässig sind.

#### Artikel 44

##### Inanspruchnahme von Ermäßigungen und Befreiungen

(1) Werden in einem Vertragsstaat die Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder sonstigen von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person bezogenen Einkünften im Abzugsweg (an der Quelle) erhoben, so wird das Recht des erstgenannten Staates zur Vornahme des Steuerabzugs zu dem nach seinem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Satz durch dieses Abkommen nicht berührt. Die im Abzugsweg (an der Quelle) erhobene Steuer ist jedoch auf Antrag des Steuerpflichtigen zu erstatten, wenn und soweit sie durch das Abkommen ermäßigt wird oder entfällt. Der Empfänger kann jedoch die unmittelbare Anwendung des Abkommens im Zeitpunkt der Zahlung beantragen, wenn das innerstaatliche Recht des betreffenden Staates dies zuläßt.

(2) Die Anträge auf Erstattung müssen vor dem Ende des vierten auf das Kalenderjahr der Zahlung der Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren oder anderen Einkünfte folgenden Jahres eingereicht werden.

(3) Die Steuerpflichtigen müssen jedem nach Absatz 1 eingereichten Antrag eine Wohnsitzbestätigung von den Steuerbehörden des Vertragsstaats beifügen, in dem sie ansässig sind.

(4) Die zuständigen Behörden können in gegenseitigem Einvernehmen die Durchführung dieses Artikels regeln und gegebenenfalls andere Verfahren zur Durchführung der im Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen oder -befreiungen festlegen.

#### **Artikel 45**

##### **Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen**

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen sowie internationaler Organisationen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

(2) Soweit Einkünfte oder Vermögenswerte wegen solcher Vorrechte im Empfangsstaat nicht besteuert werden, steht das Besteuerungsrecht dem Entsendestaat zu.

(3) Ungeachtet der Vorschriften des Artikels 4 wird eine natürliche Person, die Mitglied einer diplomatischen Mission oder einer konsularischen Vertretung ist, welche ein Vertragsstaat im anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat hat, für Zwecke des Abkommens als eine im Entsendestaat ansässige Person angesehen, wenn sie

- a) nach dem Völkerrecht im Empfangsstaat mit Einkünften aus Quellen außerhalb dieses Staates nicht besteuert wird und
- b) im Entsendestaat mit ihrem Welteinkommen denselben steuerlichen Verpflichtungen unterliegt wie eine dort ansässige Person.

(4) Das Abkommen gilt nicht für zwischenstaatliche Organisationen, ihre Organe oder Beamten sowie nicht für Mitglieder diplomatischer Missionen oder konsularischer Vertretungen eines dritten Staates und ihnen nahestehende Personen, die in einem Vertragsstaat anwesend sind, aber in keinem der beiden Vertragsstaaten für Zwecke der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wie dort ansässige Personen behandelt werden.

## Abschnitt VII

### Schlußbestimmungen

#### Artikel 46

##### Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Stockholm ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist anzuwenden in beiden Vertragsstaaten

- a) bei den Steuern vom Einkommen auf Einkommen, das in Zeiträumen ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erzielt wird, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist, und bei den Steuern vom Vermögen auf die Steuern, die für Vermögenswerte erhoben werden, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs vorhanden sind, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;
- b) bei der Erbschaftsteuer auf Nachlässe von Personen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gestorben sind, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist, und bei der Schenkungsteuer auf Schenkungen, die am oder nach dem 1. Januar des genannten Jahres ausgeführt werden;
- c) bei Beistandshandlungen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs vorgenommen werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

(3) Abweichend von den Vorschriften dieses Abkommens gilt für Dividenden im Sinne des Artikels 10 Absatz 3, die zwischen dem 1. Januar 1990 und dem 31. Dezember 1991 gezahlt werden, folgendes:

- a) bei Dividenden, die von einer in Schweden ansässigen Aktiengesellschaft gezahlt werden, ist der Steuersatz anzuwenden, der in Artikel 9 Absätze 3 und 4 des Abkommens vom 17. April 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener anderer Steuern in der Fassung des Protokolls vom 22. September 1978 vorgesehen ist;
- b) bei Dividenden, die von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Kapitalgesellschaft gezahlt werden, darf die Steuer 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.



Für Dividenden dieser Art, die nach dem 31. Dezember 1991 gezahlt werden, gelten die Vorschriften dieses Abkommens.

(4) Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens treten

- a) das Abkommen vom 17. April 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener anderer Steuern in der Fassung des Protokolls vom 22. September 1978,
- b) das Abkommen vom 14. Mai 1935 zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Erbschaftsteuern und
- c) der Vertrag vom 14. Mai 1935 zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Schweden über Amts- und Rechtshilfe in Steuersachen

außer Kraft; sie sind aber noch anzuwenden auf Einkommen, Vermögen, Nachlässe, Schenkungen und Beistandshandlungen, für die dieses Abkommen nicht gilt.

#### **Artikel 47**

##### **Außerkräfttreten**

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden in beiden Staaten

- a) bei den Steuern vom Einkommen auf das Einkommen, das für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erzielt wird, das auf das Kündigungsjahr folgt, und bei den Steuern vom Vermögen auf die Steuern, die für Vermögenswerte erhoben werden, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs vorhanden sind, das auf das Kündigungsjahr folgt;
- b) bei der Erbschaftsteuer auf Nachlässe von Personen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs sterben, das auf das Kündigungsjahr folgt, und auf Schenkungen, die am oder nach dem 1. Januar des genannten Jahres ausgeführt werden;

- c) bei Beistandshandlungen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs vorgenommen werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.

*[For the testimonium and signatures, see p. 273 of this volume — Pour le testimonium et les signatures, voir p. 273 du présent volume.]*

[SWEDISH TEXT — TEXTE SUÉDOIS]

AVTAL MELLAN FÖRBUNDSREPUBLICEN TYSKLAND OCH  
KONUNGARIKET SVERIGE FÖR ATT UNDVIKA DUBBEL-  
BESKATTNING BETRÄFFANDE SKATTER PÅ INKOMST OCH  
FÖRMÖGENHET OCH PÅ ARV OCH GÅVA SAMT FÖR ATT  
LÄMNA ÖMSESIDIG HANDRÄCKNING VID BESKATTNING  
(TYSK-SVENSKT SKATTEAVTAL)

Förbundsrepubliken Tyskland

och

Konungariket Sverige

har, föranledda av önskan att genom ett nytt avtal, som tar hänsyn till dagens förbindelser mellan de båda staterna och till rättsutvecklingen, undvika dubbelbeskattning och lämna ömsesidig handräckning vid beskattning.

kommit överens om följande:

## Kapitel I

### Allmänna bestämmelser

#### Artikel 1

##### Avtalets syfte

De båda avtalsslutande staterna skall enligt avtalet tillsammans verka för att med stöd av avtalet undvika dubbelbeskattning, att lämna ömsesidig handräckning vid tillämpningen av skattelagstiftningen samt att förbättra de mellanstatliga förbindelserna på skatteområdet genom ömsesidiga överenskommelser. De behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna skall i detta syfte med lämpliga tidsmellanrum informera varandra om utvecklingen inom respektive stats skattelagstiftning och rådgöra med varandra om hur förutnämnda mål skall uppnås.

#### Artikel 2

##### Avtalets tillämpningsområde

1. Detta avtal tillämpas på följande skatter, som påförs för en avtalsslutande stats, dess delstaters eller lokala myndigheters räkning, oberoende av det sätt på vilket skatterna tas ut:

- a) kapitel II på skatter på inkomst och förmögenhet; som sådana förstås alla skatter, som utgår på inkomst eller förmögenhet i dess helhet eller på delar av inkomst eller förmögenhet, däri inbegripna skatter på vinst på grund av överlåtelse av lös eller fast egendom, samt skatter på värdestegring,
- b) kapitel III på kvarlåtenskapsskatter, arvsskatter och gåvoskatter; som sådana förstås skatter, som utgår
  - 1) på grund av dödsfall såsom kvarlåtenskapsskatt, skatt på arv, skatt på egendomsöverlåtelse eller skatt på gåva vid dödsfall, eller
  - 2) vid överlåtelse mellan levande personer, men endast om de utgår emedan överlåtelsen sker utan ersättning eller mot för lågt vederlag,
- c) kapitel IV på skatter av varje slag och beskaffenhet, om inte sammanhanget föranleder annat. Undantagna är dock tullar och konsumtionsavgifter; vid tillämpningen av detta kapitel anses dock inte omsättnings- och lyxskatter som konsumtionsavgifter.

2. De för närvarande utgående skatter, på vilka avtalet tillämpas, finns angivna i bilagan till avtalet.

3. Avtalet tillämpas även på skatter av samma eller i huvudsak likartat slag, som efter undertecknandet av avtalet påförs vid sidan av eller i stället för de för närvarande utgående skatterna.

4. I detta avtal tillämpas

- a) kapitel II på personer som har hemvist i en avtalsslutande stat eller i båda avtalsslutande staterna,
- b) kapitel III på
  - 1) kvarlåtenskap och arv, när arvlåtaren vid sin död hade hemvist i en avtalsslutande stat eller i båda avtalsslutande staterna, och
  - 2) gåva, när givaren vid gåvotillfället hade hemvist i en avtalsslutande stat eller i båda avtalsslutande staterna.

### Artikel 3

#### Allmänna definitioner

1. Om inte sammanhanget föranleder annat, har vid tillämpningen av detta avtal följande uttryck nedan angiven betydelse:

- a) "Förbundsrepubliken Tyskland" åsyftar, när det används i geografisk betydelse, det område inom vilket Förbundsrepu-

bliken Tysklands skattelagstiftning äger tillämpning, däri inbegripet den del av havsbotten, dennas underlag och vattenutrymmet däröver som gränsar till Förbundsrepubliken Tysklands kustvatten, i den mån Förbundsrepubliken Tyskland där i överensstämmelse med folkrättens regler utövar suveräna rättigheter och befogenheter,

- b) "Sverige" åsyftar Konungariket Sverige och, när det används i geografisk betydelse, Sveriges territorium, samt varje utanförlägenhetsområde för Sveriges territorialvatten beläget område, i den mån Sverige enligt folkrättens regler äger utöva sina rättigheter att utforska kontinentalsockeln där och att utvinna dess naturtillgångar.
- c) "en avtalsslutande stat" eller "den andra avtalsslutande staten" åsyftar Förbundsrepubliken Tyskland eller Sverige, beroende på sammanhanget.
- d) "person" inbegriper fysisk person och bolag.
- e) "bolag" åsyftar juridisk person eller annan som vid beskattningen behandlas som juridisk person.
- f) "företag i en avtalsslutande stat" och "företag i den andra avtalsslutande staten" åsyftar företag som bedrivs av person med hemvist i en avtalsslutande stat, respektive företag som bedrivs av person med hemvist i den andra avtalsslutande staten.
- g) "internationell trafik" omfattar varje transport med skepp eller luftfartyg som används av företag i en avtalsslutande stat, utom då skeppet eller luftfartyget används uteslutande mellan platser i den andra avtalsslutande staten.
- h) "fast egendom" har den betydelse som uttrycket har enligt lagstiftningen i den avtalsslutande stat där egendomen är belägen. Uttrycket inbegriper dock alltid tillhörighet till fast egendom, levande och döda inventarier i lantbruk och skogsbruk, byggnader, rättigheter på vilka bestämmelserna i privaträtten om fast egendom tillämpas, nyttjanderätt till fast egendom samt rätt till föränderliga eller fasta ersättningar för nyttjandet av eller rätten att nyttja mineralförekomst, källa eller annan naturtillgång. Skepp och luftfartyg anses inte vara fast egendom.
- i) "egendom, som ingår i kvarlåtenskap efter eller gåva från person med hemvist i en avtalsslutande stat" omfattar alla tillgångar vilkas överföring eller överlåtelse är underkastade någon av de skatter på vilka kapitel III i avtalet tillämpas.

j) "medborgare" åsyftar

1) i fråga om Förbundsrepubliken Tyskland.

alla tyskar i den betydelse detta uttryck har i Förbundsrepubliken Tysklands grundlag och alla juridiska personer och andra personsammanslutningar som bildats enligt den lagstiftning som gäller i Förbundsrepubliken Tyskland.

2) i fråga om Sverige.

alla fysiska personer som är svenska medborgare och alla juridiska personer och andra personsammanslutningar som bildats enligt den lagstiftning som gäller i Sverige.

k) "behörig myndighet" åsyftar

1) i Förbundsrepubliken Tyskland, finansministern eller den myndighet till vilken denne har delegerat sina befogenheter.

2) i Sverige, finansministern, dennes befullmäktigade ombud eller den myndighet till vilken denne har delegerat sina befogenheter.

2. Detta avtal tillämpas i de avtalsslutande staterna i enlighet med dess lydelse. Uttryck som inte definierats i avtalet har likväl, om sammanhanget föranleder detta och inte de behöriga myndigheterna överenskommit om en gemensam tolkning (artikel 39 punkt 3, artikel 40 punkt 3), den betydelse som uttrycket har enligt den tillämpande statens lagstiftning.

#### Artikel 4

##### Hemvist

1. Vid tillämpningen av detta avtal åsyftar uttrycket "person med hemvist i en avtalsslutande stat",

a) i fråga om skatter på inkomst och förmögenhet, person som enligt lagstiftningen i denna stat är skattskyldig där på grund av hemvist, bosättning, plats för företagsledning eller annan liknande omständighet. Uttrycket inbegriper emellertid inte person som är skattskyldig i denna stat endast för inkomst från källa i denna stat eller för förmögenhet belägen där,

b) i fråga om kvarlåtenskapsskatt, arvsskatt och gåvoskatt, person vars kvarlåtenskap eller gåva eller vars förvärv enligt lagstiftningen i denna stat är skattepliktig där på grund av denna persons hemvist, bosättning, plats för företagsledning eller annan liknande omständighet. Uttrycket inbegriper emellertid inte person vars kvarlåtenskap eller gåva är skattepliktig i denna stat endast såvitt avser där belägen förmögenhet.

2. Då på grund av bestämmelserna i punkt 1 fysisk person har hemvist i båda avtalsslutande staterna, bestäms hans hemvist på följande sätt:

- a) Han anses ha hemvist i den stat där han har en bostad som stadigvarande står till hans förfogande; om han har en sådan bostad i båda staterna, anses han ha hemvist i den stat med vilken hans personliga och ekonomiska förbindelser är starkast (centrum för levnadsintressena).
- b) om det inte kan avgöras i vilken stat han har centrum för sina levnadsintressen eller om han inte i någondera staten har en bostad som stadigvarande står till hans förfogande, anses han ha hemvist i den stat där han stadigvarande vistas,
- c) om han stadigvarande vistas i båda staterna eller om han inte vistas stadigvarande i någon av dem, anses han ha hemvist i den stat där han är medborgare,
- d) om han är medborgare i båda staterna eller om han inte är medborgare i någon av dem, avgör de behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna frågan genom ömsesidig överenskommelse.

3. Då på grund av bestämmelserna i punkt 1 annan person än fysisk person har hemvist i båda avtalsslutande staterna, anses personen i fråga ha hemvist i den stat där den har sin verkliga ledning.

## Artikel 5

### Fast driftställe

1. Vid tillämpningen av detta avtal åsyftar uttrycket "fast driftställe" en stadigvarande plats för affärsverksamhet, från vilken ett företags verksamhet helt eller delvis bedrivs.

2. Uttrycket "fast driftställe" innefattar särskilt:

- a) plats för företagsledning,
- b) filial,
- c) kontor,
- d) fabrik,
- e) verkstad, och
- f) gruva, olje- eller gaskälla, stenbrott eller annan plats för utvinning av naturtillgångar.

3. Plats för byggnads-, anläggnings- eller installationsverksamhet utgör fast driftställe endast om verksamheten pågår mer än tolv månader.

4. Utan hinder av föregående bestämmelser i denna artikel anses uttrycket "fast driftställe" inte innefatta:

- a) användningen av anordningar uteslutande för lagring, utställning eller utlämnande av företaget tillhöriga varor,
- b) innehavet av ett företaget tillhörigt varulager uteslutande för lagring, utställning eller utlämnande,
- c) innehavet av ett företaget tillhörigt varulager uteslutande för bearbetning eller förädling genom annat företags försorg,
- d) innehavet av stadigvarande plats för affärsverksamhet uteslutande för inköp av varor eller inhämtande av upplysningar för företaget,
- e) innehavet av stadigvarande plats för affärsverksamhet uteslutande för att för företaget ombesörja reklam, ge upplysningar, bedriva vetenskaplig forskning eller liknande verksamhet av förberedande eller biträdande art,
- f) innehavet av stadigvarande plats för affärsverksamhet uteslutande för att kombinera verksamheter som anges i punkterna a)–e), under förutsättning att hela den verksamhet som bedrivs från den stadigvarande platsen för affärsverksamhet på grund av denna kombination är av förberedande eller biträdande art.

5. Om person, som inte är sådan oberoende representant på vilken punkt 6 tillämpas, är verksam för ett företag samt i en avtalsslutande stat har och där regelmässigt använder fullmakt att sluta avtal i företagets namn, anses detta företag – utan hinder av bestämmelserna i punkterna 1 och 2 – ha fast driftställe i denna stat beträffande varje verksamhet som denna person bedriver för företaget. Detta gäller dock inte, om den verksamhet som denna person bedriver är begränsad till sådan som anges i punkt 4 och som – om den bedrivs från en stadigvarande plats för affärsverksamhet – inte skulle göra denna stadigvarande plats för affärsverksamhet till fast driftställe enligt bestämmelserna i nämnda punkt.

6. Företag anses inte ha fast driftställe i en avtalsslutande stat endast på den grund att företaget bedriver affärsverksamhet i denna stat genom förmedling av mäklare, kommissionär eller annan oberoende representant, under förutsättning att sådan person därvid bedriver sin sedvanliga affärsverksamhet.

7. Den omständigheten att ett bolag med hemvist i en avtalsslutande stat kontrolleras eller kontrolleras av ett bolag med hemvist i den andra avtalsslutande staten eller som bedriver affärsverksamhet i denna andra stat (antingen från fast driftställe eller på annat sätt), medför inte att någotdera bolaget utgör fast driftställe för det andra.



## Kapitel II

### Beskattning av inkomst och förmögenhet

#### Artikel 6

##### Inkomst av fast egendom

1. Inkomst, som person med hemvist i en avtalsslutande stat förvärvar av fast egendom (däri inbegripen inkomst av lantbruk och skogsbruk) belägen i den andra avtalsslutande staten, får beskattas i denna andra stat.

2. Bestämmelserna i punkt 1 tillämpas på inkomst som förvärs genom omedelbart brukande, genom uthyrning eller varje annan användning av fast egendom.

3. Bestämmelserna i punkterna 1 och 2 tillämpas även på inkomst av fast egendom som tillhör företag och på inkomst av fast egendom som används vid självständig yrkesutövning.

#### Artikel 7

##### Inkomst av rörelse

1. Inkomst av rörelse, som företag i en avtalsslutande stat förvärvar, beskattas endast i denna stat, såvida inte företaget bedriver rörelse i den andra avtalsslutande staten från där beläget fast driftställe. Om företaget bedriver rörelse på nyss angivet sätt, får företagets inkomst beskattas i denna andra stat, men endast så stor del av den som är hänförlig till det fasta driftstället.

2. Om företag i en avtalsslutande stat bedriver rörelse i den andra avtalsslutande staten från där beläget fast driftställe, hänförs, om inte bestämmelserna i punkt 3 föranleder annat, i vardera avtalsslutande staten till det fasta driftstället den inkomst som det kan antas att driftstället skulle ha förvärvat, om det varit ett fristående företag, som bedrivit verksamhet av samma eller liknande slag under samma eller liknande villkor och självständigt avslutat affärer med det företag till vilket driftstället hör.

3. Vid bestämmandet av fast driftställes inkomst medges avdrag för utgifter som uppkommit för det fasta driftstället, härunder inbegripna utgifter för företagets ledning och allmänna förvaltning, oavsett om utgifterna uppkommit i den stat där det fasta driftstället är beläget eller annorstädes.

4. I den mån inkomst hänförlig till fast driftställe brukat i en avtalsslutande stat bestämmas på grundval av en fördelning av företagets hela inkomst på de olika delarna av företaget, hindrar bestämmelserna i punkt 2 inte att i denna avtalsslutande stat den

skattepliktiga inkomsten bestäms genom sådant förfarande. Den fördelningsmetod som används skall dock vara sådan att resultatet överensstämmer med principerna i denna artikel.

5. Inkomst hänförs inte till fast driftställe endast av den anledningen att varor inköps genom det fasta driftställets försorg för företaget.

6. Vid tillämpningen av föregående punkter bestäms inkomst som är hänförlig till det fasta driftstället genom samma förfarande år från år, såvida inte goda och tillräckliga skäl föranleder annat.

7. Ingår i inkomst av rörelse inkomstslag som behandlas särskilt i andra artiklar av detta avtal, berörs bestämmelserna i dessa artiklar inte av reglerna i förevarande artikel.

### **Artikel 8**

#### **Sjöfart, luftfart och användning av containers**

1. Inkomst, som företag i en avtalsslutande stat förvärvar genom användningen av skepp eller luftfartyg i internationell trafik, beskattas endast i denna stat.

2. Inkomst, som företag i en avtalsslutande stat förvärvar genom användningen (eget nyttjande eller uthyrning) av containers som används i internationell trafik samt därtill hörande utrustning för transport av containers, beskattas endast i denna stat.

3. Bestämmelserna i punkterna 1 och 2 tillämpas även på inkomst som förvärvas genom deltagande i en pool, ett gemensamt företag eller en internationell driftsorganisation.

### **Artikel 9**

#### **Företag med intressegemenskap**

1. I fall då

- a) ett företag i en avtalsslutande stat direkt eller indirekt deltar i ledningen eller övervakningen av ett företag i den andra avtalsslutande staten eller äger del i detta företags kapital, eller
- b) samma personer direkt eller indirekt deltar i ledningen eller övervakningen av såväl ett företag i en avtalsslutande stat som ett företag i den andra avtalsslutande staten eller äger del i båda dessa företags kapital,

iaktas följande.

Om mellan företagen i fråga om handelsförbindelser eller finansiella förbindelser avtalas eller föreskrivs villkor, som avviker från dem som skulle ha avtalats mellan av varandra

oberoende företag, får all inkomst, som utan sådana villkor skulle ha tillkommit det ena företaget men som på grund av villkoren i fråga inte tillkommit detta företag, inräknas i detta företags inkomst och beskattas i överensstämmelse därmed.

2. I fall då inkomst, för vilken ett företag i en avtalslutande stat beskattats i denna stat, även inräknas i inkomsten för ett företag i den andra avtalslutande staten och beskattas i överensstämmelse därmed i denna andra stat samt den sålunda inräknade inkomsten är sådan som skulle ha tillkommit företaget i den förstnämnda staten om de villkor som avtalats mellan företagen hade varit sådana som skulle ha avtalats mellan av varandra oberoende företag, skall den andra staten genomföra vederbörlig justering av det skattebelopp som påförts för inkomsten i denna stat, i den mån detta är nödvändigt för att förhindra dubbelbeskattning av inkomsten. Vid sådan justering iaktas de övriga bestämmelserna i detta avtal och de behöriga myndigheterna i de avtalslutande staterna överlägger vid behov med varandra.

## Artikel 10

### Utdelning

1. Utdelning från bolag med hemvist i en avtalslutande stat till person med hemvist i den andra avtalslutande staten får beskattas i denna andra stat.

2. Utdelningen får emellertid beskattas även i den avtalslutande stat där bolaget som betalar utdelningen har hemvist, enligt lagstiftningen i denna stat, men om mottagaren har rätt till utdelningen får skatten inte överstiga 15 procent av utdelningens bruttobelopp.

Denna punkt berör inte bolagets beskattning för vinst av vilken utdelningen betalas.

3. Med avvikelse från bestämmelserna i punkt 2 får beträffande utdelning som tillfaller bolag som har rätt till utdelningen och som direkt äger minst 10 procent av det utbetalande bolagets kapital,

- a) skatten inte tas ut om utdelningen betalas av ett i Sverige hemmahörande bolag, och
- b) skatten inte överstiga 5 procent av utdelningens bruttobelopp om utdelningen betalas av ett i Förbundsrepubliken Tyskland hemmahörande bolag vars delägare inte personligen ansvarar för bolagets förbindelser (Kapitalgesellschaft); skatten får emellertid inte tas ut om skillnaden i bolagsskattesats mellan skatt på utdelad vinst och på icke utdelad vinst uppgår till mindre än 5 procentenheter.

4. Med uttrycket "utdelning" förstås i denna artikel inkomst av aktier, andelsbevis eller andra liknande bevis med rätt till andel i vinst, gruvaktier, stiftarandelar eller av andra andelar i bolag, om inkomsten av dessa andelar i bolag enligt lagstiftningen i den stat där det utdelande bolaget har hemvist i beskattningshänseende jämföras med inkomst av aktier. Uttrycket utdelning omfattar också

a) i Förbundsrepubliken Tyskland,

inkomst som bolagsman i tyst bolag uppbär i denna egenskap, inkomst av vinstandelslån, inkomst av obligationer på vilka avkastning utgår i förhållande till vinsten och liknande vinstberoende ersättningar samt utdelning på andelsbevis i en "Investmentvermögen",

i Sverige,

utdelning på andelar i aktiefond,

b) inkomst, som enligt lagstiftningen i den stat där gäldenären har hemvist i beskattningshänseende jämföras med inkomst av andelar i bolag.

5. Med avvikelse från bestämmelserna i punkterna 1 till 3 får inkomst av rättigheter eller fordringar med rätt till andel i vinst (i Förbundsrepubliken Tyskland innefattande inkomst som bolagsman i tyst bolag i denna egenskap uppbär eller inkomst av vinstandelslån och av obligationer på vilka avkastning utgår i förhållande till vinsten) beskattas enligt lagstiftningen i den stat från vilken inkomsten härrör, om den vid beräkningen av gäldenärens vinst är avdragsgill där.

6. Bestämmelserna i punkterna 1 till 3 tillämpas inte, om den som har rätt till utdelningen har hemvist i en avtalsslutande stat och bedriver rörelse i den andra avtalsslutande staten, där bolaget som betalar utdelningen har hemvist, från där beläget fast driftställe eller utövar självständig yrkesverksamhet i denna andra stat från där belägen stadigvarande anordning, samt den andel på grund av vilken utdelningen betalas äger verkligt samband med det fasta driftstället eller den stadigvarande anordningen. I sådant fall tillämpas bestämmelserna i artikel 7 respektive artikel 14.

7. Om bolag med hemvist i en avtalsslutande stat förvärvar inkomst från den andra avtalsslutande staten, får denna andra stat inte beskatta utdelning som bolaget betalar, utom i den mån utdelningen betalas till person med hemvist i denna andra stat eller i den mån den andel på grund av vilken utdelningen betalas äger verkligt samband med fast driftställe eller stadigvarande anordning i denna andra stat, och ej heller beskatta bolagets icke utdelade vinst, även om utdelningen eller den icke utdelade

vinsten helt eller delvis utgörs av inkomst som uppkommit i denna andra stat.

## Artikel 11

### Ränta

1. Ränta, som härrör från en avtalsslutande stat och som betalas till person med hemvist i den andra avtalsslutande staten, beskattas endast i denna andra stat, om personen i fråga har rätt till räntan.

2. Med uttrycket "ränta" förstås i denna artikel inkomst av varje slags fordran, antingen den säkerställts genom inteckning i fast egendom eller inte och antingen den medför rätt till andel i gäldenärens vinst eller inte. Uttrycket åsyftar särskilt inkomst av värdepapper som utfärdats av staten och inkomst av obligationer eller debentures, däri inbegripna agiobelopp och vinster som hänför sig till sådana värdepapper, obligationer eller debentures. Straffavgift på grund av sen betalning anses inte som ränta vid tillämpningen av denna artikel. Uttrycket "ränta" innefattar inte de inkomster som behandlas i artikel 10.

3. Bestämmelserna i punkt 1 tillämpas inte, om den som har rätt till räntan har hemvist i en avtalsslutande stat och bedriver rörelse i den andra avtalsslutande staten, från vilken räntan härrör, från där beläget fast driftställe eller utövar självständig yrkesverksamhet i denna andra stat från där belägen stadigvarande anordning, samt den fordran för vilken räntan betalas äger verkligt samband med det fasta driftstället eller den stadigvarande anordningen. I sådant fall tillämpas bestämmelserna i artikel 7 respektive artikel 14.

4. Då på grund av särskilda förbindelser mellan utbetalaren och den som har rätt till räntan eller mellan dem båda och annan person räntebeloppet, med hänsyn till den fordran för vilken räntan betalas, överstiger det belopp som skulle ha avtalats mellan utbetalaren och den som har rätt till räntan om sådana förbindelser inte förelegat, tillämpas bestämmelserna i denna artikel endast på sistnämnda belopp. I sådant fall beskattas överskjutande belopp enligt lagstiftningen i vardera avtalsslutande staten med iakttagande av övriga bestämmelser i detta avtal.

## Artikel 12

### Royalty

1. Royalty, som härrör från en avtalsslutande stat och som betalas till person med hemvist i den andra avtalsslutande staten, beskattas endast i denna andra stat, om personen i fråga har rätt till royaltyn.

2. Med uttrycket "royalty" förstås i denna artikel varje slags betalning som mottas såsom ersättning för nyttjandet av eller för rätten att nyttja upphovsrätt till litterärt, konstnärligt eller vetenskapligt verk, häri inbegripet biografilm eller bandupptagning för television eller radio, patent, varumärke, mönster eller modell, ritning, hemligt recept eller hemlig tillverkningsmetod samt för upplysning om erfarenhetsrön av industriell, kommersiell eller vetenskaplig natur.

3. Bestämmelserna i punkt 1 tillämpas inte, om den som har rätt till royaltyn har hemvist i en avtalsslutande stat och bedriver rörelse i den andra avtalsslutande staten, från vilken royaltyn härrör, från där beläget fast driftställe eller utövar självständig yrkesverksamhet i denna andra stat från där belägen stadigvarande anordning, samt den rättighet eller egendom i fråga om vilken royaltyn betalas äger verkligt samband med det fasta driftstället eller den stadigvarande anordningen. I sådant fall tillämpas bestämmelserna i artikel 7 respektive artikel 14.

4. Då på grund av särskilda förbindelser mellan utbetalaren och den som har rätt till royaltyn eller mellan dem båda och annan person royaltybeloppet, med hänsyn till det nyttjande, den rätt eller den upplysning för vilken royaltyn betalas, överstiger det belopp som skulle ha avtalats mellan utbetalaren och den som har rätt till royaltyn om sådana förbindelser inte förelegat, tillämpas bestämmelserna i denna artikel endast på sistnämnda belopp. I sådant fall beskattas överskjutande belopp enligt lagstiftningen i vardera avtalsslutande staten med iakttagande av övriga bestämmelser i detta avtal.

### Artikel 13

#### Realisationsvinst

1. Vinst, som person med hemvist i en avtalsslutande stat förvärvar på grund av överlåtelse av fast egendom som är belägen i den andra avtalsslutande staten, får beskattas i denna andra stat. Detta gäller också beträffande överlåtelse av andel i bolag vars huvudsakliga ändamål är att direkt eller indirekt inneha eller förvalta sådan egendom i det fall överlåtaren vid någon tidpunkt under de fem år som närmast föregått försäljningen innehaft minst 10 procent i bolaget. Fast egendom, som används i eget jord- eller skogsbruk eller i näringsverksamhet, beaktas därvid inte.

2. Vinst på grund av överlåtelse av lös egendom, som utgör del av rörelsetillgångarna i fast driftställe, vilket ett företag i en avtalsslutande stat har i den andra avtalsslutande staten, eller av lös egendom, hänförlig till stadigvarande anordning för att utöva självständig yrkesverksamhet, som person med hemvist i en

avtalsslutande stat har i den andra avtalsslutande staten, får beskattas i denna andra stat. Detsamma gäller vinst på grund av överlåtelse av sådant fast driftställe (för sig eller tillsammans med hela företaget) eller av sådan stadigvarande anordning.

3. Vinst på grund av överlåtelse av skepp, luftfartyg eller containere som används i internationell trafik av företag i en avtalsslutande stat och lös egendom som är hänförlig till användningen av sådana skepp, luftfartyg eller containere beskattas endast i denna stat.

4. Vinst på grund av överlåtelse av annan egendom än sådan som avses i punkterna 1–3 beskattas endast i den avtalsslutande stat där överlåtaren har hemvist.

5. I fråga om fysisk person som har haft hemvist i en avtalsslutande stat under minst två år och som har erhållit hemvist i den andra avtalsslutande staten, påverkar bestämmelserna i punkt 4 inte den förstnämnda statens rätt att fram till tidpunkten för bytet av hemvist enligt sin interna lagstiftning beskatta sådan person för värdestegring på aktier och andra andelar i bolag (Gesellschaften) och handelsbolag, kommanditbolag, enkelt bolag, partrederi eller gruvbolag (Personengesellschaften) som är hemmahörande i den förstnämnda staten eller att enligt sin interna lagstiftning beskatta vinst på grund av överlåtelse av sådan egendom som denna person förvärvat vid någon tidpunkt under de första fem åren efter bytet av hemvist.

#### Artikel 14

##### Självständig yrkesutövning

1. Inkomst, som person med hemvist i en avtalsslutande stat förvärvat genom att utöva fritt yrke eller annan självständig verksamhet, beskattas endast i denna stat om han inte i den andra avtalsslutande staten har stadigvarande anordning, som regelmässigt står till hans förfogande för att utöva verksamheten. Om han har sådan stadigvarande anordning, får inkomsten beskattas i denna andra stat men endast så stor del av den som är hänförlig till denna stadigvarande anordning.

2. Uttrycket "fritt yrke" inbegriper särskilt självständig vetenskaplig, litterär och konstnärlig verksamhet, uppfostrings- och undervisningsverksamhet samt sådan självständig verksamhet som läkare, tandläkare, advokat, ingenjör, arkitekt och revisor utövar.

## Artikel 15

### Enskild tjänst

1. Om inte bestämmelserna i artiklarna 16–19 föranleder annat, beskattas lön och annan liknande ersättning, som person med hemvist i en avtalsslutande stat uppbär på grund av anställning, endast i denna stat, såvida inte arbetet utförs i den andra avtalsslutande staten. Om arbetet utförs i denna andra stat, får ersättning som uppbärs för arbetet beskattas där.

2. Utan hinder av bestämmelserna i punkt 1 beskattas ersättning, som person med hemvist i en avtalsslutande stat uppbär för arbete som utförs i den andra avtalsslutande staten, endast i den förstnämnda staten, om

- a) mottagaren vistas i den andra staten under tidrymd eller tidrymder som sammanlagt inte överstiger 183 dagar under kalenderåret i fråga, och
- b) ersättningen betalas av arbetsgivare som inte har hemvist i den andra staten eller på dennes vägnar, samt
- c) ersättningen inte belastar fast driftställe eller stadigvarande anordning som arbetsgivaren har i den andra staten.

3. Utan hinder av föregående bestämmelser i denna artikel får ersättning för arbete, som utförs ombord på skepp eller luftfartyg som används i internationell trafik av företag i en avtalsslutande stat, beskattas i denna stat.

4. Bestämmelserna i punkt 2 tillämpas inte beträffande ersättning för arbete inom ramen för yrkesmässig uthyrning av arbetskraft. De behöriga myndigheterna skall enligt artikel 40 träffa de överenskommelser som erfordras för att undvika dubbelt uttag av skatt och för att säkra de båda avtalsslutande staternas skatteanspråk.

## Artikel 16

### Styrelsearvode, ersättning till person i företagsledande ställning och annan liknande ersättning

Styrelsearvode och annan liknande ersättning, som person med hemvist i en avtalsslutande stat uppbär i egenskap av medlem i styrelse eller annat liknande organ i bolag med hemvist i den andra avtalsslutande staten eller såsom verkställande direktör eller medlem av direktionen i sådant bolag, får beskattas i denna andra stat.



## Artikel 17

### Artister och idrottsmän

1. Utan hinder av bestämmelserna i artiklarna 7, 14 och 15 får inkomst, som person med hemvist i en avtalsslutande stat förvärfvar genom sin personliga verksamhet i den andra avtalsslutande staten i egenskap av artist, såsom teater- eller filmskådespelare, radio- eller televisionsartist eller musiker, eller av idrottsman, beskattas i denna andra stat.

2. I fall då inkomst genom personlig verksamhet, som artist eller idrottsman utövar i denna egenskap, inte tillfaller artisten eller idrottsmannen själv utan annan person, får denna inkomst, utan hinder av bestämmelserna i artiklarna 7, 14 och 15, beskattas i den avtalsslutande stat där artisten eller idrottsmannen utövar verksamheten om denne kan utöva ett kontrollerande inflytande på denna andra person.

3. Bestämmelserna i punkterna 1 och 2 tillämpas inte på inkomst från uppträdande av artister eller idrottsmän, om deras vistelse i en avtalsslutande stat helt eller i väsentlig omfattning direkt eller indirekt är bekostad av allmänna medel från den andra avtalsslutande staten.

## Artikel 18

### Pension och liknande betalning

1. Pension och liknande ersättning och livränta, som person med hemvist i en avtalsslutande stat uppbär, beskattas endast i denna stat.

2. Med avvikelse från bestämmelserna i punkt 1 beskattas belopp, som person med hemvist i en avtalsslutande stat erhåller enligt socialförsäkringslagstiftningen i den andra avtalsslutande staten, endast i denna andra stat. Dessa belopp kan emellertid endast beskattas i den förstnämnda staten om personen är medborgare i denna stat men inte är medborgare i den andra staten.

3. Med avvikelse från bestämmelserna i punkt 1 beskattas periodiska ersättningar eller engångsbelopp, som en avtalsslutande stat eller dess lokala myndigheter betalar till person med hemvist i den andra avtalsslutande staten som ersättning för skada som uppkommit till följd av krigshandling eller politisk förföljelse (däri inbegripet vissa gottgörelsebetalningar; "Wiedergutmachungen"), endast i den förstnämnda staten.

4. Med uttrycket "livränta" förstås ett fastställt belopp, som utbetalas periodiskt på fastställda tidpunkter under en persons livstid eller under annan fastställd eller fastställbar tidsperiod och som utgår på grund av förpliktelse att verkställa dessa utbetalnin-

gar som ersättning för däremot fullt svarande vederlag i penningar eller penningars värde.

5. Person med hemvist i en avtalsslutande stat som uppbär belopp enligt socialförsäkringslagstiftningen i den andra avtalsslutande staten är berättigad till samma förmåner vid beskattningen i den förstnämnda staten som skulle ha medgivits om beloppet erhållits från källa i den förstnämnda staten.

## Artikel 19

### Offentlig tjänst

1. Ersättning (med undantag för pension), som betalas av en avtalsslutande stat, någon av dess delstater eller lokala myndigheter eller av annan offentligrättslig juridisk person i endera staten till fysisk person på grund av utfört arbete samt sådan ersättning som anges i punkt 4, beskattas endast i denna stat. Sådan ersättning beskattas emellertid endast i den andra avtalsslutande staten, om arbetet utförs i denna stat och personen i fråga har hemvist i denna stat och är medborgare där och inte är medborgare i den förstnämnda staten.

2. Pension, som betalas av en avtalsslutande stat, någon av dess delstater eller lokala myndigheter eller av annan offentligrättslig juridisk person i endera staten till fysisk person på grund av utfört arbete, beskattas, utan hinder av bestämmelserna i artikel 18, endast i denna stat. Sådan pension beskattas emellertid endast i den andra avtalsslutande staten om personen i fråga har hemvist i denna stat och är medborgare där och inte är medborgare i den förstnämnda staten.

3. Bestämmelserna i artiklarna 15, 16 och 18 tillämpas på ersättning och pension som betalas på grund av arbete som utförs i samband med rörelse som bedrivs av en avtalsslutande stat, någon av dess delstater eller lokala myndigheter eller av annan offentligrättslig juridisk person i endera staten.

4. Punkt 1 gäller också i fråga om ersättning, som betalas

- a) beträffande Förbundsrepubliken Tyskland av "die Deutsche Bundesbank", "die Deutsche Bundesbahn" och "die Deutsche Bundespost", och beträffande Sverige av postverket, televerket, statens järnvägar och Sveriges riksbank,
- b) av tyska Goethe-institutet i Sverige eller för dess räkning eller av en jämförbar svensk institution i Förbundsrepubliken Tyskland eller för dess räkning för arbete vid sådan institution,
- c) som utjämningstillägg av tyska allmänna medel till i Sverige tillfälligt verksamma lärare,

- d) av Sveriges Exportråd i Förbundsrepubliken Tyskland eller av tysk-svenska handelskammaren i Sverige eller för enderas räkning för arbete som handelssekreterare respektive direktör ("Geschäftsführer").

Beträffande pension som betalas av eller för räkning för en av de i punkt a) nämnda institutionerna gäller punkt 2.

5. Om mottagare av sådan ersättning som avses i punkt 4 inte kan beskattas i den stat som enligt punkterna 1 och 2 erhållit beskattningsrätten, har den andra staten rätt att beskatta ersättningen.

## Artikel 20

### Underhållsbidrag och betalningar till studerande

1. Underhållsbidrag, däri inbegripet bidrag till barn, som person med hemvist i en avtalsslutande stat betalar till person med hemvist i den andra avtalsslutande staten, undantas från beskattning i denna andra stat. Detta gäller dock inte i den mån underhållsbidraget är avdragsgillt i den förstnämnda avtalsslutande staten vid beräkningen av den betalningsskyldiges skattepliktiga inkomst. Avdrag vid beskattningen som är socialt betingade anses inte såsom avdrag vid tillämpningen av denna bestämmelse.

2. Studerande eller person som undergår utbildning inom industri, teknik, jordbruk eller skogsbruk (praktikant däri inbegripen) och som har eller omedelbart före inresa till en avtalsslutande stat hade hemvist i den andra avtalsslutande staten och som vistas i den förstnämnda staten uteslutande för studier eller utbildning, beskattas inte i denna stat för belopp som han erhåller för sitt uppehälle, sina studier eller sin utbildning, under förutsättning att beloppen härrör från källa utanför denna stat.

## Artikel 21

### Annan inkomst

1. Inkomst som person med hemvist i en avtalsslutande stat förvärvar och som inte behandlas i föregående artiklar beskattas endast i denna stat, oavsett varifrån inkomsten härrör.

2. Bestämmelserna i punkt 1 tillämpas inte på inkomst, med undantag för inkomst av fast egendom, om mottagaren av inkom-

sten har hemvist i en avtalsslutande stat och bedriver rörelse i den andra avtalsslutande staten från där beläget fast driftställe eller utövar självständig yrkesverksamhet i denna andra stat från där belägen stadigvarande anordning, samt den rättighet eller egendom i fråga om vilken inkomsten betalas äger verkligt samband med det fasta driftstället eller den stadigvarande anordningen. I sådant fall tillämpas bestämmelserna i artikel 7 respektive artikel 14.

## Artikel 22

### Förmögenhet

1. Fast egendom, vilken person med hemvist i en avtalsslutande stat innehar och vilken är belägen i den andra avtalsslutande staten, får beskattas i denna andra stat.

2. Lös egendom, som utgör del av rörelsetillgångarna i fast driftställe, vilket ett företag i en avtalsslutande stat har i den andra avtalsslutande staten, eller som är hänförlig till stadigvarande anordning för att utöva självständig yrkesverksamhet, som person med hemvist i en avtalsslutande stat har i den andra avtalsslutande staten, får beskattas i denna andra stat.

3. Skepp, luftfartyg och containers som används i internationell trafik av företag i en avtalsslutande stat samt lös egendom som är hänförlig till användningen av sådana skepp, luftfartyg eller containers beskattas endast i denna avtalsslutande stat.

4. Alla andra slag av förmögenhet, som person med hemvist i en avtalsslutande stat innehar, beskattas endast i denna stat.

## Artikel 23

### Undvikande av dubbelbeskattning i hemviststaten

1. Beträffande person som har hemvist i Förbundsrepubliken Tyskland bestäms skatten på följande sätt:

- a) Såvida inte bestämmelserna i punkt b) nedan är tillämpliga undantas från beskattningsunderlaget för tysk skatt sådan inkomst som härrör från Sverige och sådan förmögenhet som är belägen i Sverige, vilka Sverige enligt detta avtal har rätt att beskatta. Förbundsrepubliken Tyskland förbehåller sig emellertid rätten att beakta den undantagna inkomsten och förmögenheten vid bestämmandet av skattesatsen för annan inkomst och förmögenhet. Föregående bestämmelser gäller även i fråga om utdelning på andelar i ett aktiebolag som betalas till bolag med hemvist i Förbundsrepubliken Tyskland från bolag med hemvist i Sverige, vars kapital till minst 10 procent direkt innehas av det tyska bolaget.

Från beskattningsunderlaget undantas emellertid inte utdelning från investeringsfonder ("Investmentfonds") eller utdelning av belopp för vilket avdrag medgivits vid fastställandet av det utdelande bolagets beskattningsbara vinst i Sverige.

Beträffande skatt på förmögenhet skall likaså från beskattningsunderlaget för tysk skatt undantas sådana andelar på vilka utdelning – om sådan skulle betalas – enligt föregående meningar skulle undantas från beskattningsunderlaget.

- b) Med iakttagande av bestämmelserna i tysk skattelagstiftning om avräkning av utländsk skatt skall från tysk inkomstskatt och bolagsskatt avräknas sådan svensk skatt på inkomst som enligt svensk lagstiftning och i överensstämmelse med detta avtal erlagts på nedanstående inkomster som härrör från Sverige:
- 1) Utdelning, som inte omfattas av bestämmelserna i punkt a),
  - 2) vinst som enligt bestämmelserna i artikel 13 punkt 1 andra meningen och artikel 13 punkt 5 får beskattas i Sverige.
  - 3) ersättning som enligt bestämmelserna i artikel 15 punkt 4, artiklarna 16 och 17 får beskattas i Sverige, och
  - 4) inkomst beträffande vilken enligt artikel 43 punkt 1 i stället för skattebefrielse avräkning skall ske.

Vid tillämpningen av denna punkt anses alla vinster och inkomster som uppbärs av person med hemvist i Förbundsrepubliken Tyskland ha källa i Sverige om dessa beskattas i Sverige i enlighet med detta avtal.

2. Beträffande person med hemvist i Sverige undviks dubbelbeskattning på följande sätt:

- a) I fall då person med hemvist i Sverige uppbär inkomst som enligt detta avtal får beskattas i Förbundsrepubliken Tyskland, skall Sverige – med iakttagande av bestämmelserna i svensk lagstiftning (även i den lydelse den framdeles kan få genom att ändras utan att den allmänna princip som anges här ändras) – från skatten på inkomsten avräkna ett belopp motsvarande den skatt som erlagts i Förbundsrepubliken Tyskland för inkomsten.
- b) I fall då person med hemvist i Sverige, som tidigare har haft hemvist i Förbundsrepubliken Tyskland, uppbär vinst på grund av överlåtelse av egendom som enligt bestämmelserna i artikel 13 punkt 5 har beskattats i Förbundsrepubliken Tyskland, skall Sverige från sin skatt på sådan vinst avräkna ett belopp motsvarande den skatt som tagits ut på vinsten i Förbundsrepubliken Tyskland, däri inbegripet den skatt som vid tidpunkten för bytet av hemvist tagits ut på den då upp-

komna förmögenhetsökningen. Avräkningsbeloppet skall emellertid inte överstiga den del av den svenska skatten, beräknad utan sådan avräkning, som är hänförlig till realisationsvinsten.

Denna bestämmelse tillämpas endast på överlåtelser som skett inom en tidrymd av tio år räknat från bytet av hemvist.

- c) I fall då person med hemvist i Sverige innehar förmögenhet som enligt bestämmelserna i detta avtal får beskattas i Förbundsrepubliken Tyskland, skall Sverige från förmögenhetsskatten på denna persons förmögenhet avräkna ett belopp motsvarande den förmögenhetsskatt som betalats i Förbundsrepubliken Tyskland. Avräkningsbeloppet får emellertid inte överstiga den del av den svenska förmögenhetsskatten, beräknad utan sådan avräkning, som belöper på den förmögenhet som får beskattas i Förbundsrepubliken Tyskland.
- d) Om person med hemvist i Sverige förvärvar inkomst, som enligt bestämmelserna i artikel 18 respektive artikel 19 beskattas endast i Förbundsrepubliken Tyskland, får Sverige beakta inkomsten vid bestämmandet av skattesatsen på annan inkomst.

3. Utan hinder av bestämmelserna i punkt 2 är utdelning på aktie i aktiebolag ("Kapitalgesellschaft") med hemvist i Förbundsrepubliken Tyskland till bolag med hemvist i Sverige undantagen från svensk skatt i den mån utdelningen enligt svensk lagstiftning skulle ha varit undantagen från svensk skatt, om båda bolagen hade haft hemvist i Sverige. Sådan skattebefrielse medges dock endast, om den vinst av vilken utdelningen betalas uteslutande eller nästan uteslutande utgörs av

- a) vinst som underkastats den normala bolagsskatten i Förbundsrepubliken Tyskland eller en med svensk bolagsskatt jämförlig inkomstskatt i Förbundsrepubliken Tyskland eller i en annan stat, eller
- b) utdelning, vilken bolaget under utdelningsåret eller tidigare år mottagit på bolagsandelar som bolaget innehar i bolag med hemvist i tredje stat och vilken hade varit undantagen från svensk skatt om bolagsandelarna för vilka utdelningen betalas innehafvs direkt av bolaget med hemvist i Sverige.

Denna skattebefrielse medges dock inte beträffande utdelning från investeringsfonder ("Investmentfonds") eller utdelning av belopp för vilket avdrag medgivits vid fastställandet av det utdelande bolagets beskattningsbara vinst i Förbundsrepubliken Tyskland.

4. Om bolag med hemvist i Förbundsrepubliken Tyskland använder inkomst från Sverige för utdelning, hindrar bestämmel-

serna i punkt 1 inte tillämpningen av reglerna om utdelningsbeskattning ("Ausschüttungsbelastung") enligt skattelagstiftningen i Förbundsrepubliken Tyskland.

### Kapitel III

## Beskattning av kvarlåtenskap, arv och gåva

### Artikel 24

#### Beskattningsregler

1. Fast egendom, som ingår i kvarlåtenskap efter eller gåva från person med hemvist i en avtalsslutande stat och som är belägen i den andra avtalsslutande staten, får beskattas i denna andra stat.

2. Lös egendom vilken tillhör ett företag och ingår i kvarlåtenskap efter eller gåva från person med hemvist i en avtalsslutande stat och vilken

- a) utgör tillgångar i rörelse som tillhör fast driftställe beläget i den andra avtalsslutande staten, eller
- b) används vid utövandet av fritt yrke eller annan självständig verksamhet och ingår i stadigvarande anordning belägen i den andra avtalsslutande staten,

får beskattas i denna andra stat.

3. Övrig egendom, som ingår i kvarlåtenskap efter eller gåva från person med hemvist i en avtalsslutande stat, beskattas, oberoende av var egendomen är belägen, endast i denna stat, såvida inte annat föreskrivs i artikel 26.

### Artikel 25

#### Avdrag för skulder

1. Skulder, för vilka sådan egendom som avses i artikel 24 punkt 1 utgör säkerhet, skall dras av från värdet av egendomen. Skulder, för vilka egendom som avses i artikel 24 punkt 1 i och för sig inte utgör säkerhet, men vilka uppkommit för förvärv, ombyggnad, reparation eller underhåll av sådan egendom, skall dras av från värdet av egendomen.

2. Om inte punkt 1 föranleder annat, skall skulder, som är hänförliga till ett sådant fast driftställe som anges i artikel 24 punkt 2a) eller till en sådan fast anordning som anges i artikel 24 punkt 2b), dras av från värdet av det fasta driftstället eller den fasta anordningen.

3. Andra skulder dras av från värdet av egendom på vilken artikel 24 punkt 3 tillämpas.

4. Om skuld överstiger värdet av egendom från vilket den skall dras av i en avtalslutande stat enligt punkt 1 eller 2, dras överskjutande belopp av från värdet av övrig egendom som får beskattas i denna stat.

5. Skuldöverskott som uppkommit i en avtalslutande stat efter avdrag som avses i punkt 3 eller 4 dras av från värdet av den egendom som är skattepliktig i den andra avtalslutande staten.

6. I den mån bestämmelserna i punkterna 1-5 medför skyldighet för en avtalslutande stat att medge avdrag för skulder i större omfattning än vad som följer av den statens lagstiftning, skall dessa bestämmelser endast gälla om den andra avtalslutande staten enligt sin lagstiftning inte är skyldig att medge avdrag för skulderna i fråga.

## Artikel 26

### Undvikande av dubbelbeskattning i hemviststaten

1. Om en arvlåtare eller gåvogivare eller en arv- eller gåvotagare hade hemvist i Förbundsrepubliken Tyskland, undviks dubbelbeskattning i Förbundsrepubliken Tyskland på följande sätt:

- a) Om arvlåtaren vid sin död eller givaren vid gåvotillfället hade hemvist i Förbundsrepubliken Tyskland, avräknar Förbundsrepubliken Tyskland, enligt bestämmelserna i tysk lagstiftning om avräkning av utländsk skatt, från sin skatt den skatt som har erlagts i Sverige för sådan egendom som enligt bestämmelserna i artikel 24 punkterna 1 och 2 får beskattas i Sverige.
- b) Om arv- eller gåvotagare vid arvlåtarens död eller vid gåvotillfället hade hemvist i Förbundsrepubliken Tyskland, får Förbundsrepubliken Tyskland beskatta sådan persons förvärv enligt bestämmelserna i tysk lagstiftning. Förbundsrepubliken Tyskland skall emellertid, enligt bestämmelserna i tysk lagstiftning om avräkning av utländsk skatt, från sin skatt avräkna den skatt som erlagts i Sverige för all egendom som inte enligt bestämmelserna i artikel 24 punkterna 1 och 2 får beskattas i Förbundsrepubliken Tyskland.

Avräkningsbeloppet får dock inte överstiga den del av den tyska skatten, beräknad före avräkningen, som belöper på den egendom för vilken avräkning skall medges.

2. Om en arvlåtare eller gåvogivare hade hemvist i Sverige, undviks dubbelbeskattning i Sverige på följande sätt:

- a) Om arvlåtaren vid sin död eller givaren vid gåvotillfället hade hemvist i Sverige, avräknar Sverige från den enligt svensk



lagstiftning fastställda skatten ett belopp motsvarande den skatt som erlagts i Förbundsrepubliken Tyskland för sådan egendom som enligt artikel 24 punkterna 1 och 2 får beskattas i Förbundsrepubliken Tyskland.

- b) Om arv- eller gåvotagare vid arvlåtarens död eller vid gåvotillfället hade hemvist i Sverige enligt svensk rätt, och inte samtidigt hade hemvist i Förbundsrepubliken Tyskland enligt tysk rätt, får Sverige beskatta sådan persons förvärv enligt bestämmelserna i svensk lagstiftning. Sverige skall emellertid från den enligt svensk lagstiftning fastställda skatten avräkna den skatt som erlagts i Förbundsrepubliken Tyskland på all egendom som enligt bestämmelserna i artikel 24 punkterna 1 och 2 inte får beskattas i Sverige.

Avräkningsbeloppet får dock inte överstiga den del av den svenska skatten, beräknad före avräkningen, som belöper på den egendom för vilken avräkning skall medges.

## Artikel 27

### Femårsregel

1. Om arvlåtaren vid sin död eller givaren vid gåvotillfället
- a) var medborgare i en avtalsslutande stat utan att samtidigt vara medborgare i den andra avtalsslutande staten, och
  - b) beskattas i den förstnämnda staten enligt dess skattelagstiftning på samma sätt som en person med hemvist där, samt
  - c) inte enligt bestämmelserna i artikel 4 punkt 1 b) haft hemvist i den andra avtalsslutande staten under en tid av mer än fem år,
- anses han, med avvikelse från bestämmelserna i artikel 4, ha hemvist i den avtalsslutande stat där han var medborgare.

2. Bestämmelserna i punkt 1 tillämpas på motsvarande sätt vid beskattningen av arvtagare eller gåvomottagare, om denne själv vid arvfallet eller gåvotillfället uppfyller förutsättningarna enligt bestämmelserna i punkt 1.

## Artikel 28

### Skattebefriade organisationer

1. En tysk sammanslutning eller organisation, som uteslutande tjänar religiöst, välgörande, vetenskapligt, fostrande eller offentligt ändamål, är, såvitt avser kvarlåtenskaps-, arvs- och gåvoskatt (artikel 2 punkt 1 b), undantagen från beskattning i Sverige om och i den mån den

- a) är undantagen från beskattning i Förbundsrepubliken Tyskland och
- b) skulle ha varit undantagen från beskattning i Sverige om den hade varit bildad och uteslutande verksam där.
2. En svensk sammanslutning eller en svensk organisation, som uteslutande tjänar religiöst, välgörande, vetenskapligt, fostrande eller offentligt ändamål, är, såvitt avser kvarlåtenskaps-, arvs- och gåvoskatt (artikel 2 punkt 1 b), undantagen från beskattning i Förbundsrepubliken Tyskland om och i den mån den
- a) är undantagen från beskattning i Sverige och
- b) skulle ha varit undantagen från beskattning i Förbundsrepubliken Tyskland om den hade varit bildad och uteslutande verksam där.

## Kapitel IV

### Handräckning i skatteärenden

#### Artikel 29

##### Allmänna bestämmelser

1. De behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna biträder varandra ömsesidigt med handräckning genom

- a) utbyte av upplysningar,
- b) bistånd vid indrivning, vari inbegrips säkringsåtgärder, och
- c) delgivning av handlingar.

2. Syftet med handräckning är att åstadkomma en korrekt taxering och att vidta andra åtgärder till förmån för de skattskyldiga samt att söka undvika dubbelbeskattning. Detta gäller särskilt vid tidsmässigt samordnade åtgärder från skattemyndigheternas sida. Har vidtagna handräckningsåtgärder resulterat i dubbelbeskattning skall denna undanröjas genom samråd inom ramen för artikel 40.

3. Skattedomstolar och andra myndigheter, som i de avtalsslutande staterna handlägger rättsfrågor rörande sådana skatter som avses i artikel 2 punkt 1 c), skall, med beaktande av bestämmelserna i respektive stats interna lagstiftning, på begäran och genom medverkan av de därtill behöriga myndigheterna lämna varandra bistånd i enlighet med bestämmelserna i detta avtal. Andra bestämmelser enligt vilka dessa myndigheter kan lämna bistånd påverkas inte av dessa bestämmelser.

4. Detta avtal påverkar inte tillämpningen av den europeiska konventionen av den 20 april 1959 om inbördes rättshjälp i brottmål inbegripet tilläggsprotokollet av den 17 mars 1978 eller de bilaterala överenskommelser som i anslutning härtill gäller mellan de avtalsslutande staterna.

5. Sedvanliga kostnader för bistånd med handräckning betalas av den anmodade staten. Kostnader därutöver åligger det den ansökande staten att betala.

### **Artikel 30**

#### **Upplysningar efter särskild framställning**

Efter framställning av den behöriga myndigheten i en avtalsslutande stat lämnar den behöriga myndigheten i den anmodade staten till den förnämnda staten upplysningar som denna stat kan använda vid fastställandet av en korrekt taxering.

### **Artikel 31**

#### **Upplysningar utan särskild framställning**

1. Sådana upplysningar som angivits i artikel 30 som den behöriga myndigheten i en avtalsslutande stat har kännedom om kan myndigheten utan föregående framställning meddela den behöriga myndigheten i den andra avtalsslutande staten i fall då det finns anledning att anta att

- a) skatt har påförts eller skulle kunna påföras med för lågt belopp i den andra staten,
- b) affärstransaktioner sker via tredje stat i syfte att undgå skatt,
- c) en lägre sammanlagd skattebelastning kan uppkomma genom att vinst inte fördelas mellan närstående på sätt som mellan icke närstående,
- d) en skattskyldig får sådan nedsättning eller befrielse från skatt i den ena staten som bör föranleda att skatt påförs eller påförs med högre belopp i den andra staten,
- e) upplysningar som den har erhållit från den behöriga myndigheten i den andra avtalsslutande staten har bidragit till att klargöra omständigheter som kan tjäna till ledning för fastställandet av skatt i denna andra stat.

2. De behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna kan också utan särskild framställning – under förutsättning av ömsesidighet och i enlighet med de möjligheter till detta som följer av intern lagstiftning – utbyta upplysningar angående likartade sakförhållanden, avseende

- a) uthyrning av utländsk arbetskraft och åtgärder för att kringgå rättsföreskrifter i den uppgiftslämnande staten inom detta område, eller
- b) i den uppgiftslämnande staten icke bosatta personers inkomster, vilka blir kända genom uppgifter som lämnas i samband med förfarande vid nedsättning av skatt, eller
- c) gottgörelse av överskjutande preliminär skatt vid speciella förfaranden för i den uppgiftslämnande staten icke bosatta personer

för att säkerställa att skatt inte sätts ned, återbetalas eller gottgöres på oriktiga grunder.

### Artikel 32

#### Indrivning av skattefordringar

1. Efter framställning av den behöriga myndigheten i en avtalslutande stat skall den anmodade staten, om inte bestämmelserna i punkt 5 nedan och artikel 33 föranleder annat, vidta åtgärder för att driva in den förstnämnda statens skattefordringar på samma sätt som om de vore dess egna.

2. Bestämmelserna i punkt 1 gäller endast sådan skattefordran beträffande vilken finns en i den ansökande staten giltig verkställighetstitel vilken fordran inte längre kan överklagas.

3. Skyldigheten för den anmodade staten att ge handräckning vid indrivning av skattefordran som avser avliden person eller dennes dödsbo är begränsad till dödsboets värde respektive värdet av dödsbodelägarnas andelar av dödsboet, beroende på om indrivningen av fordran skall riktas mot dödsboet eller dess delägare.

4. Efter framställning av den behöriga myndigheten i en avtalslutande stat vidtar den anmodade staten åtgärder för att säkerställa indrivningen av skattefordringar, även om dessa har överklagats eller det endast föreligger en interimistisk eller för säkringsåtgärder gällande verkställighetstitel.

5. Skattefordran för vilken handräckning för indrivning lämnas åtnjuter inte i den anmodade staten sådan särskild förmånsrätt som kan tillkomma denna stats egna skattefordringar.

6. Den anmodade staten får bevilja anstånd med betalningen eller medge att denna sker enligt avbetalningsplan, när detta är tillåtet för liknande fall enligt lagstiftning eller administrativ praxis i denna stat. När så sker skall den ansökande staten underrättas om detta.

7. Till framställning om handräckning skall fogas:

- a) en försäkran att skattefordran gäller skatt som omfattas av avtalet och, i det fall framställningen avser indrivning, en försäkran att skattefordran inte längre kan komma att överklagas,
- b) när så behövs, en officiell kopia av den i den ansökande staten giltiga verkställighetstiteln, och
- c) de övriga handlingar som behövs för indrivning eller säkringsåtgärder.

8. En verkställighetstitel som är giltig i den ansökande staten skall om så erfordras snarast möjligt efter det att framställningen har inkommit godkännas, kompletteras eller ersättas med en verkställighetstitel som är giltig i den anmodade staten i enlighet med de bestämmelser som gäller i den anmodade staten.

### Artikel 33

#### Preskription

1. Frågor om preskription av skattekrav avgöres uteslutande med tillämpning av gällande rätt i den ansökande staten. Framställning om indrivning skall innehålla uppgift om när skattefordran preskriberas.

2. Indrivningsåtgärder, som sker i den anmodade staten efter framställning och som enligt lagstiftningen i denna stat uppskjuter eller avbryter preskription, skall ha samma verkan i den ansökande staten. Den anmodade staten underrättar den ansökande staten om åtgärder som vidtas för detta ändamål.

### Artikel 34

#### Rättsliga åtgärder

1. Överklaganden i fråga om åtgärder som den anmodade staten har vidtagit enligt artikel 32 får ske endast hos den myndighet i denna stat som enligt den statens interna rättsordning har att handlägga sådana frågor.

2. Överklaganden i fråga om åtgärder som den ansökande staten har vidtagit, vilka avser förekomsten av skattefordran eller dess storlek eller verkställighetstitel, får ske endast hos den myndighet i denna stat som enligt den statens interna rättsordning har att handlägga sådana frågor. Sker sådana överklaganden skall den ansökande staten ofördröjligen underrätta den anmodade staten, som skall uppskjuta åtgärderna till dess att beslut i ärendet meddelats av den aktuella myndigheten. Den anmodade staten kan dock på begäran av den ansökande staten vidta säkringsåtgärder för att säkerställa indrivningen. Även den som

saken angår kan meddela den anmodade staten att rättsliga åtgärder har vidtagits. Sedan sådan underrättelse har inkommit, skall den anmodade staten, när detta behövs, rådgöra med den ansökande staten.

3. Så snart ett överklagat ärende har slutligt avgjorts, skall den ansökande staten eller den anmodade staten underrätta den andra staten om avgörandet och dess konsekvenser för handräkningsframställningen. Båda staterna skall när anledning därtill föreligger samråda för att avgöra om ansökan om bistånd skall stå kvar.

### Artikel 35

#### Delgivning av handlingar

1. Vardera avtalsslutande staten får sända handlingar direkt per post till en person i den andra avtalsslutande staten.

2. Efter framställning skall den anmodade staten delge adressaten sådana handlingar, rättsliga avgöranden häri inbegripna, som härrör från den ansökande staten och som avser skatt som omfattas av detta avtal.

3. Den anmodade staten ombesörjer delgivning

- a) på det sätt som föreskrivs i dess egen lagstiftning i fråga om handlingar av väsentligen samma slag,
- b) när så kan ske, på det särskilda sätt som begärts av den ansökande staten eller på det närmast liknande sätt som är möjligt enligt lagstiftningen i den anmodade staten.

4. Detta avtal medför inte att en delgivning, som en avtalsslutande stat har ombesörjt i enlighet med sin egen lagstiftning, skall anses sakna verkan, om den sker på ett sätt som strider mot bestämmelserna i denna artikel.

### Artikel 36

#### Begränsningar i skyldigheten att lämna handräkning

1. Om inte annat följer av artikel 33,

- a) skall upplysningar inte lämnas
  - 1) när de erforderliga tjänsteåtgärderna inte kan vidtas i ett skatteärende enligt en stats rättsordning utan aft en allmän föreskrift om handläggningen åsidosätts,
  - 2) när detta beträffande skatt som omfattas av avtalet skulle medföra en mot avtalet stridande beskattning.

- 3) när detta skulle skada allmän ordning, särskilt i det fall en avtalslutande stats sekretesskydd inte är tillförlitligt i den utsträckning som föreskrivs i artikel 37,
  - 4) om risk föreligger att den som berörs genom att affärs-, industri-, handels- eller yrkeshemlighet eller i näringsverksamhet använt förfarande röjs skulle åsamkas skada som inte är rimlig med hänsyn till uppgiftslämnandets syfte;
- b) föreligger inte skyldighet att lämna upplysningar
- 1) om en framställning ger anledning anta, att den ansökande staten inte prövat alla de möjligheter som står till dess förfogande fastän detta hade varit möjligt utan att äventyra syftet med efterforskningen,
  - 2) om det inte föreligger ömsesidighet,
  - 3) i det fall den anmodade staten endast med oproporionerligt stora insatser kan lämna upplysningarna,
  - 4) i det fall skattemyndigheterna i en stat genom att lämna upplysningarna i fråga skulle allvarligt äventyra sina egna åligganden.
2. Vid annat bistånd med handräckning skall punkt 1 äga motsvarande tillämpning.

3. Om handräkningsåtgärd avser omständighet som regleras av bestämmelserna i kapitlen II, III och IV, kan åtgärder göras beroende av att enighet nåtts om ett bindande skiljedomsförfarande enligt artikel 41, punkt 5, andra meningen.

### **Artikel 37**

#### **Sekretess**

1. Upplysningar som en avtalslutande stat erhållit enligt detta avtal skall behandlas såsom hemliga på samma sätt som upplysningar som erhållits i den staten enligt dess interna lagstiftning eller i enlighet med sekretessbestämmelserna i den stat som lämnar upplysningarna, om dessa bestämmelser är mer restriktiva.

2. Upplysningarna får endast användas för sådana ändamål som fastställande av skatt, prövning som överordnad myndighet företar av påfordr skatt eller revision och endast yppas för sådana personer som direkt handlägger dessa uppgifter. Detta gäller också om den stat som mottagit uppgifterna eller den stat som lämnat uppgifterna enligt dess interna rätt har en mer vidsträckt rätt att använda eller offentliggöra upplysningar såvida inte de behöriga myndigheterna i den andra staten vid varje tillfälle ger

tillåtelse. Upplysningar av betydelse för förfarandet eller processen får också omedelbart offentliggöras för berörda personer i ett rättsligt förfarande eller i en brottmålsprocess eller i ett förfarande för att förelägga vite, om förfarandet eller processen har samband med fastställandet av skatt eller prövning av sådant fastställande. De får offentliggöras i offentliga förhandlingar inför domstol eller vid offentliggörandet av domar endast om de behöriga myndigheterna i den uppgiftslämnande staten inte invänder däremot.

Vid annat bistånd med handräckning skall motsvarande gälla.

3. Upplysningar som en avtalsslutande stat har lämnat till den andra avtalsslutande staten får av den senare överlämnas till en tredje stat under förutsättning att den behöriga myndigheten i den förstnämnda staten i förväg samtycker därtill samt att uppgifterna ges samma sekretesskydd i denna tredje stat.

4. De avtalsslutande staterna skall genom lämplig påstårnpling ange det särskilda sekretesskyddet.

## Kapitel V

### Skydd för den skattskyldige och ömsesidig överenskommelse

#### Artikel 38

##### Förbud mot diskriminering

1. Medborgare i en avtalsslutande stat skall inte i den andra avtalsslutande staten bli föremål för beskattning eller därmed sammanhängande krav som är av annat slag eller mer tyngande än den beskattning och därmed sammanhängande krav som medborgare i denna andra stat under samma förhållanden är eller kan bli underkastad. Utan hinder av bestämmelserna i artikel 2 punkt 4 tillämpas denna bestämmelse även på person som inte har henvist i någon av de avtalsslutande staterna.

2. Beskattningen av fast driftställe, som företag i en avtalsslutande stat har i den andra avtalsslutande staten, skall i denna andra stat inte vara mindre fördelaktig än beskattningen av företag i denna andra stat, som bedriver verksamhet av samma slag. Denna bestämmelse innebär inte skyldighet för en avtalsslutande stat att medge person med henvist i den andra avtalsslutande staten sådant personligt avdrag vid beskattningen, sådan skattebefrielse eller skattenedsättning som medges person med henvist i den egna staten.

3. Utom i de fall då bestämmelserna i artikel 9 punkt 1, artikel 11 punkt 4 eller artikel 12 punkt 4 tillämpas, är ränta, royalty och



annan betalning från företag i en avtalsslutande stat till person med hemvist i den andra avtalsslutande staten avdragsgilla vid bestämmandet av den beskattningsbara inkomsten för sådant företag på samma villkor som betalning till person med hemvist i den förstnämnda staten. På samma sätt är skuld som företag i en avtalsslutande stat har till person med hemvist i den andra avtalsslutande staten avdragsgill vid bestämmandet av sådant företags beskattningsbara förmögenhet på samma villkor som skuld till person med hemvist i den förstnämnda staten.

4. Företag i en avtalsslutande stat, vars kapital helt eller delvis ägs eller kontrolleras, direkt eller indirekt, av en eller flera personer med hemvist i den andra avtalsslutande staten, skall inte i den förstnämnda staten bli föremål för beskattning eller därmed sammanhängande krav som är av annat slag eller mer tyngande än den beskattning och därmed sammanhängande krav som annat liknande företag i den förstnämnda staten är eller kan bli underkastat.

5. Utan hinder av bestämmelserna i artikel 2 tillämpas bestämmelserna i förevarande artikel på skatter av varje slag och beskaffenhet.

### Artikel 39

#### Överläggningar

1. De behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna skall genom ömsesidig överenskommelse söka avgöra svårigheter eller tvivelsmål som uppkommer i fråga om tolkningen eller tillämpningen av avtalet i allmänhet eller i enskilda fall. De kan även rådgöra med varandra hur dubbelbeskattning skall undvikas i fall som inte omfattas av avtalet eller hur man genom särskild överenskommelse skall lösa frågor som har samband med de skatter som avses i avtalet och som uppkommer på grund av olikheter i de avtalsslutande staternas principer för att bestämma beskattningsunderlaget eller av andra skäl. De kan vidare rådgöra för att lindra eller undanröja andra svårigheter som uppkommer på grund av olikheter i skattelagstiftningarna samt för att bekämpa internationellt skatteundandragande eller internationell skatteflykt.

2. De behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna kan överlägga och ingå överenskommelser för att

- a) undanröja framtida tvivel om vilka skatter som omfattas av avtalet enligt artikel 2 punkt 3,
- b) bestämma hur avtalets bestämmelser om begränsningar, särskilt de i artiklarna 10–12, skall genomföras.

3. De behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna kan tillsammans rådgöra om generella bestämmelser för att på grund-

val av avtalet uppfylla de skattskyldigas anspråk på en likformig tillämpning av avtalet i båda staterna genom gemensam tolkning eller genom särskilt förfarande.

#### Artikel 40

##### Ömsesidig överenskommelse

1. Om en person anser att en avtalslutande stat eller båda avtalslutande staterna vidtagit åtgärder som för honom medför eller kommer att medföra beskattning som strider mot bestämmelserna i detta avtal, kan han, utan att detta påverkar hans rätt att använda sig av de besvärsmöjligheter som finns i dessa staters interna rättsordning, framlägga saken för den behöriga myndigheten i den avtalslutande stat där han har hemvist eller, om fråga är om tillämpning av artikel 38 punkt 1, i den avtalslutande stat där han är medborgare.

2. Om den behöriga myndigheten finner invändningen grundad men inte själv kan få till stånd en tillfredsställande lösning, skall myndigheten söka lösa frågan genom ömsesidig överenskommelse med den behöriga myndigheten i den andra avtalslutande staten i syfte att undvika beskattning som strider mot avtalet. Överenskommelse som träffats genomförs utan hinder av tidsgränser i de avtalslutande staternas interna lagstiftning.

3. De behöriga myndigheterna i de avtalslutande staterna kan överlägga med varandra enligt artikel 39 eller överlägga särskilt enligt föregående bestämmelser i denna artikel för att såvitt möjligt nå enighet om

- a) beräkningen av vinst som tillfaller ett företag i en avtalslutande stat och dess fasta driftställe i den andra avtalslutande staten,
- b) fördelningen av vinst mellan sådana företag med intressegemenskap som avses i artikel 9 punkt 1,
- c) behandlingen av inkomst som i källstaten vid beskattningen jämföras med inkomst av andel i bolag och som i den andra staten anses utgöra utdelning på andelar i aktiebolag ("Kapitalgesellschaft"),
- d) behandlingen av skulder vid beskattningen av förmögenhet, kvarlåtenskap, arv och gåva.

## Artikel 41

### Förfarande

1. De behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna kan träda i direkt förbindelse med varandra i syfte att träffa överenskommelse i de fall som avses i artiklarna 39 och 40.

2. Om muntliga överläggningar anses underlätta en överenskommelse, kan sådana överläggningar äga rum inom en kommission som består av representanter för de behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna.

3. De behöriga myndigheterna kan gemensamt uppdra åt ett fristående organ att avge ett expertutlåtande i ärende som de förelägger detta organ.

4. Avser detta förfarande ett enskilt ärende, skall de personer som berörs av ärendet höras. Dessa har rätt att framställa egna yrkanden.

5. För att lösa folkrättsliga tvister på grund av detta avtal tillämpas bestämmelserna i kapitel I, II, och IV i Europakonventionen den 29 april 1957 om fredlig lösning av tvister. De avtalsslutande staterna kan emellertid komma överens om att, i stället för det i konventionen anvisade förfarandet, tillsätta en skiljenämnd, vars beslut är bindande för staterna. Sådan skiljenämnd skall vara sammansatt av yrkesdomare från de avtalsslutande staterna, från tredje stat eller från internationella organisationer. Förfarandet i nämnden regleras av de internationellt vedertagna principer som gäller för skiljemanna-förfarande. De personer som berörs av ärende i nämnden har rätt att föra talan och rätt att framställa egna yrkanden. Nämndens beslut sker på grundval av mellan de avtalsslutande staterna gällande fördrag och allmän folkrätt. Beslut "ex aequo et bono" är inte tillåtna. Så länge enighet inte nåtts om att vädja till skiljenämnd och om dess sammansättning eller förfaranderegler, är vardera staten oförhindrad att förfara enligt första meningen.

## Kapitel VI

### Särskilda bestämmelser

## Artikel 42

### Luffartskonsortier

1. Beträffande det svensk-dansk-norska luffartskonsortiet Scandinavian Airlines System gäller följande:

- a) Bestämmelserna i artikel 8, artikel 13 punkt 3 och artikel 22 punkt 3 tillämpas beträffande den rörelseinkomst, realisations-

vinst och förmögenhet som är hänförlig till den svenske delägaren i konsortiet.

- b) Ersättning för arbete som en person med hemvist i Sverige utför ombord på luftfartyg i internationell trafik som tillhör konsortiet beskattas endast i Sverige.

2. Bestämmelserna i punkt 1 gäller i motsvarande mån i det fall Förbundsrepubliken Tyskland eller Lufthansa AG bildar ett motsvarande konsortium.

### Artikel 43

#### Kvalifikationskonflikter

1. Hemviststaten undviker dubbelbeskattning genom avräkning enligt de principer som anges i artikel 23 i stället för att medge skattebefrielse när

- a) de avtalslutande staterna i fråga om inkomst eller förmögenhet tillämpar sinsemellan olika bestämmelser i avtalet eller inkomst eller förmögenhet tillgodoräknas olika personer, utom i fall som avses i artikel 9, och dessa olikheter i tillämpningen inte kan undanröjas genom ett förfarande enligt kapitel V, och
  - 1) om de ifrågavarande inkomsterna eller förmögenhetstillgångarna blir dubbelbeskattade på grund av dessa olikheter i tillämpningen, eller
  - 2) om de ifrågavarande inkomsterna eller förmögenhetstillgångarna blir obeskattade eller för lågt beskattade på grund av dessa olikheter i tillämpningen, eller
- b) hemviststaten efter vederbörlig konsultation och med förbehåll för inskränkningar i sin interna rätt på diplomatisk väg har underrättat den andra avtalslutande staten om andra inkomster på vilka man avser att tillämpa detta stycke. Underrättelsen får verkan från och med den första dagen i det kalenderår som följer närmast efter det år då underrättelsen överlämnats och alla rättsliga förutsättningar enligt lagstiftningen i den underrättande staten uppfyllts för att underrättelsen skall bli verksam.

2. Detta avtal skall inte tolkas så

- a) att någon kan undgå skattskyldighet i en avtalslutande stat genom missbruk av de möjligheter till tolkning av avtalet som intern lagstiftning medger,
- b) att det hindrar Förbundsrepubliken Tyskland att ta ut skatt på belopp som inräknas i den inkomst som person med hemvist i Förbundsrepubliken uppbär i enlighet med del fyra i den tyska "Außensteuergesetz".

- c) att det hindrar Sverige att ta ut skatt enligt bestämmelser med samma syfte och verkan som de i punkt b) nämnda bestämmelserna.

I fall då dessa bestämmelser föranleder dubbelbeskattning skall de behöriga myndigheterna enligt bestämmelserna i artikel 40 punkt 3 överlägga om undvikande av dubbelbeskattning.

3. En person med hemvist i en avtalsslutande stat skall vid tillämpningen av artiklarna 10–12 anses ha rätt till utdelning, ränta eller royalty om han enligt lagstiftningen i denna stat är den person som i beskattningshänseende anses ha förvärvat inkomsten. Sådan person skall emellertid inte anses ha rätt till ersättningen, när ersättningen enligt lagstiftningen i den andra staten i beskattningshänseende anses ha tillfallit andra personer som kunnat tillgodogöra sig inkomsten och som inte har hemvist i den förstnämnda staten.

#### Artikel 44

##### Villkor för skattelindring och skattebefrielse

1. Om i en avtalsslutande stat källskatt uttas på utdelning, ränta, royalty eller annan inkomst som betalas till person med hemvist i den andra avtalsslutande staten, påverkar inte bestämmelserna i detta avtal den förstnämnda statens rätt att ta ut skatt enligt den skattesats som bestäms i denna stats interna bestämmelser. Den vid källan innehållna skatten skall emellertid efter ansökan av den skattskyldige återbetalas när och i den omfattning som nämnda skatt reduceras eller bortfaller enligt detta avtal. Mottagaren kan likväl begära att avtalets bestämmelser om begränsning av skattskyldighet skall tillämpas direkt vid tidpunkten för inkomstens utbetalning i den mån ett sådant förfarande är möjligt enligt den berörda statens interna bestämmelser.

2. Ansökan om återbetalning av innehållen källskatt på utdelning, ränta, royalty eller annan inkomst måste göras före utgången av det fjärde kalenderåret efter det år då utbetalningen gjordes.

3. En skattskyldig måste till varje ansökan enligt punkt 1 bifoga ett bosättningsintyg utfärdat av skattemyndigheterna i den avtalsslutande stat där han har hemvist.

4. De behöriga myndigheterna kan genom ömsesidig överenskommelse fastställa hur bestämmelserna i denna artikel skall genomföras samt om hur andra skattelindringar och skattebefrielser enligt detta avtal skall genomföras.

## Artikel 45

### Diplomatiska företrädare och konsulära tjänstemän

1. Bestämmelserna i detta avtal berör inte de privilegier vid beskattningen som enligt folkrättens allmänna regler eller bestämmelser i särskilda överenskommelser tillkommer person som tillhör diplomatisk beskickning, konsulat eller internationell organisation.

2. I den mån inkomst eller förmögenhetstillgång på grund av sådana privilegier inte beskattas i den mottagande staten, tillkommer beskattningsrätten den sändande staten.

3. Utan hinder av bestämmelserna i artikel 4 anses en fysisk person, som tillhör diplomatisk beskickning eller konsulat som en avtalsslutande stat har i den andra avtalsslutande staten eller i tredje stat, ha hemvist i den sändande staten vid tillämpningen av avtalet, om

- a) han enligt folkrättens allmänna regler inte är skattskyldig i den mottagande staten för inkomst från källa utanför denna stat och
- b) han i den sändande staten är underkastad samma skyldigheter i fråga om skatt på hela sin världsvida inkomst som person med hemvist i denna stat.

4. Avtalet tillämpas inte på mellanstatliga organisationer, dess organ eller tjänstemän och inte heller på en person som tillhör en tredje stats diplomatiska beskickning eller konsulat – eller närstående till sådan person – och som vistas i en avtalsslutande stat utan att i någondera avtalsslutande staten vid beskattningen för inkomst och för förmögenhet behandlas som person med hemvist där.

## Kapitel VII

### Slutbestämmelser

## Artikel 46

### Ikraftträdande

1. Detta avtal skall ratificeras och ratifikationshandlingarna skall utväxlas i Stockholm snarast möjligt.

2. Detta avtal träder i kraft en månad efter det att ratifikationshandlingarna har utväxlats och tillämpas i båda avtalsslutande staterna

- a) beträffande inkomstskatt, på inkomst som förvärfvas från och med den 1 januari kalenderåret närmast efter det då avtalet trädde i kraft och beträffande skatt på förmögenhet, på skatt som tas ut på förmögenhetstillgångar som innehas den 1 januari kalenderåret närmast efter det då avtalet trädde i kraft eller senare,
- b) beträffande arvsskatt, på kvarlåtenskap efter person som avlider den 1 januari kalenderåret närmast efter det då avtalet trädde i kraft eller senare och beträffande gåvoskatt, på gåva som sker den 1 januari nämnda kalenderår eller senare,
- c) beträffande handräckning, som verkställs den 1 januari kalenderåret närmast efter det då avtalet trädde i kraft eller senare.

3. Med avvikelse från bestämmelserna i detta avtal gäller beträffande utdelning som avses i artikel 10 punkt 3, vilken betalas mellan den 1 januari 1990 och den 31 december 1991 följande.

- a) Beträffande utdelning som betalas av ett i Sverige hemmahörande aktiebolag tillämpas fortfarande den skattesats som anges i artikel 9 punkterna 3 och 4 i avtalet den 17 april 1959 mellan Förbundsrepubliken Tyskland och Konungariket Sverige för undvikande av dubbelbeskattning beträffande skatter å inkomst och förmögenhet ävensom beträffande vissa andra skatter, i dess lydelse enligt protokollet den 22 september 1978.
- b) Beträffande utdelning som utbetalas av ett i Förbundsrepubliken Tyskland hemmahörande "Kapitalgesellschaft" får skatten inte överstiga 10 procent av utdelningens bruttobelopp.

Beträffande utdelning av detta slag som betalas efter den 31 december 1991 gäller bestämmelserna i detta avtal.

4. Vid ikraftträdandet av avtalet skall

- a) avtalet den 17 april 1959 mellan Förbundsrepubliken Tyskland och Konungariket Sverige för undvikande av dubbelbeskattning beträffande skatter å inkomst och förmögenhet ävensom beträffande vissa andra skatter, i dess genom protokollet den 22 september 1978 ändrade lydelse,
- b) avtalet den 14 maj 1935 mellan Tyska Riket och Konungariket Sverige för undvikande av dubbelbeskattning å kvarlåtenskap, och
- c) avtalet den 14 maj 1935 mellan Tyska Riket och Konungariket Sverige angående handräckning i beskattningsärenden upphöra att gälla.

Avtalen skall dock alltjämt tillämpas i fråga om inkomst, förmögenhet, kvarlåtenskap, gåva och handräckningsåtgärd på vilka förevarande avtal inte är tillämpligt.

#### Artikel 47

##### Upphörande

Detta avtal förblir i kraft utan tidsbegränsning, men envar av de avtalsslutande staterna kan, senast den 30 juni under något kalenderår som infaller sedan fem år förflutit räknat från dagen för ikraftträdandet, på diplomatisk väg skriftligen säga upp avtalet hos den andra avtalsslutande staten. I händelse av sådan uppsägning skall avtalet inte längre tillämpas i någon av staterna

- a) beträffande inkomstskatt, på inkomst som förvärvas från och med den 1 januari kalenderåret närmast det då uppsägning skedde och beträffande skatt på förmögenhet, på skatt som tas ut på förmögenhetstillgångar som innehas den 1 januari kalenderåret närmast efter det då uppsägning skedde eller senare,
- b) beträffande arvsskatt, på kvarlåtenskap efter person som avlider den 1 januari kalenderåret närmast efter det då uppsägning skedde eller senare och beträffande gåva som sker den 1 januari nämnda kalenderår eller senare,
- c) beträffande handräckning, som verkställs den 1 januari kalenderåret närmast efter det då uppsägning skedde eller senare.

*[For the testimonium and signatures, see p. 273 of this volume — Pour le testimonium et les signatures, voir p. 273 du présent volume.]*



GESCHEHEN zu Bonn am 14. Juli 1992  
in zwei Urschriften, jede in deutscher und  
schwedischer Sprache, wobei jeder Wort-  
laut gleichermaßen verbindlich ist.

SOM skedde i Bonn den 14 juli 1992 i  
två exemplar på tyska och svenska språ-  
ken, vilka båda texter äger lika vitsord.

Für die Bundesrepublik Deutschland:  
För Förbundsrepubliken Tyskland:

Dr. THEO WAIGEL

Dr. HARTMUT HILLGENBERG

Für das Königreich Schweden:  
För Konungariket Sverige:

TORSTEN ÖRN

## [GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

## ANLAGE ZUM ABKOMMEN ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DEM KÖNIGREICH SCHWEDEN ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG BEI DEN STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN SOWIE BEI DEN ERBSCHAFT- UND SCHENKUNGSTEUERN UND ZUR LEISTUNG GEGENSEITIGEN BEISTANDS BEI DEN STEUERN

Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören

## 1. In der Bundesrepublik Deutschland:

## Abschnitt II

- a) die Einkommensteuer,
- b) die Körperschaftsteuer,
- c) die Vermögensteuer,
- d) die Gewerbesteuer,
- e) die Grundsteuer,

## Abschnitt III

die Erbschaftsteuer (Schenkungssteuer),

## Abschnitt IV

- a) die Steuern der Abschnitte II und III,
- b) die Umsatzsteuer,
- c) die Grunderwerbsteuer,
- d) die Getränkesteuer,
- e) die Vergnügungsteuer,
- f) die Kraftfahrzeugsteuer,
- g) die Verspätungszuschläge, Säumniszuschläge, Zinsen und Kosten.

## 2. In Schweden:

## Abschnitt II

- a) die staatliche Einkommensteuer (einschließlich der Kuponsteuer und der Seemannsteuer),
- b) die staatliche besondere Einkommensteuer für beschränkt Steuerpflichtige,
- c) die staatliche besondere Einkommensteuer für beschränkt steuerpflichtige Künstler,
- d) die Gemeindeeinkommensteuer,
- e) die staatliche Vermögensteuer,
- f) die Grundsteuer,

## Abschnitt III

die Erbschaft- und Schenkungssteuer.

## Abschnitt IV

- a) die Steuern der Abschnitte II und III,
  - b) die Mehrwertsteuer,
  - c) die Steuer auf die Veräußerung von Kraftfahrzeugen,
  - d) die Steuer auf Charterflüge,
  - e) die Straßenverkehrssteuer,
  - f) die Straßenverkehrssteuer auf bestimmte Fahrzeuge, die nicht in Schweden zugelassen sind,
  - g) die Steuerzuschläge, Verspätungszuschläge, Säumniszuschläge, Zinsen und Kosten.
-

## [SWEDISH TEXT — TEXTE SUÉDOIS]

**BILAGA TILL AVTALET MELLAN FÖRBUNDSREPUBLICEN TYSKLAND OCH KONUNGARIKET SVERIGE FÖR ATT UNDVIKA DUBBELBESKATTNING BETRÄFFANDE SKATTER PÅ INKOMST OCH FÖRMÖGENHET OCH PÅ ARV OCH GÅVA SAMT FÖR ATT LÄMNA ÖMSESIDIG HANDRÄCKNING VID BESKATTNING**

De för närvarande utgående skatter, på vilka avtalet tillämpas, är:

1. I Förbundsrepubliken Tyskland:

Kapitel II

- a) Inkomstskatten,
- b) bolagsskatten,
- c) förmögenhetsskatten,
- d) näringskatten,
- e) fastighetsskatten,

Kapitel III

Arvsskatten (gåvoskatten)

Kapitel IV

- a) Skatterna enligt kapitel II och III,
- b) omsättningsskatten,
- c) jordförvärvsskatten,
- d) dryckesskatten,
- e) nöjesskatten,
- f) motorfordonsskatten,
- g) förseningstillägg, dröjsmålstillägg, ränta och kostnader.

2. I Sverige:

Kapitel II

- a) Den statliga inkomstskatten, kupongskatten och sjömansskatten häri inbegripna,
- b) den särskilda inkomstskatten för utomlands bosatta,
- c) den särskilda inkomstskatten för utomlands bosatta artister m.fl.
- d) kommunalskatten,
- e) den statliga förmögenhetsskatten,
- f) fastighetsskatten

Kapitel III

Arvs- och gåvoskatten

#### Kapitel IV

- a) Skatterna enligt kapitel II och III,
  - b) mervärdeskatten,
  - c) försäljningsskatten på motorfordon,
  - d) charterskatten,
  - e) vägtrafikskatten,
  - f) vägtrafikskatten på vissa fordon som icke är registrerade i riket,
  - g) skattetillägg, förseningsavgifter, dröjsmålsavgifter, räntor och kostnader.
-

## [TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT<sup>1</sup> BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE KINGDOM OF SWEDEN CONCERNING THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND CAPITAL AND ON ESTATES AND GIFTS AND FOR THE PROVISION OF MUTUAL ASSISTANCE WITH RESPECT TO TAX MATTERS (GERMAN-SWEDISH TAX AGREEMENT)

The Federal Republic of Germany and the Kingdom of Sweden,

Desiring to avoid double taxation and to provide mutual assistance with respect to tax matters through a new agreement reflecting the current relations between the two States and legal developments,

Have agreed as follows:

## SECTION I. GENERAL PROVISIONS

*Article 1.* PURPOSE OF THE AGREEMENT

The two Contracting States shall work together to avoid double taxation on the basis of this Agreement, to provide mutual assistance in the application of the tax laws and to improve inter-State tax relations through communication. To this end, the competent authorities of the Contracting States shall notify each other at appropriate intervals of the development of their tax law and consult with each other as to how the above-mentioned aims are to be achieved.

*Article 2.* APPLICATION OF THE AGREEMENT

(1) This Agreement shall apply to the following taxes imposed on behalf of a Contracting State, its provinces or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied:

(a) Section II to taxes on income and capital; there shall be regarded as such all taxes imposed on total income and total capital or elements of income or capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property and taxes on capital appreciation.

(b) Section III to estate, inheritance and gift taxes; there shall be regarded as such taxes which

(aa) Are levied by reason of a death as estate taxes, inheritance devolution taxes, capital transfer deductions or gift taxes on decease, or

(bb) Are imposed on transfers among living persons only because they were effected invalidly or against inadequate recompense.

<sup>1</sup> Came into force on 13 October 1994, i.e., one month after the exchange of the instruments of ratification, which took place at Stockholm on 13 September 1994, in accordance with article 46 (2).

(c) Section IV to taxes of every kind and description, unless the context otherwise requires. Customs and excise duties shall, however, be exempted; turnover and luxury taxes shall not be deemed to be consumption taxes for the sphere of application of this section.

(2) The existing taxes to which the Agreement shall apply are listed in the annex to the Agreement.

(3) The Agreement shall apply also to any identical or substantially similar taxes that are imposed after the signature of the Agreement in addition to or in place of the existing taxes.

(4) In this Agreement

(a) Section II shall apply to persons resident in one Contracting State or in both Contracting States;

(b) Section II shall apply to

(aa) Estates and inheritances, if the testator was resident in one Contracting State or in both Contracting States at the time of his death, and

(bb) Gifts, if the donor was resident in one Contracting State or in both Contracting States at the time of the gift.

### Article 3. GENERAL DEFINITIONS

(1) For the purposes of this Agreement, unless the context otherwise requires:

(a) The term “the Federal Republic of Germany” means, if used in the geographical sense, the area in which the tax law of the Federal Republic of Germany is in force, including the area of the seabed, the subsoil and the superjacent water column adjacent to the territorial sea, insofar as the Federal Republic of Germany exercises its sovereign rights and powers there, in conformity with international law;

(b) The term “Sweden” means the Kingdom of Sweden and, used in the geographical sense, Swedish sovereign territory and all areas outside Swedish territorial waters, insofar as Sweden may exercise its sovereign rights to explore the continental shelf and exploit its natural resources there in conformity with international law;

(c) The terms “a Contracting State” and “the other Contracting State” mean the Federal Republic of Germany or Sweden, depending on the context;

(d) The term “person” comprises individuals and companies;

(e) The term “company” means bodies corporate or legal entities which are treated as bodies corporate for tax purposes;

(f) The terms “enterprise of a Contracting State” and “enterprise of the other Contracting State” mean respectively an enterprise operated by a resident of a Contracting State or an enterprise operated by resident of the other Contracting State;

(g) The term “international traffic” means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise of a Contracting State, unless the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;

(h) The term “immovable property” has the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, buildings, rights to which the provisions of civil law con-

cerning landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments for the exploitation or the right to exploitation of mineral deposits, sources or other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property;

(i) The term “property forming part of the estate of, or of a gift made by, a resident of a Contracting State” includes all property the dilution or transfer of which is subject to the tax falling within section III of the Agreement;

(j) The term “national” means

(aa) In respect of the Federal Republic of Germany

Any German within the meaning of the Basic Law for the Federal Republic of Germany and any legal person, partnership or association set up in accordance with the law in force in the Federal Republic of Germany;

(bb) In respect of Sweden

Any individual possessing Swedish nationality and any legal persons, partnership or other association set up in accordance with the law in force in Sweden;

(k) The term “competent authority” means

(aa) In the Federal Republic of Germany, the Federal Minister of Finance or the authority to which he has delegated his powers;

(bb) In Sweden, the Finance Minister, his representatives or the authority to which he has delegated his powers.

(2) This Agreement shall be interpreted in its application by both Contracting States consistently and on the basis of the text. Any term that is not defined in this Agreement shall, however, have the meaning given to it under the law of the applying State, if the context so requires and the competent authorities have not agreed on a common interpretation (article 39, paragraph 3, and article 40, paragraph 3).

#### Article 4. RESIDENT

(1) For the purposes of this Agreement, the term “a resident of a Contracting State” means

(a) For income tax and capital tax purposes, any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, permanent residence, place of management or any other criterion of a similar nature. This term shall not, however, include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein;

(b) For purposes of estate, inheritance and gift taxes, any person whose estate or whose gift, under the law of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence or place of management or any other criterion of a similar nature. However, this term shall not include any person whose estate or whose gift is liable to tax in that State only in respect of property situated therein.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph (a) an individual is resident in both Contracting States, the following shall apply:



(a) He shall be deemed to be resident in the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be resident in the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);

(b) If the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has no permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be resident in the State in which he has a habitual abode;

(c) If he has a habitual abode in both States or in neither, he shall be deemed to be resident in the State of which he is a national;

(d) If he is a national of both States or of neither, the competent authorities of the Contracting States shall endeavour to settle the matter by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is resident in both Contracting States, then it shall be deemed to be resident in the State in which its place of effective management is situated.

#### Article 5. PERMANENT ESTABLISHMENT

(1) For the purposes of this Agreement, the term “permanent establishment” means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term “permanent establishment” includes in particular:

(a) A place of management,

(b) A branch,

(c) An office,

(d) A factory,

(e) A workshop, and

(f) A mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

(3) A building site or construction or installation project shall constitute a permanent establishment only if it lasts more than 12 months.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this article, the term “permanent establishment” shall be deemed not to include:

(a) The use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;

(b) The maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;

(c) The maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;

(d) The maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise, or collecting information for the enterprise;

(e) The maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of advertising, for the supply of information or for the conduct of scientific research or of similar activities of a preparatory or subsidiary character for the enterprise;

(f) The maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in subparagraphs (a) to (e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person — other than an agent of independent status to whom paragraph 6 applies — is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of all activities which that person undertakes for the enterprise, unless those activities are limited to the activities referred to in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make that place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

(6) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of independent status, if such persons are acting in the course of their business.

(7) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise) shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

## SECTION II. TAXATION OF INCOME AND CAPITAL

### *Article 6. INCOME FROM IMMOVABLE PROPERTY*

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(3) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

### *Article 7. BUSINESS PROFITS*

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of an enterprise may be taxed in the other State, but only to the extent that they are attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it would have been able to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities

under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) Insofar as it is usual in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment by means of apportioning the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the taxable profits by means of the usual apportionment; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this article.

(5) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(6) For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Where profits include items of income which are dealt with separately in other articles of this Agreement, then the provisions of those articles shall not be affected by the provisions of this article.

#### *Article 8. SHIPPING, AIR AND CONTAINER TRANSPORT*

(1) Profits made by an enterprise of one Contracting State from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in that State.

(2) Profits made by an enterprise of a Contracting State from the operation (use or rental) of containers used in international traffic, and the appurtenant equipment for transporting the container, shall be taxable only in that State.

(3) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall also apply to profits from participation in a pool, joint business or international business premises.

#### *Article 9. ASSOCIATED ENTERPRISES*

(1) Where

(a) An enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or

(b) The same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of the enterprise and taxed accordingly.

(2) Where profits on which an enterprise of the other Contracting State has been taxed in that State are attributed to the profits of an enterprise of a Contracting State, and where the attributed profits are such as the enterprise of that State would have derived if the conditions agreed between the two enterprises had been the same as those that would be agreed upon by independent enterprises, the other State shall modify the tax imposed on those profits, if this is necessary to avoid double taxation of the profits. The other provisions of this Agreement shall be observed in such modifications; if necessary, the competent authorities of the Contracting States shall consult each other.

#### Article 10. DIVIDENDS

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Such dividends may, however, also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, in accordance with the law of that State; however, if the recipient is the beneficial owner of the dividends, the tax so charged shall not exceed 15 per cent of the gross amount of the dividends. The provisions of this paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(3) By derogation from paragraph 2, in respect of dividends whose beneficial owner is a company which directly controls at least 10 per cent of the capital of the company paying the dividend,

(a) The tax shall not be levied if the dividends are paid by a company resident in Sweden, and

(b) The tax shall not exceed 5 per cent of the gross amount of the dividends if the dividends are paid by a joint-stock company in the Federal Republic of Germany; the tax may, however, not be levied if the difference between the rates of the German corporation tax for distributed and undistributed profits is less than 5 percentage points.

(4) The term "dividends" means, for the purposes of this article, income from shares, "jouissance" shares or "jouissance" rights, mining shares, founders' shares or other company shares, if the income therefrom under the law of the State of which the paying company is a resident is accorded equal tax treatment with income from shares. The term "dividends" also includes

(a) In the Federal Republic of Germany: the income of a silent partner from his participation as such, income from participating loans, participating bonds and similar profit-dependent emoluments, and also distributions on certificates of an investment fund;

In Sweden: distributions on share-fund (*aktiefond*) share certificates,

(b) Other income which, under the law of the State of which the debtor is a resident, shall be subject to the same tax treatment as income from company shares.

(5) By derogation from paragraphs 1 to 3, income from rights or claims with profits participation (including in the Federal Republic of Germany income of a silent partner from his participation as such or from participating loans and participating bonds) may be taxed under the law of the State in which they arise, if they are deductible there in the determination of the debtor's profit.

(6) The provisions of paragraphs 1 to 3 shall not apply if the beneficial owner, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that Contracting State independent personal services from a fixed base situated therein and the participation in respect of which dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such a case, the provisions of article 7 or article 14, or as the case may be, shall apply.

(7) Where a company resident in one Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may neither tax the dividends paid by the company, unless such dividends are paid to a person resident in that other State or the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with the permanent establishment or fixed base situated in that other State, nor subject the company's profits to a tax on undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in that other State.

#### *Article 11. INTEREST*

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a person who is a resident of the other Contracting State may be taxed only in that other State, if that person is the beneficial owner.

(2) The term "interest" as used in this article means income from debt claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profit, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prices attaching to such securities, bond or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purposes of this article. The term "interest" does not include the income referred to in article 10.

(3) The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other Contracting State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such a case the provisions of article 7 or article 14, as the case may be, shall apply.

(4) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between either of them and a third party, the monthly interest, having regard to the debt claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this article shall apply only to the latter amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the law of each Contracting State and with due regard to the other provisions of this Agreement.

*Article 12. ROYALTIES*

(1) Royalties arising in a Contracting State and paid to a person who is resident in the other Contracting State may be taxed only in that other State, if that person is the beneficial owner.

(2) The term “royalties” as used in this article means payment of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work, including cinematographic films, any patent, trademark, design or model, plan, secret formula or process or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

(3) The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case, the provisions of article 7 or article 14, as the case may be, shall apply.

(4) Where, by reason of a special relationship between the payer and beneficial owner or between each of them and a third party, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this article shall apply only to the latter amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the law of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

*Article 13. CAPITAL GAINS*

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of a moveable property situated in the other Contracting State may be taxed in that other State. This shall also apply to the sale of a share in a company whose primary purpose is the direct or indirect holding or management of such a moveable property, if the alienator has held at least 10 per cent of the company at some point in the five years preceding the sale. Moveable property serving one’s own agricultural and forestry or commercial enterprise shall not be covered.

(2) Gains from the alienation of moveable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of moveable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such fixed base, may be taxed in that other State.

(3) Gains from the alienation of ships, aircraft or containers operated by an enterprise of one Contracting State in international traffic, or moveable property pertaining to the operation of such ships, aircraft or containers, shall be taxable only in that State.

(4) Gains from the alienation of property not referred to in paragraphs 1 to 3 shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

(5) In the case of an individual who has been resident for at least two years in a Contracting State and has become resident in the other Contracting State, the provisions of paragraph 4 shall not affect the right of the first-mentioned State, with respect to shares and other holdings in companies and partnerships which are resident in that Contracting State, to tax the individual's capital gains prior to his change of domicile or the profits which that individual derives at any time during the first five years after his change of domicile, according to its domestic law.

#### *Article 14. INDEPENDENT PERSONAL SERVICES*

(1) Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable only in that State unless he has a fixed base available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities. If he has such a fixed base the income may be taxed in that other State but only so much of it as is attributable to that fixed base.

(2) The term "professional services" includes in particular independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, dentists, lawyers, engineers, architects and accountants.

#### *Article 15. DEPENDENT PERSONAL SERVICES*

(1) Subject to the provisions of articles 16 to 19, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State, unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is exercised in that State, the remuneration derived from it shall be taxable in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

(a) The recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the calendar year concerned; and

(b) The remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State; and

(c) The remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated by an enterprise of a Contracting State in international traffic may be taxed in that State.

(4) The provisions of paragraph 2 shall not apply to remuneration for temporary employment agency work. The competent authorities shall conclude the necessary agreements under article 40 to avoid double taxation and guarantee the tax claims of both Contracting States.

#### *Article 16. DIRECTORS' AND MANAGERS' FEES*

Directors' fees and similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of governors, or as a chief executive

or member of the executive board of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

#### *Article 17. ARTISTES AND SPORTSMEN*

(1) Notwithstanding the provisions of articles 7, 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised, if he is able to exercise a controlling influence over that other person.

(3) The provisions of articles 1 and 2 shall not apply to income from the activities of artistes or sportsmen in a Contracting State if their visit to that State is wholly or substantially, directly or indirectly, supported from the public funds of the other Contracting State.

#### *Article 18. PENSIONS AND SIMILAR PAYMENTS*

(1) Where a resident of a Contracting State receives pensions and similar payments or annuities, such emoluments shall be taxable only in that State.

(2) By derogation from the provisions of article 1, emoluments received by a resident of a Contracting State from the statutory social security scheme of the other Contracting State shall be taxable only in that other State. Such emoluments shall, however, be taxable only in the former Contracting State if the person concerned is a national of that State and not a national of that other State.

(3) By derogation from the provisions of article 1, recurring and lump-sum remuneration paid by a Contracting State or its local authorities to a resident of the other Contracting State as compensation for damage arising as a result of acts of war or political persecution (including reparations) shall be taxable only in the first-named State.

(4) The term "annuity" means a specific sum that is payable regularly at fixed times for life, or cover a period that is or can be determined, by virtue of an obligation which provides for such payments in consideration of appropriate contributions effected in money or money's worth.

(5) A resident of a Contracting State who receives benefits from the legal social security system of the other Contracting State shall be granted the same concessions in the taxation of these benefits in the first-mentioned State as are granted for such benefits derived from sources in the first-mentioned State.

#### *Article 19. GOVERNMENT SERVICE*

(1) Remuneration, excluding pensions, paid by a Contracting State, a province or local authority thereof, or another legal person under the public law of one of the two States to an individual for services rendered, and the remuneration referred to in paragraph 4, shall be taxable only in that State. However, such remuneration shall



be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State, if the individual is a resident of that State and not a national of the first-mentioned State.

(2) Notwithstanding the provisions of article 18, pensions paid by a Contracting State, a province or local authority thereof, or another legal person under the public law of one of the two States to an individual for services rendered shall be taxable only in that State. However, such pensions shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of that State not a national of the first-mentioned State.

(3) The provisions of articles 15, 16 and 18 shall apply to remuneration and pensions in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State, a province or local authority thereof or another legal person under the public law of one of the States.

(4) The provisions of paragraph 1 shall also apply in respect of remuneration paid

(a) In the case of the Federal Republic of Germany, by “der Deutsche Bundesbank”, “der Deutsche Bundesbahn” or “die Deutsche Bundespost”; in the case of Sweden, by “Postverket”, “Televerket”, “Statens Järnvägar” or “Sveriges Riksbank”,

(b) By or on behalf of the Chairman of Goethe-Institut in Sweden or a comparable Swedish institution in the Federal Republic of Germany for services rendered to these institutions,

(c) From German public funds as a cost-of-living allowance to teaching staff working temporarily in Sweden,

(d) By or on behalf of the “Sveriges Exportråd” in the Federal Republic of Germany or the German-Swedish Chamber of Commerce in Sweden for services rendered as a trade secretary or director.

The provisions of paragraph 2 shall apply in respect of pensions paid by or on behalf of the persons referred to in subparagraph (a).

(5) If the person receiving payment of the remuneration referred to in paragraph 4 is not liable to tax in the State which, under the provisions of paragraphs 1 and 2 above, would have the right to impose tax, then the other State shall have the right to impose tax.

#### Article 20. ALLOWANCES AND PAYMENTS TO STUDENTS

(1) Allowances, including children’s allowances, paid by a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall be exempt from tax in that other State. This shall not apply if the allowances are deductible in the first-mentioned State in the calculation of the payer’s taxable income; tax-free sums used in mitigation of social security contributions shall not be regarded as a deduction within the meaning of this provision.

(2) Payments received for maintenance, study or training by a student or a commercial, technical, agricultural or forestry apprentice (including a “Praktikant”) who is visiting a Contracting State exclusively for the purpose of study or training and is a resident of the other Contracting State or was a resident thereof immediately

before entering the first-mentioned State, shall not be taxable in the first-mentioned State, if such payments originate from sources outside that State.

#### *Article 21. OTHER INCOME*

(1) Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt within the foregoing articles of this Agreement shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply to income as such arising from movable property if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case, the provisions of article 7 or article 14, as the case may be, shall apply.

#### *Article 22. CAPITAL*

(1) Capital represented by immovable property, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or by movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, may be taxed in that other State.

(3) Capital represented by ships, aircraft and containers operated by an enterprise of a Contracting State in international traffic and by movable property pertaining to the operation of such ships, aircraft or containers, shall be taxable only in that Contracting State.

(4) All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

#### *Article 23. RELIEF FROM DOUBLE TAXATION*

(1) Tax shall be determined in the case of a resident of the Federal Republic of Germany as follows:

(a) Items of income arising in Sweden and capital assets situated in Sweden which may be taxed in Sweden under this Agreement and do not fall within subparagraph (b) shall be excluded from the German tax base. The Federal Republic of Germany shall, however, retain the right to take such excluded items of income and capital assets into consideration in determining the rate of tax for other items of income and capital assets. The preceding provisions shall also apply to distributions of holdings in joint-stock companies paid to a company resident in the Federal Republic of Germany by a company resident in Sweden at least 10 per cent of whose capital is held directly by the German company.

However, distributions paid by an investment fund and distributions of sums which are deducted in the determination of profits of the distributing company for purposes of Swedish tax shall not be excluded from the tax base.

For the purposes of taxes on capital, holdings in respect of which distributions, if paid, would be subject to exclusion from the tax base under the preceding clauses shall also be excluded from the tax base.

(b) Swedish tax paid under Swedish law and in accordance with this Agreement on

- (aa) Income arising from dividends not dealt with in subparagraph (a),
- (bb) Income that is taxable in Sweden under article 13, paragraph 1, second sentence, and article 13, paragraph 5,
- (cc) Remuneration that is taxable in Sweden under articles 15, paragraph 4, 16 and 17, and
- (dd) Income for which, under article 43, paragraph 1, under article 43, paragraph 1, a tax credit is to be accorded instead of a tax exemption

shall be credited against the German income and corporate tax to be levied on the above income arising in Sweden, with due regard to the provisions of German tax law concerning foreign tax credits.

For the purposes of this paragraph, profit or income of a resident of the Federal Republic of Germany shall be regarded as arising from sources in Sweden if they are taxed in Sweden in accordance with this Agreement.

(2) In the case of a resident of Sweden, double taxation shall be avoided as follows:

(a) If a resident of Sweden derives income which is taxable under this Agreement in the Federal Republic of Germany, Sweden shall, taking into consideration the provisions of Swedish tax law (taking into consideration changes applicable in each case which do not affect the general principle of those provisions) credit against the tax imposed on such income the amount corresponding to the tax paid therefor in the Federal Republic of Germany.

(b) Where a resident of Sweden who was formerly a resident of the Federal Republic of Germany derives profit from the alienation of property which has been taxed in accordance with article 13, paragraph 5 in the Federal Republic of Germany, Sweden shall credit against the tax imposed by it on such profits the amount corresponding to the tax paid in the Federal Republic of Germany on such profits, including the tax which was imposed at the time of the change of domicile on the capital gains that arose at that time. The amount to be credited shall not, however, exceed that part of the Swedish tax determined before the credit which is apportioned to the profit from the alienation. This provision shall apply only to alienations effected within ten years after the change of domicile.

(c) Where a resident of Sweden possesses property which is taxable under this Agreement in the Federal Republic of Germany, Sweden shall credit against the property tax imposed on the property of that resident an amount corresponding to the tax paid in the Federal Republic of Germany on the property. The amount to be credited shall, however, not exceed that part of the Swedish property tax imposed before the credit which is apportioned to the property that is taxable in the Federal Republic of Germany.

(d) If a resident of Sweden derives income that is taxable in the Federal Republic of Germany under article 18 or article 19, Sweden may take such income into account in determining the rate of tax for other income.

(3) Notwithstanding the provisions of article 2, distributions on share holdings in joint-stock companies paid by a company resident in the Federal Republic of Germany to a company resident in Sweden shall be exempt from Swedish tax if such distributions would, under Swedish law, have been exempt from Swedish tax if both companies were domiciled in Sweden. Such exemptions shall, however, not be granted if the profits from which the distributions derive consist exclusively or almost exclusively of

(a) Profits which have been subject to the normal corporate tax of the Federal Republic of Germany or taxation comparable to the Swedish corporate tax in the Federal Republic of Germany or in another State, or

(b) Distributions which the company received in the year of the distribution or in preceding years from company shares which it holds in a company resident in a third State and which would have been exempt if the company shares on which the distributions were paid had been held directly by the company resident in Sweden.

Such exemption shall not be granted if the distributions are paid by an investment fund, or for distributions of amounts which for purposes of German tax have been deducted in the determination of profits of the distributing company.

(4) If a company resident in the Federal Republic of Germany uses income from Sweden for a distribution, paragraph 1 shall not exclude the creation of a "distribution liability" in accordance with the provisions of German tax law.

### SECTION III. TAXATION OF ESTATES, INHERITANCE AND GIFTS

#### *Article 24.* TAXATION REGULATIONS

(1) Immovable property forming part of the estate of, or a gift by, a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State shall be taxable in that other State.

(2) Immovable property of an enterprise forming part of the estate of, or a gift by, a resident of a Contracting State, and

(a) Constituting the operating capital of a permanent establishment situated in the other Contracting State, or

(b) Pertaining to the exercise of a profession or other independent personal services and forming part of a fixed base situated in the other State may be taxed in that other State.

(3) All other property forming part of the estate of, or a gift by, a resident of a Contracting State, irrespective of its location, shall be taxable only in that State, unless article 26 otherwise provides.

#### *Article 25.* DEDUCTION OF DEBTS

(1) Debts especially secured on the property referred to in article 24, paragraph 1 shall be deducted from the value of such property. Debts which, although not especially secured on the property referred to in article 24, paragraph 1, nevertheless

arose in connection with the acquisition, alteration, refurbishment or maintenance of such property shall be deducted from the value of such property.

(2) Subject to the provisions of paragraph 1, debts connected with a permanent establishment referred to in article 24, paragraph 2 (a) or a fixed base referred to in article 24, paragraph 2 (b) shall be deducted from the value of the permanent establishment or fixed base.

(3) Other debts shall be deducted from the value of property to which article 24, paragraph 3, applies.

(4) Where a debt exceeds the value of the property from which it is to be deducted in a Contracting State under paragraphs 1 or 2, the excess portion shall be deducted from the value of the remaining property that is taxable in that State.

(5) Where, after the deductions to be made in accordance with paragraphs 3 or 4, a debt still remains in a Contracting State, such debt shall be deducted from the value of the property that is taxable in the other State.

(6) Where a Contracting State is obliged, under paragraphs 1 to 5, to make a greater deduction for debt than is provided for in its law, both paragraphs shall apply only insofar as the other Contracting State is not obliged to deduct the same debts under its domestic law.

*Article 26.* AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION  
IN THE STATE OF RESIDENCE

(1) If the deceased, donor or transferee was a resident of the Federal Republic of Germany, double taxation in the Federal Republic of Germany shall be avoided as follows:

(a) Where the deceased at the time of his death or the donor at the time of the gift was resident in the Federal Republic of Germany, the Federal Republic of Germany shall credit, in accordance with the provisions of German law concerning the crediting of foreign tax, to its tax, the tax paid in Sweden for the property taxable in Sweden under article 24, paragraphs 1 and 2.

(b) Where, at the time of the death of the deceased or of the gift, a transferee was resident in the Federal Republic of Germany, the Federal Republic of Germany may tax that person's acquisition according to the provisions of German law. It shall, however, credit the tax paid in Sweden for all property that is not taxable under article 24, paragraphs 1 and 2 in the Federal Republic of Germany, in accordance with the provisions of German law concerning the crediting of foreign tax against its tax.

The amount to be credited shall, however, not exceed that part of German taxes imposed before the credit which is attributed to the property for which the credit is to be accorded.

(2) If the deceased or the donor was resident in Sweden, double taxation in Sweden shall be avoided as follows:

(a) If the deceased at the time of his death the donor at the time of the gift was domiciled in Sweden, Sweden shall allow as a deduction from the tax determined in accordance with its law an amount corresponding to the taxes paid in the Federal Republic of Germany for property that is taxable in the Federal Republic of Germany under article 24, paragraphs 1 and 2.

(b) Where, at the time of the death of the deceased or of the gift, a transferee was resident in Sweden under Swedish law, and not simultaneously resident in the Federal Republic of Germany under German law, Sweden may tax that person's acquisition according to the provisions of Swedish law. It shall, however, credit to the Swedish tax the amount of tax paid in the Federal Republic of Germany for all property that is not taxable in Sweden under article 24, paragraphs 1 and 2. The amount to be credited shall, however, not exceed that part of the Swedish tax imposed before the credit which is attributed to the property for which the credit is to be accorded.

*Article 27. FIVE-YEAR RULE*

(1) Where the deceased at the time of his death or the donor at the time of his gift,

(a) Was a national of a Contracting State without simultaneously being a national of the other Contracting State, and

(b) Was taxed in the first-mentioned State according to its tax law as a resident, and

(c) Was resident in the other Contracting State in accordance with article 4, paragraph 1 (b) for a period of not more than five years,

he shall, notwithstanding the provisions of article 4, be regarded as a resident of the Contracting State of which he was a national.

(2) Paragraph 1 shall apply *mutatis mutandis* to the recipient of an inheritance or a gift if he meets the requirements set out in paragraph 1 at the time of the succession or gift.

*Article 28. TAX-EXEMPT ORGANIZATIONS*

(1) A German company or organization pursuing exclusively religious, charitable, scientific, educational or public aims shall, for the purpose of estate, inheritance and gift taxes (article 2, paragraph 1 (b)), be exempt from taxes in Sweden, provided and to the extent that

(a) It is tax exempt in the Federal Republic of Germany, and

(b) It would be tax exempt in Sweden if it were organized and exclusively active there.

(2) A Swedish cooperation or organization that pursues exclusively religious, charitable, scientific, educational public aims shall, for purposes of estate, inheritance and gift taxes (article 2, paragraph 1 (b)) be exempt from tax in the Federal Republic of Germany, provided and to the extent that

(a) It is tax exempt in Sweden and

(b) It would be tax exempt in the Federal Republic of Germany if it were organized there and exclusively there.

## SECTION IV. ASSISTANCE IN TAX MATTERS

*Article 29. GENERAL REGULATIONS*

(1) The competent authorities of the Contracting States shall provide mutual assistance to each other

(a) Through the exchange of information,

(b) Through support with respect to collection, including security measures and

(c) With respect to the disclosure of documents.

(2) Determination and other measures in favour of the taxpayer and to avoid double taxation shall also be the object of such assistance. This shall apply, in particular, with respect to timed measures of the tax administrations. Where double taxation may result from assistance measures, it shall be eliminated by mutual consent within the framework of article 40.

(3) Fiscal courts or other authorities that carry out judicial functions with respect to taxes within the meaning of article 2, paragraph 1 (c) of this Agreement may provide assistance to each other in accordance with this Agreement and in compliance with the regulations of their national law, at the request and through the agency of the competent authorities. This shall not affect other provisions under which these authorities may provide assistance to each other.

(4) This Agreement shall not affect the application of the European Convention on Mutual Assistance in Criminal Matters of 20 April 1959,<sup>1</sup> including the additional protocol of 17 March 1978<sup>2</sup> and the bilateral agreements between the Contracting States attaching thereto.

(5) Normal costs arising from the provision of assistance shall be defrayed by the requested State. Exceptional costs arising from the provision of assistance shall be defrayed by the requesting State.

*Article 30. INFORMATION ON SPECIAL REQUEST*

At the request of the competent authority of one Contracting State, the competent authority of the requested State shall give the requesting State information which may be material in that State with respect to the correct assessment of taxes.

*Article 31. INFORMATION WITHOUT SPECIAL REQUEST*

(1) The competent authority of one Contracting State may provide the information referred to in article 30 to the competent authority of the other Contracting State without prior request if there are grounds for suspecting that

(a) Taxes in that other State have been or might have been evaded;

(b) Business relations have been channelled through third States for the purpose of tax evasion;

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 472, p. 185.

<sup>2</sup> *Ibid.*, vol. 1496, p. 350.

(c) A lower total tax burden may arise by virtue of the fact that profits as between associates are not delimited in the same way as for those between non-associates;

(d) Circumstances on the basis of which a reduction or exemption of taxes has been granted might lead to taxation or an increase in taxes for the taxpayer in the other State;

(e) Circumstances disclosed in connection with the provision of information by that other State are material for the correct assessment of taxes in that State.

(2) The competent authorities of the Contracting States may, on the basis of mutuality and in accordance with domestic law, even without special request provide each other with information on like circumstances with respect to

(a) Temporary hiring of foreign employees and arrangements to avoid the legal provisions of the providing State in this area, or

(b) Income of non-residents of the providing State which is disclosed through information laid in tax relief proceedings, or

(c) Input tax refunds in special proceedings for taxpayers who are not residents of the providing State

in order to ensure that taxes are not being evaded or that tax refunds and tax rebates are not being wrongly granted.

#### *Article 32. COLLECTION OF TAX CLAIMS*

(1) At the request of the competent authority of one Contracting State, the requested State shall, subject to the provisions of paragraph 5 and article 33, perform collection of the tax claims of the first-mentioned State in the same way as if it were dealing with its own tax claims.

(2) Paragraph 1 shall apply only to tax claims which are the subject of a valid enforcement order in the requesting State and are not contested.

(3) In the case of tax claims in connection with the deceased or his estate, the requested State shall effect collection of such claims only up to the value of the estate or that part of the property attributed to each beneficiary of the State, depending on whether claims are to be satisfied from the estate or with respect to the beneficiaries of the estate.

(4) At the request of the competent authority of one Contracting State, the requested State shall take precautionary measures for the purpose of collecting the tax amounts, even if an appeal is being lodged against the tax claim or an enforcement order that is merely provisional or intended for precautionary purposes has been issued.

(5) Tax claims in respect of whose collection assistance is provided shall not enjoy in the requested State any right to preferential treatment that is especially granted in respect of tax claims of that State.

(6) The requested State may agree to defer payment or payment by instalments where its law or administrative practice permits in similar cases; it shall inform the requesting State thereof.

(7) The following shall be attached to the request:



- (a) A declaration that the claim concerns a tax falling within this Agreement and that it can no longer be disputed in the event of a request for collection;
  - (b) If required, an official copy of the enforcement document valid in the requesting State; and
  - (c) The other documents required for collection or precautionary measures.
- (8) An enforcement order that is valid in the requesting State shall, where required and in accordance with the provisions in force in the requested State, be acknowledged, supplemented or replaced by an enforcement order of the requested State.

#### *Article 33. TIME LIMITS*

- (1) With respect to matters connected with time limits concerning tax claims, the law of the requesting State shall prevail exclusively. A request for collection shall contain details of the time limit in force for the tax claims.
- (2) Collection measures carried out by the requested State on the basis of a request which would suspend or interrupt the time limit under the law of that State shall have the same effect under the law of the requesting State. The requested State shall advise the requesting State of the measures adopted to this end.

#### *Article 34. APPEAL*

- (1) An appeal against measures taken by the requested State under article 32 shall be lodged only with the competent authorities of that State under domestic law.
- (2) An appeal against measures taken by the requesting State relating to the existence or the level of a tax claim or an enforcement order shall be lodged only by the competent authorities of that State under domestic law. The requesting State shall notify the requested State without delay that an appeal has been lodged. Upon receipt of the notification, the requested State shall suspend proceedings for collection until the decision of the competent authority is available. The requested State may, however, if asked to do so by the requesting State, adopt precautionary measures to ensure collection. Any Party may also notify the requested State when an appeal has been lodged. Upon receipt of the notification, the requested State shall if necessary consult the requesting State.
- (3) As soon as a final decision on the appeal has been taken, the requesting or the requested State shall notify the other State of the decision and its effects on the request for collection. The two States shall, if necessary, discuss whether the request for collection should be maintained.

#### *Article 35. DISCOVERY OF DOCUMENTS*

- (1) Either Contracting State may send documents by post directly to a person in the territory of the other Contracting State.
- (2) On request, the requested State shall deliver to the recipient documents, including court decisions, originating in the requesting State and relating to a tax covered by this Agreement.
- (3) The requested State shall deliver documents

(a) In a form prescribed by its law for delivery of substantially similar documents;

(b) As far as possible, in a special form desired by the requesting State or a form as close as possible to it provided for by the law of the requested State.

(4) This Agreement shall not be construed in such a way as to lead to the nullity of a delivery made by a Contracting State in accordance with its legal provisions, if such delivery is contrary to the provisions of this article.

*Article 36. LIMITS OF THE OBLIGATION TO PROVIDE ASSISTANCE*

(1) Subject to the provisions of article 33, information

(a) Shall not be provided

(aa) If the necessary official functions in taxation proceedings under the law of one State could not be carried out or would contradict a general administrative order;

(bb) If that would lead, with respect to taxes within the meaning of this Agreement to taxation contravening this Agreement;

(cc) If that would prejudice public order (*ordre public*) in particular, if secrecy is not guaranteed in one of the Contracting States as provided for in article 37;

(dd) To the extent that there is a danger that damage will be caused to the party concerned through the disclosure of a trade, industry, commercial or professional secret or a business procedure that cannot be reconciled with the purpose of the provision of the information;

(b) Need not be provided if

(aa) There are grounds to assume with respect to a request that the requesting State has not exhausted its own possibilities for inquiry, although it could have pursued them without prejudicing the purpose of the inquiry;

(bb) There is no reciprocity;

(cc) The information can only be provided at a disproportionately high cost;

(dd) The fiscal authorities of a State would seriously prejudice the performance of their own functions by providing the information.

(2) In other cases of assistance, paragraph 1 shall apply *mutatis mutandis*.

(3) If an act of assistance relates to circumstances governed by the provisions of sections II, III and IV, it may be made dependent on a prior agreement concerning binding arbitration within the meaning of article 41, paragraph 5, second sentence.

*Article 37. SECRECY*

(1) Information which a Contracting State has received under this Agreement shall be kept secret in the same way as State knowledge in accordance with its domestic law or any stricter provisions of the State providing the information.

(2) Such information shall be used only for purposes of tax assessment, notification of tax assessment by supervisory authorities or auditing, and may only be disclosed to persons directly engaged in these functions. This shall apply also if,

under the domestic law of the recipient or providing State, more far-reaching use or disclosure is allowed, unless the competent authority of the other State concerned agrees. In court proceedings or criminal summary proceedings, such information shall be disclosed for the purposes of such proceedings directly to persons involved in such proceedings, if the proceedings are held in connection with tax assessment or notification of tax assessment. It may be made known in public court proceedings or the public announcement of sentences only if the competent authority of the State providing the information raises no objection thereto. The same shall apply in other cases of provision of assistance.

(3) Information provided by one Contracting State to the other Contracting State may be transmitted to a third State by the latter with the prior consent of the competent authority of the first-mentioned State, provided that the same secrecy protection is afforded in that State.

(4) The Contracting States shall indicate special secrecy protection by means of appropriate enforcements.

## SECTION V. PROTECTION OF THE TAXPAYER AND MUTUAL AGREEMENT

### *Article 38.* PROHIBITION OF DISCRIMINATION

(1) The nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances are or may be subjected. Notwithstanding the provisions of article 2, paragraph 4, this provision shall also apply to persons who are not residents of either Contracting State.

(2) The taxation of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs or reductions which it grants to its own residents.

(3) Except where the provisions of article 9, paragraph 1, article 11, paragraph 4 or article 12, paragraph 4 apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

(4) Enterprises of a Contracting State whose capital is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of that first-mentioned State are or may be subjected.

(5) The provisions of this article shall, notwithstanding the provisions of article 2, apply to taxes of every kind and description.

#### *Article 39. CONSULTATIONS*

(1) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to eliminate by mutual agreement any difficulties or doubts which arise in the interpretation or application of this Agreement in general or in particular cases. They may also consider together how double taxation may be avoided in cases not covered by this Treaty or how matters related to taxes within the meaning of this Agreement which result from different criteria of the Contracting States for the tax base or for other reasons may be settled through a special agreement. They may further discuss together in order to attenuate or eliminate other difficulties resulting from differences in their tax laws and to combat international tax evasion and avoidance.

(2) The competent authorities of the Contracting States may conclude agreements by means of consultation in order

(a) To clarify future doubts as to which taxes are covered by this Agreement under its article 2, paragraph 3;

(b) To determine how the limiting provisions of this Agreement, particularly those in articles 10 to 12, shall be implemented;

(3) The competent authorities of the Contracting States may consult together with respect to general regulations, in order to ensure, on the basis of this Agreement, a taxpayer's claim to coordinated application of this Agreement in both States through common interpretation or special procedures.

#### *Article 40. MUTUAL AGREEMENT*

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under article 38, paragraph 1, to that of the Contracting State of which he is a national.

(2) If the competent authority considers the objection to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, it shall endeavour to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Agreement. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States may, in accordance with article 39 or the preceding provisions of this article, in particular consult in order where possible to reach an agreement that

(a) Profit accruing to an enterprise of a Contracting State and its permanent establishment situated in the other Contracting State shall be attributed consistently;

(b) Profits of associated enterprises within the meaning of article 9, paragraph 1, shall be delimited consistently;

(c) Income which is assimilated for tax purposes in the State of source to income from company shares shall be treated in the other State as income from distributions on holdings in joint stock companies;

(d) Debts with respect to capital, estate, inheritance and gift taxes shall be treated consistently.

#### Article 41. HEARINGS

(1) The competent authorities of the Contracting State may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement within the meaning of articles 39 and 40.

(2) Where an oral exchange of opinions appears advisable in order to reach agreement, such exchange may take place through a commission consisting of representatives of the competent authorities of the Contracting States.

(3) The competent authorities may jointly request an independent body to deliver an expert opinion on a matter which they have brought before that body.

(4) If the hearing relates to a particular case, the persons involved shall be heard; they shall have the right to file their own motions.

(5) The provisions of chapters I, II and IV of the European Agreement on the Peaceful Settlement of Disputes of 29 April 1957<sup>1</sup> shall apply to the settlement of disputes in international law. The Contracting Parties may, however, agree to convene a court of arbitration whose decision is binding on them in place of the procedure laid down in that Agreement. Such court of arbitration shall consist of professional judges of the Contracting States or of third States or of international organizations. Its procedure shall be governed by the internationally recognized principles for arbitration procedures. The participants shall be granted full process of law and the right to file their own motions. The decision shall be handed down on the basis of the treaties in force between the two Contracting States and general international law; a decision *ex aequo et bono* shall not be permitted. Once an agreement on the convening and composition of the court of arbitration and on its rules of procedure has been reached, each of the Contracting States shall be at liberty to proceed in accordance with the first sentence of this paragraph.

### SECTION VI. SPECIAL PROVISIONS

#### Article 42. AIR TRANSPORT CONSORTIA

(1) The following shall apply with respect to the Swedish-Danish-Norwegian air transport consortium Scandinavian Airlines System:

(a) The provisions of article 8, article 13, paragraph 3 and article 22, paragraph 3 shall apply in respect of the consortium's profits, capital gains and capital accruing to the Swedish partner in the consortium;

(b) Remuneration for dependent personal services performed by a resident of Sweden on board an aircraft of the consortium operated in international traffic shall be taxable only in Sweden.

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 320, p. 243.

(2) The provisions of paragraph 1 shall apply *mutatis mutandis* should the Federal Republic of Germany or Lufthansa AG join in a similar consortium.

*Article 43.* APPLICATION OF THE AGREEMENT IN SPECIAL CASES

(1) The State of residence shall avoid double taxation by a tax credit in accordance with the principles of article 23 instead of the tax exemption to be granted under that article:

(a) If in the Contracting States income or capital is attributed to different provisions in the Agreement or ascribed to different persons (except under article 9) and such conflict is not susceptible to settlement through a procedure under Section V, and

(aa) Where the income or capital assets concerned would be subject to double taxation as a result of such different attribution or ascription, or

(bb) Where the income or capital assets concerned would remain untaxed or be taxed at too low a level as a result of such different attribution or ascription, or

(b) If, after due consultation and subject to the limitations of its domestic law, it has notified the other Contracting State through the diplomatic channel of other income to which it intends to apply this paragraph. The notification shall be effective only from the first day of the calendar year following the year in which the notification was transmitted and all legal requirements under the domestic law of the notifying State for the notification to become effective have been met.

(2) In no case shall this Agreement be construed so as to:

(a) Make it possible to circumvent tax liability in one Contracting State through misuse of legal drafting possibilities;

(b) Prevent the Federal Republic of Germany from levying its taxes on sums to be ascribed under Part 4 of the German external tax law to the income of a person resident in the Federal Republic of Germany;

(c) Prevent Sweden from levying its taxes on the basis of provisions which correspond in their purpose and effect to the provisions referred to in subparagraph (b).

Where the preceding provisions lead to double taxation, the competent authorities shall consult in accordance with article 40, paragraph 3 on avoiding double taxation.

(3) Within the meaning of articles 10 to 12, a person resident in a Contracting State shall be deemed to be the beneficial holder of dividends, interest and royalties if they are to be ascribed for tax purposes to that person under the legislation of that State. Such person shall not, however, be the beneficial owner if, under the law of the other State, such income is to be ascribed for tax purposes to other persons who are entitled to the benefit of such income and are not resident in that first-mentioned State.

*Article 44.* APPLICATION OF REDUCTIONS AND EXEMPTIONS

(1) Where in a Contracting State taxes on dividends, interest, royalties or other income derived by a person resident in the other Contracting State are withheld (at source), the right of that first-mentioned State to make such tax deduction

at the rate prescribed by its domestic law shall not be affected by this Agreement. The tax withheld (at source) shall, however, be refunded at the request of the taxpayer if and to the extent that it is reduced or eliminated by this Agreement. The recipient may, however, request the direct application of the Agreement at the time of the payment if the domestic law of the State concerned so allows.

(2) Applications for refund shall be submitted before the end of the fourth year following the calendar year of the payment of the dividends, interest, royalties or other income.

(3) Taxpayers shall attach to each of the applications submitted under paragraph 1 a certificate of residence issued by the tax authorities of the Contracting State in which they are resident.

(4) The competent authorities may by mutual consent regulate the implementation of this article and where necessary lay down other procedures for the implementation of the tax reductions or exemptions provided for in this Agreement.

#### Article 45. MEMBERS OF DIPLOMATIC MISSIONS AND CONSULAR POSTS

(1) Nothing in this Agreement shall affect the fiscal privileges of members of a diplomatic mission, a consular post or an international organization under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

(2) To the extent that income or capital assets are not taxed in the receiving State on account of such privileges, the tax law of the sending State shall apply.

(3) Notwithstanding the provisions of article 4, an individual who is a member of a diplomatic mission or a consular post of a Contracting State which is situated in the other Contracting State or in a third State shall be deemed for the purposes of this Agreement to be a resident of the sending State if:

(a) In accordance with international law he is not liable to tax in the receiving State in respect of income from sources outside that State, and

(b) He is liable in the sending State to the same obligations in relation to tax on his world income as are residents of that State.

(4) This Agreement shall not apply to inter-State organizations, their organs or officials or to members of a diplomatic mission or consular post of a third State and their associates who are present in a Contracting State but are not treated in either of the two Contracting States as resident there for purposes of income and capital taxes.

### SECTION VII. FINAL PROVISIONS

#### Article 46. ENTRY INTO FORCE

(1) This Agreement shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged at Stockholm as soon as possible.

(2) This Agreement shall enter into force one month after the exchange of the instruments of ratification and shall have effect in both Contracting States

(a) In the case of income tax, in respect of income accruing in periods from 1 January of the calendar year following the year in which the Agreement entered into force, and in the case of capital taxes, in respect of taxes levied on capital assets

held on or after 1 January of the calendar year following the year in which the Agreement entered into force;

(b) In the case of inheritance tax, in respect of estates of persons who died on or after 1 January of the calendar year following the year in which the Agreement entered into force, and in the case of gift tax, on gifts made on or after 1 January of that aforementioned year;

(c) In the case of assistance proceedings undertaken on or after 1 January of the calendar year following the year in which the Agreement entered into force.

(3) By derogation from the provisions of this Agreement, the following shall apply to dividends within the meaning of article 10, paragraph 3 between 1 January 1990 and 31 December 1991:

(a) In the case of dividends paid by a joint-stock company resident in Sweden, the rate of tax provided for in article 9, paragraphs 3 and 4 of the Agreement of 17 April 1959 between the Federal Republic of Germany and the Kingdom of Sweden for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and fortune and various other taxes, as amended by the protocol of 22 September 1978, shall be applied;

(b) In the case of dividends paid by a joint-stock company resident in the Federal Republic of Germany, the tax shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the dividends.

The provisions of the this Agreement shall apply to dividends of this kind paid after 31 December 1991.

(4) Upon the entry into force of this Agreement,

(a) The Agreement of 17 April 1959 between the Federal Republic of Germany and the Kingdom of Sweden for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and fortune and various other taxes,<sup>1</sup> as amended by the protocol of 22 September 1978,<sup>2</sup>

(b) The Agreement of 14 May 1935 between the German Empire and the Kingdom of Sweden for the avoidance of double taxation with respect to taxes on inheritance,<sup>3</sup> and

(c) The Treaty of 14 May 1935 between the Germany Empire and the Kingdom of Sweden on official and legal assistance in text matters<sup>4</sup>

shall expire; they shall, however, continue to have effect in respect of income, capital, estates, gifts and acts of assistance not covered by this Agreement.

#### Article 47. CESSATION OF EFFECT

This Agreement shall continue in effect indefinitely but either of the Contracting States may, on or before 30 June in any calendar year following the fifth calendar year in which it enters into force, give written notice of termination to the other State through the diplomatic channel; in that event, the Agreement shall no longer apply in either State

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 428, p. 155.

<sup>2</sup> *Ibid.*, vol. 1424, No. A-6175.

<sup>3</sup> League of Nations, *Treaty Series*, vol. CLXIII, p. 459.

<sup>4</sup> *Ibid.*, p. 425.



(a) In the case of taxes on income, in respect of income accruing for periods from 1 January of the calendar year following the termination year, and in the case of taxes on capital in respect of taxes levied on capital assets held on or after 1 January of the calendar year following the termination year;

(b) In the case of inheritance tax, in respect of the estates of persons deceased on or after 1 January following the termination year, and in respect of gifts made on or after 1 January of the aforementioned year;

(c) In the case of acts of assistance undertaken on or after 1 January of the calendar year following the termination year.

DONE at Bonn on 14 July 1992, in duplicate in the German and Swedish languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic  
of Germany:

Dr. THEO WAIGEL

Dr. HARTMUT HILLGENBERG

For the Kingdom  
of Sweden:

TORSTEN ÖRN

ANNEX TO THE AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE KINGDOM OF SWEDEN CONCERNING THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION IN TAXES ON INCOME AND CAPITAL AND ON ESTATES AND GIFTS AND FOR THE PROVISION OF MUTUAL ASSISTANCE IN TAXES

Existing taxes to which this Agreement applies are

(1) In the Federal Republic of Germany:

*Section II*

- (a) The income tax,
- (b) The corporate tax,
- (c) The capital tax,
- (d) The business tax,
- (e) The land tax.

*Section III*

The inheritance tax (gift tax).

*Section IV*

- (a) The taxes of section II and III,
  - (b) The turnover tax,
  - (c) The land acquisition tax,
  - (d) The beverages tax,
  - (e) The entertainment tax,
  - (f) The motor vehicle tax,
  - (g) The late payment charges, delinquency charges, interest and costs.
- (2) In Sweden:

*Section II*

- (a) The State income tax (including the coupon tax and the seamen's tax),
- (b) The State special income tax for taxpayers with limited liability,
- (c) The State special income tax for artistes with limited liability,
- (d) The community income tax.
- (e) The State capital tax,
- (f) The land tax.

*Section III*

The inheritance and gift tax.

*Section IV*

- (a) The taxes of sections II and III,
- (b) The value added tax,

- (c) The tax on alienation of motor vehicles,
  - (d) The tax on charter flights,
  - (e) The road traffic tax,
  - (f) The road traffic tax on particular vehicles not registered in Sweden,
  - (g) The tax surcharges, late payment charges, delinquency charges, interest and costs.
-

## [TRADUCTION — TRANSLATION]

CONVENTION<sup>1</sup> ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE ROYAUME DE SUÈDE TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET SUR LA FORTUNE AINSI QUE SUR LES SUCCESSIONS ET LES DONATIONS ET CONCERNANT L'ASSISTANCE MUTUELLE EN MATIÈRE D'IMPOSITION FISCALE (CONVENTION FISCALE GERMANO-SUÉDOISE)

La République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Suède,

Animés du désir d'éviter la double imposition et de se prêter mutuellement assistance en matière d'imposition fiscale grâce à une nouvelle convention qui tient compte des relations actuelles entre les deux Etats et du développement du droit,

Sont convenus de ce qui suit :

## CHAPITRE PREMIER. DISPOSITIONS GÉNÉRALES

*Article premier.* BUT DE LA CONVENTION

Les deux Etats contractants coopèrent afin d'éviter la double imposition au titre de la présente Convention, de se prêter mutuellement assistance dans l'application des lois fiscales et d'améliorer les relations fiscales internationales grâce à la compréhension mutuelle. A cet effet, les autorités compétentes des Etats contractants s'informeront périodiquement du développement de leur droit fiscal et débattront des moyens d'atteindre les buts susmentionnés.

*Article 2.* DOMAINE D'APPLICATION DE LA CONVENTION

1) La présente Convention s'applique aux impôts ci-après perçus pour le compte de chacun des Etats contractants, de ses régions ou de ses collectivités locales, quel que soit le mode de perception :

a) Le chapitre II, aux impôts sur le revenu et la fortune; sont considérés comme tels les impôts perçus sur le revenu total, sur la fortune totale, ou sur des éléments du revenu ou de la fortune, y compris les impôts sur les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers et immobiliers, ainsi que les impôts sur les plus-values.

b) Le chapitre III, aux impôts sur les successions, sur les héritages et sur les donations; sont considérés comme tels les impôts

aa) Perçus, du fait du décès, comme impôts sur les successions, sur les héritages et sur les dévolutions de patrimoine ou, en raison du décès, sur les donations, ou

bb) Perçus sur les transferts entre vifs uniquement du fait que les transferts ont été effectués à titre gratuit ou en échange d'une contrepartie minime.

<sup>1</sup> Entrée en vigueur le 13 octobre 1994, soit un mois après l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Stockholm le 13 septembre 1994, conformément au paragraphe 2 de l'article 46.

c) Le chapitre IV, aux impôts de toute nature ou dénomination, à moins que le contexte n'en décide autrement. Sont toutefois exclus les droits de douane et taxes à la consommation; les taxes sur le chiffre d'affaires et sur les produits de luxe ne sont pas considérés comme des taxes à la consommation aux fins de l'application de ce chapitre.

2) Les impôts existant actuellement et auxquels s'applique la Convention sont mentionnés dans l'annexe à la Convention.

3) La Convention s'applique aussi aux impôts de nature identique ou essentiellement analogue qui seraient établis après la date de signature de la Convention et qui s'ajouteraient ou se substitueraient aux impôts actuels.

4) Aux fins de la présente Convention,

a) Le chapitre II s'applique aux personnes qui sont des résidents de l'un des Etats contractants ou des deux;

b) Le chapitre III s'applique

aa) Aux successions et héritages lorsque le défunt était, lors de son décès, un résident de l'un des Etats contractants ou des deux;

bb) Aux donations lorsque le donateur était, lors de la donation, un résident de l'un des Etats contractants ou des deux.

### Article 3. DÉFINITIONS GÉNÉRALES

1) Aux fins de la présente Convention, et à moins que le contexte n'impose une interprétation différente,

a) L'expression « République fédérale d'Allemagne » employée au sens géographique désigne le territoire où la législation fiscale de la République fédérale d'Allemagne est en vigueur, y compris le territoire du fond de la mer adjacent à la mer côtière territoriale, le sous-sol de la mer et les colonnes d'eau situées au-dessus, dans la mesure où la République fédérale d'Allemagne y exerce, conformément au droit international, des droits souverains et une juridiction territoriale;

b) Le terme « Suède » désigne le Royaume de Suède et, employé au sens géographique, le territoire suédois et tous les territoires situés en dehors des eaux territoriales suédoises, dans la mesure où la Suède peut y exercer, conformément au droit international, des droits souverains sur l'exploration du socle terrestre et l'exploitation de ses ressources naturelles;

c) Les expressions « un Etat contractant » et « l'autre Etat contractant » s'entendent, selon le contexte, de la République fédérale d'Allemagne ou de la Suède;

d) Le terme « personne » comprend les personnes physiques et les sociétés;

e) Le terme « société » désigne toute personne morale ou tout sujet de droit qui est considéré fiscalement comme une personne morale;

f) Les expressions « entreprise d'un Etat contractant » et « entreprise de l'autre Etat contractant » désignent respectivement une entreprise exploitée par un résident d'un Etat contractant et une entreprise exploitée par un résident de l'autre Etat contractant;

g) L'expression « trafic international » s'entend de tout transport par un navire ou un aéronef exploité par une entreprise d'un Etat contractant, sauf lorsque

le navire ou l'aéronef n'est exploité qu'entre des points situés dans l'autre Etat contractant;

*h)* L'expression « biens immobiliers » a le sens que lui attribue la législation de l'Etat contractant où les biens considérés sont situés. Elle couvre en tout état de cause les accessoires, le cheptel mort ou vif des exploitations agricoles et forestières, les bâtiments, les droits régis par les dispositions du droit commun de la propriété foncière, l'usufruit des biens immobiliers et les droits donnant lieu au paiement de rémunérations variables ou fixes en contrepartie de l'exploitation, ou du droit d'exploitation, de gisements minéraux, de sources et d'autres ressources naturelles; les navires, les bateaux et les aéronefs ne sont pas réputés constituer des biens immobiliers;

*i)* L'expression « biens qui font partie de la succession ou d'une donation d'une personne résidant dans un Etat contractant » désigne tous les biens dont la dévolution ou le transfert est assujéti à l'un des impôts visés au chapitre III de la Convention;

*j)* Le terme « ressortissant » désigne,

*aa)* En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, tous les Allemands au sens de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne et toutes les personnes morales, sociétés de personnes et autres associations de personnes créées selon le droit en vigueur en République fédérale d'Allemagne;

*bb)* En ce qui concerne la Suède, toutes les personnes physiques qui possèdent la nationalité suédoise et toutes les personnes morales, sociétés de personnes et autres associations de personnes créées selon le droit en vigueur en Suède;

*k)* L'expression « autorité compétente » désigne,

*aa)* En République fédérale d'Allemagne, le Ministre fédéral des finances ou l'autorité à laquelle il a délégué ses pouvoirs;

*bb)* En Suède, le Ministre des finances, son fondé de pouvoir ou l'autorité à laquelle il a délégué ses pouvoirs.

2) La présente Convention doit, aux fins de son application, être interprétée d'un commun accord et conformément à ses dispositions par les deux Etats contractants. Une expression non définie dans la présente Convention a toutefois le sens qui lui est conféré par la législation de l'Etat qui l'applique, lorsque le contexte l'exige et que les autorités compétentes ne sont pas convenues d'une interprétation commune (paragraphe 3 de l'article 39, paragraphe 3 de l'article 40).

#### Article 4. RÉSIDENT

1) Aux fins de la présente Convention, l'expression « résident d'un Etat contractant » désigne,

*a)* Aux fins des impôts sur le revenu et la fortune, toute personne qui, en vertu de la législation de cet Etat, est assujéti à l'impôt dans cet Etat en raison de son domicile, de sa résidence, de son siège de direction ou de tout autre critère analogue. Toutefois, cette expression ne comprend pas les personnes qui sont assujétiées à l'impôt dans cet Etat uniquement au titre des revenus dont la source est située dans cet Etat ou au titre de la fortune située dans cet Etat;

b) Aux fins des impôts sur les successions, sur les héritages et sur les donations, toute personne dont la succession ou la donation ou l'héritage est, en vertu de la législation de cet Etat, assujetti à l'impôt dans cet Etat en raison de son domicile, de sa résidence, de son siège de direction ou de tout autre critère analogue. Toutefois, cette expression ne comprend pas les personnes dont la succession ou la donation est assujettie à l'impôt dans cet Etat uniquement au titre de la fortune située dans cet Etat.

2) Lorsque, selon les dispositions du paragraphe 1, une personne physique est un résident des deux Etats contractants, sa situation est réglée de la manière suivante :

a) Cette personne est considérée comme un résident de l'Etat contractant où elle dispose d'un foyer d'habitation permanent; si elle dispose d'un foyer d'habitation permanent dans les deux Etats contractants, elle est considérée comme un résident de l'Etat contractant avec lequel ses liens personnels et économiques sont les plus étroits (centre des intérêts vitaux);

b) Si l'Etat contractant où cette personne a le centre de ses intérêts vitaux ne peut être déterminé, ou si elle ne dispose d'un foyer d'habitation permanent dans aucun des Etats contractants, elle est considérée comme un résident de l'Etat contractant où elle séjourne de façon habituelle;

c) Si cette personne séjourne de façon habituelle dans les deux Etats contractants ou si elle ne séjourne de façon habituelle dans aucun d'eux, elle est considérée comme un résident de l'Etat contractant dont elle possède la nationalité;

d) Si cette personne possède la nationalité des deux Etats contractants ou si elle ne possède la nationalité d'aucun d'eux, les autorités compétentes des Etats contractants règlent la question d'un commun accord.

3) Lorsque, selon les dispositions du paragraphe 1, une personne autre qu'une personne physique est un résident des deux Etats contractants, elle est considérée comme un résident de l'Etat contractant où son siège de direction effective est situé.

#### Article 5. ETABLISSEMENT STABLE

1) Aux fins de la présente Convention, l'expression « établissement stable » désigne une installation fixe d'affaires par l'intermédiaire de laquelle une entreprise exerce tout ou partie de son activité.

2) L'expression « établissement stable » comprend notamment :

a) Un siège de direction;

b) Une succursale;

c) Un bureau;

d) Une usine;

e) Un atelier;

f) Une mine, un puits de pétrole ou de gaz, une carrière ou tout autre lieu d'extraction de ressources naturelles.

3) Un chantier de construction ou de montage ne constitue un établissement stable que s'il dure plus de 12 mois.

4) Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, on considère qu'il n'y a pas « établissement stable » si :

a) Il est fait usage d'installations aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison de marchandises appartenant à l'entreprise;

b) Des produits ou des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposés aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison;

c) Des produits ou des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposés aux seules fins d'ouvroison ou de transformation par une autre entreprise;

d) Une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins d'acheter des marchandises ou de réunir des informations pour l'entreprise;

e) Une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins de faire de la publicité pour l'entreprise, de fournir des informations, d'effectuer des recherches scientifiques ou d'exercer des activités analogues qui ont un caractère préparatoire ou auxiliaire;

f) Une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins d'exercer une combinaison des activités énumérées aux alinéas a à e à condition que, prise dans son ensemble, l'activité de l'installation fixe d'affaires qui résulte de ladite combinaison ait un caractère préparatoire ou auxiliaire.

5) Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2, lorsqu'une personne — autre qu'un agent jouissant d'un statut indépendant auquel s'applique le paragraphe 6 — agit pour le compte d'une entreprise et possède, dans un Etat contractant, le pouvoir, qu'elle y exerce habituellement, de conclure des contrats au nom de l'entreprise, cette entreprise est réputée avoir un établissement stable dans cet Etat pour toutes activités que cette personne exerce pour elle, à moins que ces activités ne se limitent à celles qui sont visées au paragraphe 4 et qui, exercées par l'intermédiaire d'une installation fixe d'affaires, ne feraient pas de celle-ci un établissement stable au sens dudit paragraphe.

6) Une entreprise n'est pas réputée avoir un établissement stable dans un Etat contractant du seul fait qu'elle y exerce son activité par l'entremise d'un courtier, d'un commissionnaire général ou de tout autre intermédiaire jouissant d'un statut indépendant, si ces personnes agissent dans le cadre ordinaire de leur activité.

7) Le fait qu'une société résidente d'un Etat contractant contrôle une société ou est contrôlée par une société résidente de l'autre Etat contractant ou qui y exerce son activité (que ce soit par l'intermédiaire d'un établissement stable ou non) ne suffit pas, en lui-même, à faire de l'une ou l'autre de ces sociétés un établissement stable de l'autre.

## CHAPITRE II. IMPOSITION DU REVENU ET DE LA FORTUNE

### Article 6. REVENUS IMMOBILIERS

1) Les revenus qu'un résident d'un Etat contractant tire de biens immobiliers (y compris les revenus des exploitations agricoles et forestières) situés dans l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

2) Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent aux revenus provenant de l'exploitation directe, de la location ou de toute autre forme d'exploitation de biens immobiliers.



3) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 s'appliquent également aux revenus provenant des biens immobiliers d'une entreprise ainsi qu'aux revenus des biens immobiliers servant à l'exercice d'une profession indépendante.

#### *Article 7. BÉNÉFICES DES ENTREPRISES*

1) Les bénéfices d'une entreprise d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat, à moins que l'entreprise n'exerce son activité dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé. Si l'entreprise exerce son activité d'une telle façon, ses bénéfices sont imposables dans l'autre Etat, mais uniquement dans la mesure où ils sont imposables audit établissement stable.

2) Sous réserve des dispositions du paragraphe 3, lorsqu'une entreprise d'un Etat contractant exerce son activité dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, il est imputé, dans chaque Etat contractant, à cet établissement stable les bénéfices qu'il aurait normalement réalisés s'il avait constitué une entreprise distincte exerçant des activités identiques ou analogues dans des conditions identiques ou analogues et traitant en toute indépendance avec l'entreprise dont il constitue un établissement stable.

3) Pour déterminer les bénéfices d'un établissement stable, sont admises en déduction les dépenses exposées aux fins poursuivies par cet établissement stable, y compris les dépenses de direction et les frais généraux d'administration ainsi exposés, soit dans l'Etat où est situé cet établissement stable, soit ailleurs.

4) S'il est d'usage, dans un Etat contractant, de déterminer les bénéfices imputables à un établissement stable sur la base d'une répartition des bénéfices totaux de l'entreprise entre ses diverses parties, le paragraphe 2 n'empêche pas cet Etat contractant de déterminer les bénéfices imposables selon la répartition en usage; la méthode de répartition adoptée doit cependant être telle que le résultat obtenu soit conforme aux principes énoncés dans le présent article.

5) Aucun bénéfice n'est attribué à un établissement stable pour la seule raison qu'il a acheté des produits ou des marchandises pour le compte de l'entreprise.

6) Aux fins de l'application des paragraphes précédents, les bénéfices à imputer à l'établissement stable sont déterminés chaque année selon la même méthode, à moins qu'il n'existe des motifs suffisants de procéder autrement.

7) Lorsque les bénéfices comprennent des éléments de revenu traités dans d'autres articles de la présente Convention, les dispositions desdits articles ne sont pas affectées par les dispositions du présent article.

#### *Article 8. NAVIGATION MARITIME ET AÉRIENNE ET SERVICES DE CONTENEUR*

1) Les bénéfices qu'une entreprise d'un Etat contractant tire de l'exploitation de navires ou d'aéronefs en trafic international ne sont imposables que dans cet Etat.

2) Les bénéfices qu'une entreprise d'un Etat contractant tire de l'exploitation (utilisation ou location) de conteneurs utilisés dans le trafic international et du matériel connexe servant au transport des conteneurs ne sont imposables que dans cet Etat.

3) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 s'appliquent aussi aux bénéfices provenant de la participation à un pool, une coentreprise ou un organisme international d'exploitation.

#### *Article 9. ENTREPRISES ASSOCIÉES*

1) Lorsque :

a) Une entreprise de l'un des Etats contractants participe directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'autre Etat contractant, ou que

b) Les mêmes personnes participent directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'un des Etats contractants et d'une entreprise de l'autre Etat contractant,

et que, dans l'un ou l'autre cas, les deux entreprises sont, dans leurs relations commerciales ou financières, liées par des conditions convenues ou imposées qui diffèrent de celles qui seraient convenues entre des entreprises indépendantes, les bénéfices que l'une de ces entreprises aurait réalisés sans ces conditions mais n'a pas réalisés du fait de ces conditions peuvent être inclus dans les bénéfices de l'entreprise considérée et imposés en conséquence.

2) Lorsqu'un Etat contractant inclut dans les bénéfices d'une entreprise de cet Etat — et impose en conséquence — des bénéfices sur lesquels une entreprise de l'autre Etat contractant a été imposée dans cet autre Etat, et que les bénéfices ainsi inclus sont les bénéfices qui auraient été réalisés par l'entreprise du premier Etat si les conditions convenues entre les deux entreprises avaient été celles qui auraient été convenues entre des entreprises indépendantes, l'autre Etat procède à une rectification appropriée du montant de l'impôt qui y a été perçu sur ces bénéfices, dans la mesure nécessaire pour éviter une double imposition des bénéfices. Pour déterminer cette rectification, on tient compte des autres dispositions de la présente Convention, et les autorités compétentes des Etats contractants se consultent s'il y a lieu.

#### *Article 10. DIVIDENDES*

1) Les dividendes payés par une société résidente d'un Etat contractant à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

2) Toutefois, ces dividendes peuvent aussi être imposés dans l'Etat contractant dont la société distributrice est un résident, et selon la législation de cet Etat, mais, si la personne qui perçoit les dividendes en est le bénéficiaire effectif, l'impôt ainsi établi ne peut excéder 15 p. 100 du montant brut des dividendes. Ce paragraphe ne concerne pas l'imposition de la société pour les bénéfices qui servent au paiement des dividendes.

3) Nonobstant le paragraphe 2, en ce qui concerne les dividendes dont le bénéficiaire effectif est une société qui dispose directement d'au moins 10 p. 100 du capital de la société qui verse les dividendes,

a) L'impôt ne peut être prélevé si les dividendes sont payés par une société résidente de la Suède et

b) L'impôt ne peut excéder 5 p. 100 du montant brut des dividendes si les dividendes sont payés par une société de capitaux résidente de la République fédérale

d'Allemagne; il ne peut toutefois être prélevé si la différence entre les taux de l'impôt allemand sur les bénéfices des sociétés pour les bénéfices distribués et les bénéfices non distribués est inférieure à 5 points de pourcentage.

4) Le terme « dividendes » employé dans le présent article désigne les revenus provenant d'actions, actions ou bons de « jouissance », parts de mine, parts de fondateur ou autres parts bénéficiaires, lorsque les revenus qui en sont tirés sont fiscalement assimilés à des revenus d'actions selon la législation de l'Etat dont la société distributrice est un résident. Le terme « dividendes » comprend aussi,

a) En République fédérale d'Allemagne, les revenus tirés par un commanditaire de sa participation en cette qualité, les revenus de « partiarische Darlehen », de « Gewinnobligationen » et les paiements analogues liés aux bénéfices, ainsi que les sommes distribuées au titre de parts dans un investissement;

En Suède, les sommes distribuées au titre de parts dans un « Aktiefond »,

b) Les autres revenus fiscalement assimilés à des revenus provenant de parts de sociétés selon la législation de l'Etat dont le débiteur est un résident.

5) Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 à 3, les revenus fondés sur des droits ou des créances comportant des parts bénéficiaires (y compris, en République fédérale d'Allemagne, les revenus tirés par un commanditaire de sa participation en cette qualité, de « partiarische Darlehen » ou de « Gewinnobligationen ») sont imposables selon la législation de l'Etat d'où ils proviennent lorsqu'ils y sont admis en déduction aux fins du calcul des bénéfices du débiteur.

6) Les dispositions des paragraphes 1 à 3 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des dividendes, résident d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la participation génératrice des dividendes se rattache effectivement à cet établissement stable ou à cette base fixe. Dans ce cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, suivant le cas, sont applicables.

7) Lorsqu'une société résidente d'un Etat contractant tire des bénéfices ou des revenus de l'autre Etat contractant, cet autre Etat ne peut percevoir aucun impôt sur les dividendes payés par la société, sauf dans la mesure où ces dividendes sont payés à un résident de cet autre Etat ou dans la mesure où la participation génératrice des dividendes se rattache effectivement à un établissement stable ou à une base fixe situés dans cet autre Etat, ni prélever aucun impôt, au titre de l'imposition des bénéfices non distribués, sur les bénéfices de la société, même si les dividendes payés ou les bénéfices non distribués consistent en tout ou en partie en bénéfices ou revenus provenant de cet autre Etat.

#### Article 11. INTÉRÊTS

1) Les intérêts provenant de l'un des Etats contractants et payés à un résident de l'autre Etat contractant ne sont imposables que dans cet autre Etat lorsque ce résident en est le bénéficiaire effectif.

2) Le terme « intérêts » employé dans le présent article désigne les revenus des créances de toute nature, même garanties au moyen de droits de gage sur des terrains ou d'une participation aux bénéfices du débiteur, et notamment les revenus des titres publics et des obligations, y compris les primes qui s'y rattachent et les

gains provenant des obligations à lots. Les suppléments pour versements en retard ne sont pas considérés comme des intérêts au sens du présent article. Le terme « intérêts » ne comprend pas les revenus visés à l'article 10.

3) Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des intérêts, réside d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant d'où proviennent les intérêts soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la créance génératrice des intérêts se rattache effectivement à cet établissement stable ou à cette base fixe. Dans ce cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, suivant le cas, sont applicables.

4) Lorsque, en raison de relations spéciales existant entre le débiteur et le bénéficiaire effectif ou que l'un et l'autre entretiennent avec une tierce personne, le montant des intérêts, compte tenu de la créance pour laquelle ils sont payés, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le bénéficiaire effectif en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. Dans ce cas, la partie excédentaire des paiements reste imposable selon la législation de chaque Etat contractant et compte tenu des autres dispositions de la présente Convention.

#### *Article 12. REDEVANCES*

1) Les redevances provenant de l'un des Etats contractants payées à un résident de l'autre Etat contractant ne sont imposables que dans cet autre Etat lorsque ce résident en est le bénéficiaire effectif.

2) Le terme « redevances » employé dans le présent article désigne les rémunérations de toute nature payées pour l'usage ou la concession de l'usage d'un droit d'auteur sur une œuvre littéraire, artistique ou scientifique, y compris les films cinématographiques ou les enregistrements destinés à la télévision ou à la radio, d'un brevet, d'une marque de fabrique ou de commerce, d'un dessin ou d'un modèle, d'un plan, d'une formule ou d'un procédé secrets, ou pour la communication de données d'expérience à caractère industriel, commercial ou scientifique.

3) Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des redevances, réside d'un Etat contractant, exerce dans l'autre Etat contractant d'où proviennent les redevances soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que les droits ou les biens qui donnent lieu au paiement des redevances se rattachent effectivement à cet établissement stable ou à cette base fixe. Dans ce cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, suivant le cas, sont applicables.

4) Lorsque, en raison de relations spéciales existant entre le débiteur et le bénéficiaire effectif ou que l'un et l'autre entretiennent avec une tierce personne, le montant des redevances, compte tenu de la prestation pour laquelle elles sont payées, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le bénéficiaire effectif en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. Dans ce cas, la partie excédentaire des paiements reste imposable selon la législation de chaque Etat contractant et compte tenu des autres dispositions de la présente Convention.

*Article 13. GAINS PROVENANT DE L'ALIÉNATION DE BIENS*

1) Les gains qu'un résident d'un Etat contractant tire de l'aliénation de biens immobiliers situés dans l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat. Il en est de même en cas d'aliénation d'une participation à une société dont le but principal consiste à détenir ou administrer directement ou indirectement de tels biens immobiliers, lorsque le cédant a participé à hauteur d'au moins 10 p. 100 à la société à un moment quelconque des cinq années qui ont précédé l'aliénation. Ne sont pas considérés à cet égard les biens immobiliers qui servent à une exploitation agricole et forestière ou à une exploitation industrielle ou commerciale du cédant.

2) Les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans l'autre Etat contractant, ou de biens mobiliers qui appartiennent à une base fixe dont un résident d'un Etat contractant dispose dans l'autre Etat contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, y compris de tels gains provenant de l'aliénation de cet établissement stable (seul ou avec l'ensemble de l'entreprise) ou de cette base fixe, sont imposables dans cet autre Etat.

3) Les gains provenant de l'aliénation de navires, d'aéronefs ou de conteneurs exploités en trafic international par une entreprise d'un Etat contractant, et de biens mobiliers affectés à l'exploitation de ces navires, aéronefs ou conteneurs, ne sont imposables que dans cet Etat contractant.

4) Les gains provenant de l'aliénation de tous biens autres que ceux visés aux paragraphes 1 à 3 ne sont imposables que dans l'Etat contractant dont le cédant est un résident.

5) Dans le cas d'une personne physique qui a été un résident d'un Etat contractant pendant au moins deux ans et qui est devenue un résident de l'autre Etat contractant, le paragraphe 4 n'affecte pas le droit du premier Etat d'imposer selon sa législation intérieure, pour les actions et autres parts de sociétés et de sociétés de personnes qui sont des résidents du premier Etat contractant, la plus-value réalisée par cette personne jusqu'à son changement de domicile ou les gains qu'elle a tirés de l'aliénation à un moment quelconque des cinq premières années suivant son changement de domicile.

*Article 14. PROFESSIONS INDÉPENDANTES*

1) Les revenus qu'un résident d'un Etat contractant tire d'une profession libérale ou d'autres activités de caractère indépendant ne sont imposables que dans cet Etat, sauf si ce résident dispose de façon habituelle, dans l'autre Etat contractant, d'une base fixe pour l'exercice de ses activités. S'il dispose d'une telle base fixe, les revenus sont imposables dans l'autre Etat, mais seulement pour la fraction imputable à ladite base fixe.

2) L'expression « profession libérale » comprend notamment les activités indépendantes d'ordre scientifique, littéraire, artistique, éducatif ou pédagogique, ainsi que les activités indépendantes des médecins, dentistes, avocats, ingénieurs, architectes et experts-comptables.

### Article 15. PROFESSIONS SALARIÉES

1) Sous réserve des dispositions des articles 16 à 19, les salaires, traitements et rémunérations similaires qu'un résident d'un Etat contractant perçoit au titre d'un emploi salarié ne sont imposables que dans cet Etat, à moins que l'emploi ne soit exercé dans l'autre Etat contractant. Si l'emploi y est exercé, les rémunérations perçues à ce titre sont imposables dans cet autre Etat.

2) Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, les rémunérations qu'un résident d'un Etat contractant perçoit au titre d'un emploi salarié exercé dans l'autre Etat contractant ne sont imposables que dans le premier Etat si

a) Le bénéficiaire séjourne dans l'autre Etat pendant une ou des périodes n'excédant pas au total 183 jours au cours de l'année civile considérée;

b) Les rémunérations sont payées par un employeur ou pour le compte d'un employeur qui n'est pas un résident de l'autre Etat; et

c) La charge des rémunérations n'est pas supportée par un établissement stable ou une base fixe que l'employeur a dans l'autre Etat.

3) Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, les rémunérations perçues au titre d'un emploi salarié exercé à bord d'un navire ou d'un aéronef exploité en trafic international par une entreprise d'un Etat contractant sont imposables dans cet Etat.

4) Les dispositions du paragraphe 2 ne s'appliquent pas aux rémunérations perçues au titre d'un emploi exercé dans le cadre du travail temporaire. Les autorités compétentes concluront, conformément à l'article 40, les accords nécessaires pour éviter un double prélèvement des impôts retenus à la source et garantir les droits fiscaux des deux Etats contractants.

### Article 16. TANTIÈMES ET JETONS DE PRÉSENCE

Les tantièmes, jetons de présence et rétributions similaires qu'un résident d'un Etat contractant reçoit en qualité de membre du conseil d'administration ou de surveillance, dirigeant ou membre de la direction d'une société résidente de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

### Article 17. ARTISTES ET SPORTIFS

1) Nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15, les revenus qu'un résident d'un Etat contractant tire de ses activités personnelles exercées dans l'autre Etat contractant en tant qu'artiste du spectacle, tel qu'un artiste de théâtre, de cinéma, de la radio ou de la télévision ou qu'un musicien, ou en tant que sportif, sont imposables dans cet autre Etat.

2) Lorsque les revenus d'activités qu'un artiste ou un sportif exerce personnellement et en cette qualité sont attribués non pas à l'artiste ou au sportif lui-même mais à une autre personne, ces revenus sont imposables, nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15, dans l'Etat contractant où l'artiste ou le sportif exerce ses activités, lorsqu'il peut exercer une influence de contrôle sur cette autre personne.

3) Les paragraphes 1 et 2 ne s'appliquent pas aux revenus tirés des activités exercées par des artistes ou des sportifs dans un Etat contractant lorsque le séjour

dans cet Etat est financé entièrement ou en grande partie, directement ou indirectement, au moyen de fonds publics de cet autre Etat.

#### *Article 18. PENSIONS ET VERSEMENTS ANALOGUES*

1) Les pensions et rémunérations similaires ou les rentes payées à un résident d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat.

2) Nonobstant le paragraphe 1, les sommes qu'un résident d'un Etat contractant perçoit au titre de la sécurité sociale légale de l'autre Etat contractant ne sont imposables que dans cet autre Etat. Elles ne sont toutefois imposables que dans le premier Etat si ce résident est un ressortissant de cet Etat et n'est pas un ressortissant de l'autre Etat.

3) Nonobstant le paragraphe 1, les indemnités périodiques et uniques qu'un Etat contractant ou l'une de ses collectivités locales paie à un résident de l'autre Etat contractant en compensation d'un dommage subi à la suite de faits de guerre ou d'une persécution politique (y compris les prestations de réparation) ne sont imposables que dans le premier Etat.

4) Le terme « rente » désigne une somme fixe payable périodiquement à échéances fixes, à titre viager ou pendant une période déterminée ou qui peut l'être, en vertu d'une obligation d'effectuer ces versements en contrepartie d'un capital suffisant intégralement versé en espèces ou en valeur appréciable en espèces.

5) Un résident d'un Etat contractant qui perçoit des sommes au titre de la sécurité sociale légale de l'autre Etat contractant doit se voir accorder, aux fins de l'imposition de ces montants dans le premier Etat, les mêmes avantages que ceux qui sont accordés pour des sommes de même nature provenant de sources situées dans le premier Etat.

#### *Article 19. FONCTION PUBLIQUE*

1) Les rémunérations, autres que les pensions, payées par un Etat contractant, l'une de ses régions, l'une de ses collectivités locales ou une autre personne morale de droit public de l'un des deux Etats à une personne physique au titre de services rendus, ainsi que les rémunérations visées au paragraphe 4 ne sont imposables que dans cet Etat. Toutefois, ces rémunérations ne sont imposables que dans l'autre Etat contractant si les services sont rendus dans cet Etat, si la personne physique est un résident de cet Etat, si elle est un ressortissant de cet Etat et si elle n'est pas un ressortissant du premier Etat.

2) Nonobstant l'article 18, les pensions payées par un Etat contractant, l'une de ses régions, l'une de ses collectivités locales ou une autre personne morale de droit public de l'un des deux Etats à une personne physique au titre de services rendus ne sont imposables que dans cet Etat. Toutefois, ces pensions ne sont imposables que dans l'autre Etat contractant si la personne physique est un résident de cet Etat, si elle est un ressortissant de cet Etat et si elle n'est pas un ressortissant du premier Etat.

3) Les dispositions des articles 15, 16 et 18 s'appliquent aux rémunérations et pensions payées au titre de services rendus dans le cadre d'une activité industrielle ou commerciale exercée par un Etat contractant, l'une de ses régions, l'une de ses collectivités locales ou une autre personne morale de droit public de l'un des Etats.

4) Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent également aux rémunérations payées,

a) Dans le cas de la République fédérale d'Allemagne, par la Deutsche Bundesbank, la Deutsche Bundesbahn ou la Deutsche Bundespost; dans le cas de la Suède, par la « postverket », la « televerket », la « statens järnvägar » ou la « Sveriges riksbank »,

b) Par ou pour l'Institut Goethe allemand en Suède ou une institution suédoise analogue en République fédérale d'Allemagne pour des services rendus à ces institutions,

c) Comme suppléments de péréquation par des caisses publiques allemandes à des apprentis exerçant temporairement une activité en Suède,

d) Par ou pour le « Sveriges Exportråd » en République fédérale d'Allemagne ou la Chambre de commerce germano-suédoise en Suède pour des services rendus comme secrétaire commercial ou directeur.

Le paragraphe 2 s'applique aux pensions payées par ou pour les personnes visées à l'alinéa a.

5) Si le bénéficiaire des paiements n'est pas assujéti à l'impôt sur les rémunérations visées au paragraphe 4 dans l'Etat auquel reviendrait le droit d'imposition conformément aux paragraphes 1 et 2 ci-dessus, le droit d'imposition revient à l'autre Etat.

#### *Article 20. PENSIONS ALIMENTAIRES ET PAIEMENTS À DES ÉTUDIANTS*

1) Les pensions alimentaires, y compris celles qui sont destinées à des enfants, qu'un résident d'un Etat contractant paie à un résident de l'autre Etat contractant sont exemptées d'impôt dans cet Etat. Cette disposition ne s'applique pas si les pensions alimentaires sont déductibles dans le premier Etat aux fins du calcul du revenu imposable du débiteur des paiements; les abattements à la base destinés à alléger les charges sociales ne sont pas considérés comme des déductions aux fins de la présente disposition.

2) Les sommes qu'un étudiant ou une personne en apprentissage commercial, technique, agricole ou forestier (y compris un stagiaire) qui est, ou qui était immédiatement avant de se rendre dans un Etat contractant, un résident de l'autre Etat contractant et qui séjourne dans le premier Etat à seule fin d'y poursuivre ses études ou sa formation reçoit pour couvrir ses frais d'entretien, d'études ou de formation ne sont pas imposables dans cet Etat, à condition qu'elles proviennent de sources situées en dehors de cet Etat.

#### *Article 21. AUTRES REVENUS*

1) Les revenus d'un résident de l'un des Etats contractants, d'où qu'ils proviennent, qui ne sont pas traités dans les articles précédents ne sont imposables que dans cet Etat.

2) Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas aux revenus autres que les revenus provenant de biens immobiliers, lorsque le bénéficiaire, résident de l'un des Etats contractants, exerce dans l'autre Etat contractant une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, ou exerce dans cet Etat une profession indépendante à partir d'une base fixe qui y



est située, et que le droit ou le bien générateur des revenus se rattache effectivement à l'établissement ou à la base. En pareil cas, les dispositions de l'article 7 ou éventuellement de l'article 14 sont applicables.

#### Article 22. FORTUNE

1) Les biens immobiliers que possède un résident d'un Etat contractant et qui sont situés dans l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

2) Les biens mobiliers qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant possède dans l'autre Etat contractant, ou les biens mobiliers qui appartiennent à une base fixe dont un résident d'un Etat contractant dispose dans l'autre Etat contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, sont imposables dans cet autre Etat.

3) Les navires, aéronefs et conteneurs exploités en trafic international par une entreprise d'un Etat contractant ainsi que les biens mobiliers affectés à leur exploitation ne sont imposables que dans cet Etat contractant.

4) Tous les autres éléments de la fortune d'un résident d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat.

#### Article 23. ELIMINATION DE LA DOUBLE IMPOSITION DANS L'ETAT DE RÉSIDENCE

1) Pour un résident de la République fédérale d'Allemagne, l'impôt est déterminé de la façon suivante :

a) Dans la mesure où les dispositions de l'alinéa *b* ne s'appliquent pas, les revenus provenant de la Suède ainsi que les éléments de fortune situés en Suède imposables en Suède conformément à la présente Convention sont exclus de l'assiette de l'impôt allemand. La République fédérale d'Allemagne se réserve cependant le droit de prendre en considération les revenus et éléments de fortune ainsi exclus lors de la fixation du taux d'imposition pour d'autres revenus et éléments de fortune. Les dispositions ci-dessus s'appliquent également aux revenus provenant de dividendes liés à des titres de participation dans des sociétés de capitaux qui sont payés à une société résidente de la République fédérale d'Allemagne par une société résidente de la Suède et dont au moins 10 p. 100 du capital est détenu directement par la société allemande.

Les dividendes payés par un fonds de placement et les sommes distribuées qui ont été déduites lors de la détermination des bénéfices de la société aux fins de l'impôt suédois ne sont toutefois pas exclus de l'assiette.

Aux fins de l'impôt sur la fortune, sont également exclus de l'assiette de l'impôt allemand les titres de participation dont les dividendes, au cas où ils seraient payés, devraient être exclus de l'assiette de l'impôt selon les phrases précédentes.

b) L'impôt suédois qui a été acquitté selon le droit suédois et conformément à la présente Convention sur les revenus ci-après est déduit, compte tenu de la législation fiscale allemande relative à la déduction des impôts étrangers, de l'impôt allemand sur les revenus et de l'impôt allemand sur les sociétés à percevoir sur les revenus ci-après provenant de la Suède :

aa) Les revenus de dividendes qui ne sont pas visés à l'alinéa *a*;

- bb) Les revenus qui seraient imposables en Suède conformément à la deuxième phrase du paragraphe 1 de l'article 13 et au paragraphe 5 de l'article 13;
- cc) Les rémunérations qui seraient imposables en Suède conformément au paragraphe 4 de l'article 15 et aux articles 16 et 17;
- dd) Les revenus sur lesquels une déduction doit être accordée au lieu d'une exemption conformément au paragraphe 1 de l'article 43.

Aux fins du présent paragraphe, les bénéfices ou revenus d'un résident de la République fédérale d'Allemagne sont réputés provenir de sources situées en Suède s'ils sont imposés en Suède conformément à la présente Convention.

2) Pour un résident de la Suède, la double imposition est évitée de la manière suivante :

a) Lorsqu'un résident de la Suède perçoit des revenus qui, selon la présente Convention, sont imposables en République fédérale d'Allemagne, la Suède déduit de l'impôt qu'elle perçoit sur ces revenus, en respectant les dispositions du droit fiscal suédois (compte tenu des modifications applicables qui n'affectent pas le principe général de ces dispositions), le montant correspondant à l'impôt sur le revenu payé à cet effet en République fédérale d'Allemagne.

b) Lorsqu'un résident de la Suède qui était précédemment un résident de la République fédérale d'Allemagne retire des gains de l'aliénation de biens qui ont été imposés dans la République fédérale d'Allemagne conformément au paragraphe 5 de l'article 13, la Suède déduit de l'impôt qu'elle perçoit sur ces gains le montant correspondant à l'impôt payé pour ces gains dans la République fédérale d'Allemagne, y compris l'impôt qui a été prélevé au moment du changement de domicile sur la plus-value constatée à ce moment. Le montant à déduire ne peut toutefois excéder la fraction de l'impôt suédois déterminé avant la déduction, qui vise le gain tiré de l'aliénation. Cette disposition ne s'applique qu'aux aliénations réalisées dans un délai de dix ans suivant le changement de domicile.

c) Lorsqu'un résident de la Suède possède des biens qui, selon la présente Convention, sont imposables en République fédérale d'Allemagne, la Suède déduit de l'impôt perçu sur les biens de ce résident le montant correspondant à l'impôt sur la fortune payé en République fédérale d'Allemagne. Le montant à déduire ne peut toutefois excéder la partie de l'impôt suédois sur la fortune établi avant la déduction, qui frappe la fortune imposable en République fédérale d'Allemagne.

d) Si un résident de la Suède perçoit des revenus qui, en vertu de l'article 18 ou de l'article 19, ne sont imposables qu'en République fédérale d'Allemagne, la Suède peut tenir compte de ces revenus pour déterminer le taux d'imposition applicable aux autres revenus.

3) Nonobstant les dispositions du paragraphe 2, les dividendes provenant de participations à des sociétés de capitaux qu'une société résidente de la République fédérale d'Allemagne verse à une société résidente de la Suède sont exonérés de l'impôt suédois, dans la mesure où ils le seraient selon le droit suédois si les deux sociétés étaient des résidents de la Suède. Cette exonération n'est toutefois accordée que lorsque les bénéficiaires des dividendes consistent exclusivement ou presque en

a) Bénéfices qui ont été assujettis à l'impôt normal sur les sociétés de la République fédérale d'Allemagne ou à une imposition comparable à l'impôt suédois sur les sociétés en République fédérale d'Allemagne ou dans un autre Etat, ou

b) Dividendes que la société a perçus au cours de l'année de la distribution ou des années précédentes sur des titres de participation qu'elle détient dans une société résidente d'un Etat tiers et qui auraient été exonérés si les titres de participation générateurs des dividendes avaient été détenus directement par la société résidente de la Suède.

Cette exonération n'est toutefois pas accordée si les dividendes sont payés par un fonds de placement ou s'il s'agit de sommes distribuées qui ont été déduites lors de la détermination des bénéfices de la société distributrice aux fins de l'impôt allemand.

4) Lorsqu'une société résidente de la République fédérale d'Allemagne distribue des revenus provenant de Suède, le paragraphe 1 n'empêche pas le prélèvement de l'impôt sur les dividendes selon les dispositions du droit fiscal allemand.

### CHAPITRE III. IMPOSITION DES SUCCESSIONS, HÉRITAGES ET DONATIONS

#### Article 24. RÈGLES D'IMPOSITION

1) Les biens immobiliers qui font partie de la succession ou d'une donation d'un résident d'un Etat contractant et se trouvent dans l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

2) Les biens mobiliers d'une entreprise qui font partie de la succession ou d'une donation d'un résident d'un Etat contractant et

a) Représentent l'actif d'un établissement stable situé dans l'autre Etat contractant, ou

b) Servent à l'exercice d'une profession libérale ou d'une autre activité indépendante et appartiennent à une base fixe située dans l'autre Etat contractant sont imposables dans l'autre Etat.

3) Tous les autres biens qui font partie de la succession ou d'une donation d'un résident d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat, quel que soit le lieu où ils se trouvent, sauf si l'article 26 en décide autrement.

#### Article 25. DÉDUCTION DES DETTES

1) Les dettes garanties de façon particulière au moyen des biens visés au paragraphe 1 de l'article 24 sont déduites de la valeur de ces biens. Les dettes qui ne sont pas garanties de façon particulière au moyen des biens visés au paragraphe 1 de l'article 24 mais qui ont été contractées dans le cadre de l'acquisition, de la modification, de la remise en état ou de l'entretien desdits biens sont déduites de la valeur de ces biens.

2) Sous réserve du paragraphe 1, les dettes qui se rapportent à un établissement stable visé à l'alinéa a du paragraphe 2 de l'article 24 ou à une base fixe visée à l'alinéa b du paragraphe 2 de l'article 24 sont déduites de la valeur de l'établissement stable ou de la base fixe.

3) Les autres dettes sont déduites de la valeur des biens auxquels s'applique le paragraphe 3 de l'article 24.

4) Si une dette excède la valeur des biens dont elle doit être déduite dans un Etat contractant conformément aux paragraphes 1 ou 2, le montant en excédent est déduit de la valeur des autres biens imposables dans cet Etat.

5) Si, après les déductions à opérer au titre des paragraphes 3 ou 4, une dette subsiste dans un Etat contractant, elle est déduite de la valeur des biens imposables dans l'autre Etat contractant.

6) Si un Etat contractant est tenu, au titre des paragraphes 1 à 5, d'opérer une déduction de dettes supérieure à ce que prévoit sa législation, lesdits paragraphes ne s'appliquent que dans la mesure où l'autre Etat contractant n'est pas tenu de déduire les mêmes dettes au titre de sa législation intérieure.

*Article 26. ELIMINATION DE LA DOUBLE IMPOSITION  
DANS L'ÉTAT DE RÉSIDENCE*

1) Si le défunt, le donateur ou un acquéreur était un résident de la République fédérale d'Allemagne, la double imposition en République fédérale d'Allemagne est évitée de la manière suivante :

a) Si le défunt était, lors de son décès, ou le donateur, lors de la donation, un résident de la République fédérale d'Allemagne, la République fédérale d'Allemagne déduit de son impôt, compte tenu de la législation allemande relative à la déduction des impôts étrangers, l'impôt payé en Suède pour les biens imposables en Suède conformément aux paragraphes 1 et 2 de l'article 24.

b) Si, lors du décès du défunt ou lors de la donation, un acquéreur était un résident de la République fédérale d'Allemagne, la République fédérale d'Allemagne impose l'acquisition de cette personne selon les dispositions de la législation allemande. Elle déduit toutefois de son impôt, compte tenu de la législation allemande relative à la déduction des impôts étrangers, l'impôt payé en Suède pour l'ensemble de la fortune qui n'est pas imposable en République fédérale d'Allemagne conformément aux paragraphes 1 et 2 de l'article 24.

Le montant à déduire ne peut toutefois excéder la partie de l'impôt allemand établi avant la déduction, qui frappe la fortune pour laquelle la déduction doit être accordée.

2) Si le défunt ou le donateur était un résident de la Suède, la double imposition en Suède est évitée de la manière suivante :

a) Si le défunt était, lors de son décès, ou le donateur, lors de la donation, un résident de la Suède, la Suède déduit de l'impôt établi selon sa législation le montant correspondant aux impôts payés en République fédérale d'Allemagne pour les biens imposables en République fédérale d'Allemagne conformément aux paragraphes 1 et 2 de l'article 24.

b) Si, lors du décès du défunt ou lors de la donation, un acquéreur était un résident de la Suède selon la législation suédoise et n'était pas en même temps un résident de la République fédérale d'Allemagne selon la législation allemande, la Suède impose l'acquisition de cette personne selon les dispositions de la législation suédoise. Elle déduit toutefois de l'impôt suédois l'impôt payé en République fédé-

rale d'Allemagne pour l'ensemble de la fortune qui n'est pas imposable en Suède conformément aux paragraphes 1 et 2 de l'article 24.

Le montant à déduire ne peut toutefois excéder la partie de l'impôt suédois établi avant la déduction, qui frappe la fortune pour laquelle la déduction doit être accordée.

#### Article 27. RÈGLE DES CINQ ANS

1) Nonobstant l'article 4, si le défunt était, lors de son décès, ou le donateur, lors de la donation,

a) Un ressortissant d'un Etat contractant sans être en même temps un ressortissant de l'autre Etat contractant et

b) S'il était imposé dans le premier Etat selon le droit fiscal de ce dernier comme un résident de cet Etat et

c) S'il avait été un résident de l'autre Etat contractant pendant une durée maximale de cinq ans conformément à l'alinéa *b* du paragraphe 1 de l'article 4,

il est réputé être un résident de l'Etat contractant dont il était ressortissant.

2) Le paragraphe 1 s'applique *mutatis mutandis* à l'imposition d'un héritier ou d'un donataire lorsqu'il remplit personnellement les conditions visées au paragraphe 1 lors de la succession ou de la donation.

#### Article 28. ORGANISATIONS EXONÉRÉES D'IMPÔT

1) Aux fins des impôts sur les successions, sur les héritages et sur les donations (alinéa *b* du paragraphe 1 de l'article 2), une société ou organisation allemande qui poursuit des buts exclusivement religieux, caritatifs, scientifiques, éducatifs ou publics est exonérée d'impôt en Suède si et dans la mesure où

a) Elle est exonérée d'impôt en République fédérale d'Allemagne et

b) Elle serait exonérée d'impôt en Suède si elle y avait été constituée et y exerçait toutes ses activités.

2) Aux fins des impôts sur les successions, sur les héritages et sur les donations (alinéa *b* du paragraphe 1 de l'article 2), une société ou organisation suédoise qui poursuit des buts exclusivement religieux, caritatifs, scientifiques, éducatifs ou publics est exonérée d'impôt en République fédérale d'Allemagne si et dans la mesure où

a) Elle est exonérée d'impôt en Suède et

b) Elle serait exonérée d'impôt en République fédérale d'Allemagne si elle y avait été constituée et y exerçait toutes ses activités.

### CHAPITRE IV. ASSISTANCE EN MATIÈRE FISCALE

#### Article 29. RÈGLES GÉNÉRALES

1) Les autorités compétentes des Etats contractants se prêtent mutuellement assistance

a) En échangeant des renseignements,

b) En s'appuyant aux fins du recouvrement, y compris pour les mesures conservatoires, et

c) En communiquant des documents.

2) Font également l'objet d'une assistance les constatations et les autres mesures en faveur du contribuable ainsi que les mesures visant à éviter la double imposition. Cela vaut en particulier pour les mesures harmonisées dans le temps prises par les administrations fiscales. Si des mesures d'assistance peuvent entraîner une double imposition, celle-ci sera éliminée d'un commun accord dans le cadre de l'article 40.

3) Les tribunaux compétents en matière d'imposition ou les autres organes qui remplissent des tâches judiciaires dans les Etats contractants pour les impôts visés à l'alinéa c du paragraphe 1 de l'article 2 de la Convention peuvent se prêter mutuellement assistance sur demande et par l'intermédiaire des autorités compétentes, en respectant les règles de leur législation nationale et conformément à la présente Convention. Les autres dispositions en vertu desquelles ces organismes peuvent se prêter mutuellement assistance ne sont pas affectées.

4) La présente Convention n'affecte pas l'application de la Convention européenne d'entraide judiciaire en matière pénale, en date du 20 avril 1959<sup>1</sup>, y compris le Protocole additionnel du 17 mars 1978<sup>2</sup>, ni celle des accords bilatéraux existant à ce sujet entre les Etats contractants.

5) Les frais habituels entraînés par la fourniture de l'assistance sont à la charge de l'Etat requis. Les frais exceptionnels entraînés par la fourniture de l'assistance sont à la charge de l'Etat requérant.

#### *Article 30. RENSEIGNEMENTS FOURNIS SUR DEMANDE PARTICULIÈRE*

Sur la demande de l'autorité compétente d'un Etat contractant, l'autorité compétente de l'Etat requis fournit à l'Etat requérant les renseignements qui peuvent servir à déterminer de façon exacte les impôts dans cet Etat.

#### *Article 31. RENSEIGNEMENTS FOURNIS SANS DEMANDE PARTICULIÈRE*

1) L'autorité compétente d'un Etat contractant peut fournir à l'autorité compétente de l'autre Etat contractant les renseignements visés à l'article 30 sans demande préalable lorsqu'il y a des raisons de présumer

a) Que des impôts ont été ou pourraient être réduits dans l'autre Etat;

b) Que des relations d'affaires ont été instaurées par le biais d'Etats tiers aux fins d'évasion fiscale;

c) Qu'une imposition inférieure peut résulter globalement du fait que des gains entre personnes proches ne sont pas délimités comme entre personnes non proches;

d) Que des faits en vertu desquels une réduction ou une exonération d'impôt a été accordée pourraient entraîner pour le contribuable une imposition ou une augmentation d'impôt dans l'autre Etat;

e) Que des faits ayant trait à la fourniture des renseignements de l'autre Etat sont pertinents pour la détermination exacte des impôts dans cet Etat.

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 472, p. 185.

<sup>2</sup> *Ibid.*, vol. 1496, p. 353.

2) Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent aussi, à titre réciproque et conformément à leur législation intérieure, se communiquer sans demande particulière des renseignements sur des faits analogues qui concernent

a) La cession de travailleurs étrangers et des agissements visant à contourner les dispositions législatives de l'Etat communiquant sur ce territoire ou

b) Des revenus de personnes non résidentes de l'Etat communiquant qui ont été connus au moyen d'indications issues de la procédure d'allégement des impôts ou

c) Des remboursements de taxe sur les achats dans des procédures particulières pour des contribuables non résidents de l'Etat communiquant, afin de s'assurer que des impôts n'ont pas été réduits ou remboursés à tort.

#### *Article 32. RECOUVREMENT DE CRÉANCES FISCALES*

1) Sur la demande de l'autorité compétente de l'un des Etats contractants, l'Etat requis procède, sous réserve du paragraphe 5 et de l'article 33, au recouvrement des créances fiscales du premier Etat comme s'il s'agissait de ses propres créances fiscales.

2) Le paragraphe 1 ne s'applique qu'aux créances fiscales qui font l'objet d'un titre exécutoire valide dans l'Etat requérant et ne sont pas contestées.

3) En ce qui concerne les créances fiscales liées à un défunt ou à son héritage, l'Etat requis ne recouvre les créances analogues que jusqu'à hauteur de la valeur de l'héritage ou de la partie de la fortune qui échoit à chaque bénéficiaire de la succession, selon que les créances doivent être payées sur la succession ou vis-à-vis des bénéficiaires de la succession.

4) Sur la demande de l'autorité compétente de l'un des Etats contractants, l'Etat requis prend des mesures de sûreté aux fins du recouvrement des impôts, même lorsqu'il a été formé opposition contre les créances fiscales ou qu'il n'a été délivré qu'un titre exécutoire provisoire ou établi à des fins de sûreté.

5) Les créances fiscales pour le recouvrement desquelles une assistance est fournie ne bénéficient pas dans l'Etat requis du droit de remboursement privilégié qui est accordé à titre particulier pour les créances fiscales de cet Etat.

6) L'Etat requis peut accorder un report de paiement ou un paiement échelonné lorsque cela est admis en pareil cas par sa législation ou sa pratique administrative; il en informe l'Etat requérant.

7) La demande doit être accompagnée :

a) D'une déclaration aux termes de laquelle la créance concerne un impôt visé par la Convention et ne peut plus être contestée en cas de demande de recouvrement;

b) Si nécessaire, d'un exemplaire officiel du titre exécutoire valide dans l'Etat requérant;

c) Des autres pièces nécessaires au recouvrement ou aux mesures de sûreté.

8) Le titre exécutoire valide dans l'Etat requérant est, si nécessaire, reconnu, complété ou remplacé par un titre exécutoire de l'Etat requis dès que possible après

la réception de la demande et conformément aux dispositions en vigueur dans l'Etat requis.

### *Article 33. DÉLAIS DE PRESCRIPTION*

1) Les questions relatives aux délais de prescription touchant les créances fiscales relèvent exclusivement de la législation de l'Etat requérant. La demande de recouvrement doit contenir des indications relatives aux délais de prescription applicables aux créances fiscales.

2) Les mesures de recouvrement exécutées par l'Etat requis en vertu d'une demande et qui bloqueraient ou interrompraient le délai de prescription selon la législation de cet Etat ont le même effet selon la législation de l'Etat requérant. L'Etat requis notifie à l'Etat requérant les mesures prises à cette fin.

### *Article 34. RECOURS*

1) Un recours contre les mesures prises par l'Etat requis en vertu de l'article 32 ne peut être introduit qu'auprès des autorités de cet Etat compétentes selon la législation intérieure.

2) Un recours contre les mesures prises par l'Etat requérant qui concernent l'existence ou le montant de la créance fiscale ou le titre exécutoire ne peut être introduit qu'auprès des autorités de cet Etat compétentes selon la législation intérieure. L'Etat requérant notifie sans délai à l'Etat requis qu'un recours a été introduit. A la réception de la notification, l'Etat requis suspend la procédure de recouvrement jusqu'à la décision de l'autorité compétente. L'Etat requis peut toutefois, si l'Etat requérant le lui demande, prendre des mesures de sécurité pour garantir le recouvrement. Tout intéressé peut également notifier l'introduction d'un recours à l'Etat requis. A la réception de la notification, l'Etat requis consultera, le cas échéant, l'Etat requérant.

3) Dès qu'une décision exécutoire a été prise au sujet du recours, l'Etat requérant ou l'Etat requis informe l'autre Etat de cette décision et de ses effets sur la demande d'assistance. Les deux Etats se consulteront le cas échéant pour savoir si la demande d'assistance est maintenue.

### *Article 35. COMMUNICATION DE DOCUMENTS*

1) Chacun des Etats contractants peut faire parvenir des documents directement par la poste à une personne sur le territoire de l'autre Etat contractant.

2) L'Etat requis remet, sur demande, au destinataire les documents, y compris les décisions judiciaires, qui proviennent de l'Etat requérant et qui concernent un impôt visé dans la Convention.

3) L'Etat requis remet les documents

*a)* Sous la forme prescrite par sa législation pour la remise de documents essentiellement semblables;

*b)* Dans la mesure du possible sous la forme particulière souhaitée par l'Etat requérant ou sous une forme qui s'en rapproche le plus et qui est prévue par la législation de l'Etat requis.



4) La présente Convention ne peut être interprétée comme entraînant la nullité d'une présentation effectuée par un Etat contractant conformément à sa législation lorsqu'elle est contraire aux dispositions du présent article.

*Article 36. LIMITES DE L'OBLIGATION D'ASSISTANCE*

1) Sous réserve des dispositions de l'article 33, des renseignements

a) Ne doivent pas être communiqués

aa) Lorsque l'acte administratif servant à cette fin ne pourrait être effectué dans une procédure d'imposition selon le droit d'un Etat ou serait contraire à une instruction administrative générale;

bb) Lorsque cela conduirait à une imposition contraire à la présente Convention en ce qui concerne les impôts visés par la Convention;

cc) Lorsque cela nuirait à l'ordre public, notamment lorsque la préservation du secret n'est pas assurée dans l'un des Etats contractants dans la mesure visée à l'article 37;

dd) Lorsque la révélation d'un secret commercial, industriel ou professionnel ou d'un procédé commercial risquerait d'entraîner, pour le participant, un dommage incompatible avec le but de la communication de renseignements;

b) N'ont pas besoin d'être communiqués

aa) Lorsque la requête laisse penser que l'Etat requérant n'a pas épuisé ses propres possibilités d'enquête alors qu'il aurait pu les utiliser sans nuire au but de l'enquête;

bb) Lorsqu'il n'y a pas de réciprocité;

cc) Lorsque les renseignements ne peuvent être communiqués sans que cela entraîne des dépenses disproportionnées;

dd) Lorsque la communication des renseignements amènerait les autorités financières d'un Etat à compromettre sérieusement l'accomplissement de leurs tâches.

2) Dans les autres cas d'assistance, le paragraphe 1 s'applique *mutatis mutandis*.

3) Si un acte d'assistance concerne des faits régis par les dispositions des chapitres II, III et IV, il peut être subordonné à un accord préalable sur une procédure d'arbitrage obligatoire au sens de la deuxième phrase du paragraphe 5 de l'article 41.

*Article 37. OBLIGATION DE CONSERVER LE SECRET*

1) Les renseignements obtenus par l'un des Etats contractants en application de la présente Convention doivent être tenus secrets au même titre que des éléments connus par cet Etat conformément à sa législation intérieure ou aux dispositions plus strictes de l'Etat qui les a communiqués.

2) Ces renseignements ne peuvent être utilisés que pour l'établissement de l'impôt, la vérification de cet établissement par les services d'inspection ou la vérification des comptes et ne peuvent être divulgués qu'aux personnes directement

chargées de ces tâches. Il en est de même lorsqu'une nouvelle utilisation ou divulgation est autorisée conformément à la législation intérieure de l'Etat qui a reçu ou communiqué les renseignements, même si l'autorité compétente de l'autre Etat a donné son accord. Les renseignements peuvent aussi être divulgués directement, lors d'une procédure judiciaire ou d'une procédure pénale pour délit ou contravention aux fins de ces procédures, aux personnes qui participent à ces procédures lorsque celles-ci se rapportent à l'établissement de l'impôt ou à la vérification de cet établissement. Ils ne peuvent être divulgués lors de débats judiciaires publics ou de la publication de jugements que lorsque l'autorité compétente de l'Etat qui les a communiqués n'y fait pas opposition. Il en va de même dans les autres cas d'assistance.

3) Les renseignements communiqués par un Etat contractant à l'autre peuvent être transmis par ce dernier à un Etat tiers après autorisation de l'autorité compétente du premier Etat, lorsque la même protection du secret y est garantie.

4) Les Etats contractants font connaître les conditions de protection du secret au moyen de mentions appropriées.

#### CHAPITRE V. PROTECTION DES CONTRIBUABLES ET PROCÉDURE AMIABLE

##### *Article 38. NON-DISCRIMINATION*

1) Les ressortissants d'un Etat contractant ne sont soumis dans l'autre Etat contractant à aucune imposition ou obligation y relative qui est autre ou plus lourde que celles auxquelles sont ou pourront être assujettis les ressortissants de cet autre Etat qui se trouvent dans la même situation. La présente disposition s'applique aussi, nonobstant le paragraphe 4 de l'article 2, aux ressortissants qui ne sont pas des résidents d'un Etat contractant ou des deux Etats contractants.

2) L'imposition d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans l'autre Etat contractant n'est pas établie dans cet autre Etat d'une façon moins favorable que l'imposition des entreprises de cet autre Etat qui exercent la même activité. La présente disposition ne peut être interprétée comme obligeant un Etat contractant à accorder aux résidents de l'autre Etat contractant les déductions, abattements et réductions personnels d'impôt qu'il accorde à ses propres résidents.

3) A moins que les dispositions du paragraphe 1 de l'article 9, du paragraphe 4 de l'article 11, ou du paragraphe 4 de l'article 12 ne soient applicables, les intérêts, redevances et autres dépenses payés par une entreprise d'un Etat contractant à un résident de l'autre Etat contractant sont déductibles, pour la détermination des bénéfices imposables de cette entreprise, dans les mêmes conditions que s'ils avaient été payés à un résident du premier Etat. De même, les dettes d'une entreprise d'un Etat contractant envers les résidents de l'autre Etat contractant sont déductibles pour la détermination de la fortune imposable de cette entreprise, dans les mêmes conditions que si elles avaient été contractées envers un résident du premier Etat.

4) Les entreprises d'un Etat contractant dont le capital est en tout ou partie, directement ou indirectement, détenu ou contrôlé par un ou plusieurs résidents de l'autre Etat contractant ne sont soumises dans le premier Etat contractant à aucune imposition ni obligation y relative qui serait autre ou plus lourde que celle à laquelle

sont ou pourront être assujetties les autres entreprises de même nature de ce premier Etat.

5) Le présent article s'applique, nonobstant l'article 2, aux impôts de toute nature ou dénomination.

#### *Article 39. CONSULTATION*

1) Les autorités compétentes des Etats contractants s'efforcent, par voie d'accord amiable, de résoudre les difficultés ou de dissiper les doutes auxquels peuvent donner lieu, en général ou dans des cas particuliers, l'interprétation ou l'application de la Convention. Elles peuvent aussi se concerter sur la manière d'éliminer la double imposition dans les cas non prévus par la Convention ou d'éclaircir, au moyen d'un accord particulier, des questions se rapportant aux impôts visés par la Convention et qui résultent de critères différents entre les Etats contractants au sujet de l'assiette d'imposition ou d'autres raisons. Elles peuvent en outre se concerter pour atténuer ou résoudre d'autres difficultés résultant de différences entre leurs droits fiscaux et prévenir la fraude et l'évasion fiscales au plan international.

2) Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent convenir, au moyen de consultations,

a) De dissiper les doutes futurs sur la question de savoir à quels impôts s'applique la Convention conformément au paragraphe 3 de l'article 2;

b) De déterminer comment doivent s'appliquer les dispositions de la Convention en matière de limitation, notamment celles des articles 10 à 12.

3) Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent se concerter sur des réglementations générales, afin de garantir, sur la base de la Convention, le droit des contribuables à une application harmonisée de la Convention dans les deux Etats au moyen d'interprétations communes ou de procédures particulières.

#### *Article 40. PROCÉDURE AMIABLE*

1) Si une personne estime que les mesures prises par un Etat contractant ou par les deux Etats contractants entraînent ou entraîneront pour elle une imposition non conforme aux dispositions de la présente Convention, elle peut, indépendamment des recours prévus par le droit interne de ces Etats, soumettre son cas à l'autorité compétente de l'Etat contractant dont elle est un résident ou, si son cas relève du paragraphe 1 de l'article 38, à celle de l'Etat contractant dont elle possède la nationalité.

2) L'autorité compétente s'efforce, si la réclamation lui paraît fondée et si elle n'est pas elle-même en mesure d'y apporter une solution satisfaisante, de résoudre le cas par voie d'accord amiable avec l'autorité compétente de l'autre Etat contractant, en vue d'éviter une imposition non conforme à la Convention. L'accord est appliqué quels que soient les délais prévus par le droit interne des Etats contractants.

3) Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent notamment se consulter, conformément à l'article 39 ou aux dispositions susmentionnées du présent article, pour décider d'un commun accord, dans la mesure du possible, que

a) Les bénéfices attribuables à une entreprise d'un Etat contractant et à son établissement stable situé dans l'autre Etat contractant sont imputés de manière concordante;

b) Les bénéfices d'entreprises liées au sens du paragraphe 1 de l'article 9 sont délimités de façon concordante;

c) Les revenus fiscalement assimilés, dans l'Etat d'où ils proviennent, à des revenus de parts de sociétés sont traités, dans l'autre Etat, comme des revenus provenant de dividendes liés à des titres de participation dans des sociétés de capitaux;

d) Les dettes, en cas d'impôt sur la fortune, sur les successions, sur les héritages et sur les donations, sont traitées de manière concordante.

#### Article 41. PROCÉDURE

1) Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent communiquer directement entre elles en vue de parvenir à un accord au sens des articles 39 et 40.

2) Lorsque des échanges de vues oraux semblent souhaitables pour parvenir à un accord, ces échanges peuvent avoir lieu par l'intermédiaire d'une commission composée de représentants des autorités compétentes des Etats contractants.

3) Les autorités compétentes peuvent charger d'un commun accord un comité indépendant de rendre un avis d'expert sur une question qu'elles lui soumettent.

4) Si la procédure se rapporte à un cas d'espèce, les personnes concernées doivent être entendues; elles ont le droit de présenter leurs propres demandes.

5) Le règlement des différends de droit international résultant de la présente Convention relève des dispositions des chapitres premier, II et IV de la Convention européenne pour le règlement pacifique des différends du 29 avril 1957<sup>1</sup>. Les Etats contractants peuvent cependant convenir, au lieu des procédures prévues dans cette convention, de convoquer un tribunal arbitral, dont la décision sera contraignante pour eux. Ce tribunal se composera de juges professionnels des Etats contractants ou d'Etats tiers ou d'organisations internationales. Sa procédure sera régie par les principes reconnus au niveau international pour les procédures arbitrales. Les participants ont pleinement le droit d'être entendus et de présenter leurs propres demandes. La décision reposera sur les traités en vigueur entre les Etats contractants et sur le droit international; aucune décision en équité ne sera admise. Tant qu'un accord n'est pas intervenu sur la convocation et la composition du tribunal arbitral ainsi que sur ses règles de procédure, chacun des Etats contractants reste libre de procéder conformément à la première phrase.

### CHAPITRE VI. DISPOSITIONS PARTICULIÈRES

#### Article 42. CONSORTIUMS AÉRIENS

1) Les dispositions ci-après s'appliquent au consortium suédois-danois-norvégien de transport aérien « Scandinavian Airlines System » :

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 320, p. 243.

a) Les bénéfices du consortium, les gains qu'il tire d'aliénations et sa fortune imputables au participant suédois du consortium sont régis par les dispositions de l'article 8, du paragraphe 3 de l'article 13 et du paragraphe 3 de l'article 22;

b) Les rémunérations perçues par un résident de la Suède au titre d'un emploi salarié exercé à bord d'un aéronef du consortium exploité en trafic international ne sont imposables qu'en Suède;

2) Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent *mutatis mutandis* dans le cas où la République fédérale d'Allemagne ou la Lufthansa AG adhèrent à un consortium correspondant.

#### Article 43. APPLICATION DE LA CONVENTION DANS DES CAS PARTICULIERS

1) L'Etat de résidence évite la double imposition non pas au moyen d'une exonération à accorder conformément à l'article 23 mais d'une déduction conforme aux principes énoncés dans ledit article,

a) Lorsque des revenus ou des éléments de fortune sont classés sous des dispositions conventionnelles différentes ou sont imputés à des personnes différentes dans les Etats contractants (sauf selon l'article 9) et que ce conflit ne peut être réglé par une procédure visée au chapitre V et

aa) Lorsque les revenus ou les éléments de fortune en question feraient l'objet d'une double imposition en raison de ce classement ou de cette imputation différents ou

bb) Lorsque les revenus ou les éléments de fortune en question ne seraient pas imposés ou le seraient trop peu en raison de ce classement ou de cette imputation différents, ou

b) Lorsque l'Etat de résidence, après une consultation en bonne et due forme et sous réserve des limites fixées par sa législation intérieure, a notifié par la voie diplomatique à l'autre Etat contractant d'autres revenus auxquels il entend appliquer le présent paragraphe. La notification ne prendra effet qu'au premier jour de l'année civile suivant celle au cours de laquelle elle a été transmise et où toutes les conditions légales fixées par la législation intérieure de l'Etat notificateur pour son entrée en vigueur sont remplies.

2) La présente Convention ne peut être interprétée comme

a) Permettant de se soustraire à l'obligation fiscale dans un Etat contractant par l'abus de possibilités d'action judiciaire tendant à faire modifier une situation juridique;

b) Empêchant la République fédérale d'Allemagne de prélever ses impôts sur des montants à imputer au revenu d'un résident de la République fédérale d'Allemagne conformément à la quatrième partie de la Loi allemande sur les impôts extérieurs;

c) Empêchant la Suède de prélever ses impôts au titre de dispositions correspondant, quant au but et à l'effet, à celles de l'alinéa b.

Lorsque les dispositions susmentionnées entraînent une double imposition, les autorités compétentes se concertent conformément au paragraphe 3 de l'article 40 sur les moyens d'éviter la double imposition.

3) La personne résidente d'un Etat contractant au sens des articles 10 à 12 est réputée être le bénéficiaire effectif des dividendes, intérêts et redevances lorsqu'ils lui sont imputables fiscalement selon la législation de cet Etat. Elle n'est cependant pas le bénéficiaire effectif lorsque, selon la législation de l'autre Etat, ces revenus sont fiscalement imputables à d'autres personnes qui en ont la jouissance et qui ne sont pas résidentes du premier Etat.

#### *Article 44. PRISE EN COMPTE DES RÉDUCTIONS ET EXONÉRATIONS*

1) Si des impôts sont prélevés par voie de retenue à la source dans l'un des Etats contractants sur des dividendes, des intérêts, des redevances ou d'autres revenus perçus par un résident de l'autre Etat contractant, le droit du premier Etat de procéder à la retenue selon le pourcentage prévu par sa législation intérieure n'est pas modifié par la présente Convention. L'impôt prélevé à la source doit cependant être remboursé sur la demande du contribuable si et dans la mesure où il est diminué ou supprimé du fait de la Convention. Le bénéficiaire peut toutefois demander l'application immédiate de la Convention au moment du paiement, lorsque la législation intérieure de l'Etat concerné le permet.

2) Les demandes de remboursement doivent être présentées avant la fin de la quatrième année suivant l'année civile du paiement des dividendes, intérêts, redevances ou autres revenus.

3) Les contribuables doivent joindre à toute demande présentée conformément au paragraphe 1 une attestation de domicile délivrée par les autorités fiscales de l'Etat contractant dont ils sont des résidents.

4) Les autorités compétentes peuvent régler d'un commun accord les modalités d'application du présent article et déterminer, le cas échéant, d'autres procédures d'application des réductions ou exonérations fiscales prévues dans la Convention.

#### *Article 45. MEMBRES DES MISSIONS DIPLOMATIQUES OU CONSULAIRES ET DES POSTES CONSULAIRES*

1) Les dispositions de la présente Convention ne portent pas atteinte aux privilèges fiscaux dont bénéficient les membres des missions diplomatiques ou des postes consulaires ainsi que des organisations internationales en vertu soit des règles générales du droit international, soit des dispositions d'accords particuliers.

2) Si des revenus ou des éléments de fortune ne sont pas imposés dans l'Etat d'accueil du fait de tels privilèges, le droit d'imposition revient à l'Etat d'envoi.

3) Nonobstant les dispositions de l'article 4, une personne qui est membre d'une mission diplomatique ou d'un poste consulaire d'un Etat contractant situés dans l'autre Etat contractant ou dans un Etat tiers est réputée être un résident de l'Etat d'envoi aux fins de la Convention si

a) Elle n'est pas imposée dans l'Etat d'accueil, selon le droit international, sur des revenus provenant de sources situées hors de cet Etat, et

b) Elle est soumise, dans l'Etat d'envoi, aux mêmes obligations fiscales pour ses revenus mondiaux qu'un résident de cet Etat.

4) La Convention ne s'applique pas aux organisations internationales, à leurs organes ou employés, ni aux membres des missions diplomatiques ou des postes

consulaires d'un Etat tiers et à leurs proches, qui sont présents dans l'un des Etats contractants mais ne peuvent être traités comme des résidents de cet Etat aux fins des impôts sur le revenu et la fortune.

## CHAPITRE VII. DISPOSITIONS FINALES

### Article 46. ENTRÉE EN VIGUEUR

1) La présente Convention sera ratifiée et les instruments de ratification seront échangés dès que possible à Stockholm.

2) La présente Convention entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification et ses dispositions s'appliqueront, dans les deux Etats contractants,

a) En ce qui concerne l'impôt sur le revenu, aux revenus perçus à partir du 1<sup>er</sup> janvier de l'année civile postérieure à celle de l'entrée en vigueur de la Convention, et, en ce qui concerne l'impôt sur la fortune, aux impôts prélevés sur les éléments de fortune existant à partir du 1<sup>er</sup> janvier de l'année civile postérieure à celle de l'entrée en vigueur de la Convention;

b) En ce qui concerne l'impôt sur les successions, aux héritages de personnes décédées à partir du 1<sup>er</sup> janvier de l'année civile postérieure à celle de l'entrée en vigueur de la Convention, et, en ce qui concerne l'impôt sur les donations, aux donations exécutées à partir du 1<sup>er</sup> janvier de ladite année;

c) En ce qui concerne les actes d'assistance effectués à partir du 1<sup>er</sup> janvier de l'année civile postérieure à celle de l'entrée en vigueur de la Convention.

3) Nonobstant les dispositions de la présente Convention, les dispositions ci-après s'appliquent aux dividendes au sens du paragraphe 3 de l'article 10 payés entre le 1<sup>er</sup> janvier 1990 et le 31 décembre 1991 :

a) En ce qui concerne les dividendes payés par une société par actions qui est un résident de la Suède, il y a lieu d'appliquer le taux d'imposition prévu aux paragraphes 3 et 4 de l'article 9 de la Convention entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Suède tendant à éviter la double imposition en matière d'impôt sur le revenu et sur la fortune et de divers autres impôts, en date du 17 avril 1959<sup>1</sup>, dans la version du Protocole du 22 septembre 1978<sup>2</sup>,

b) En ce qui concerne les dividendes payés par une société de capitaux qui est un résident de la République fédérale d'Allemagne, l'impôt ne peut excéder 10 p. 100 du montant brut des dividendes.

Les dividendes de cette nature payés après le 31 décembre 1991 relèvent des dispositions de la présente Convention.

4) Les conventions suivantes cesseront de produire leurs effets à l'entrée en vigueur de la présente Convention :

a) La Convention entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Suède tendant à éviter la double imposition en matière d'impôt sur le revenu et sur la fortune et de divers autres impôts, en date du 17 avril 1959, dans la version du Protocole du 22 septembre 1978,

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 428, p. 855.

<sup>2</sup> *Ibid.*, vol. 1424, n° A-6175.

b) La Convention entre le Reich allemand et le Royaume de Suède en vue d'éviter la double imposition en matière d'impôts sur les successions, en date du 14 mai 1935<sup>1</sup>,

c) L'Accord entre le Reich allemand et le Royaume de Suède concernant l'aide administrative et judiciaire en matière fiscale, en date du 14 mai 1935<sup>2</sup>;

elles continueront toutefois de s'appliquer aux revenus, à la fortune, aux successions, aux donations et aux actes d'assistance auxquels la présente Convention ne s'applique pas.

#### Article 47. DÉNONCIATION

La présente Convention restera en vigueur pendant une durée indéterminée, mais chacun des Etats contractants pourra, jusqu'au 30 juin de toute année civile postérieure à la cinquième année suivant la date de son entrée en vigueur, adresser à l'autre Etat contractant, par la voie diplomatique, une notification écrite de dénonciation; dans ce cas, elle cessera d'être applicable dans les deux Etats,

a) En ce qui concerne l'impôt sur le revenu, aux revenus perçus à partir du 1<sup>er</sup> janvier de l'année civile postérieure à celle de la dénonciation, et, en ce qui concerne l'impôt sur la fortune, aux impôts prélevés sur les éléments de fortune existant à partir du 1<sup>er</sup> janvier de l'année civile postérieure à celle de la dénonciation;

b) En ce qui concerne l'impôt sur les successions, aux héritages de personnes décédées à partir du 1<sup>er</sup> janvier de l'année civile postérieure à celle de la dénonciation, et, en ce qui concerne les donations, aux donations exécutées à partir du 1<sup>er</sup> janvier de ladite année;

c) En ce qui concerne les actes d'assistance effectués à partir du 1<sup>er</sup> janvier de l'année civile postérieure à celle de la dénonciation.

FAIT à Bonn le 14 juillet 1992 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et suédoise, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale  
d'Allemagne :

THEO WAIGEL

HARTMUT HILLGENBERG

Pour le Royaume  
de Suède :

TORSTEN ÖRN

<sup>1</sup> Société des Nations, *Recueil des Traités*, vol. CLXIII, p. 459.

<sup>2</sup> *Ibid.*, p. 425.



ANNEXE À LA CONVENTION ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE ROYAUME DE SUÈDE TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET SUR LA FORTUNE AINSI QUE SUR LES SUCCESSIONS ET LES DONATIONS ET CONCERNANT L'ASSISTANCE MUTUELLE EN MATIÈRE D'IMPOSITION FISCALE

La Convention s'applique aux impôts ci-après existant actuellement :

1. Dans la République fédérale d'Allemagne :

*Chapitre II*

- a) L'impôt sur le revenu,
- b) L'impôt sur les sociétés,
- c) L'impôt sur la fortune,
- d) La taxe professionnelle,
- e) L'impôt foncier.

*Chapitre III*

L'impôt sur les successions (donations).

*Chapitre IV*

- a) Les impôts visés aux chapitres II et III,
- b) L'impôt sur le chiffre d'affaires,
- c) Les droits de mutation,
- d) L'impôt sur les boissons,
- e) La taxe sur les spectacles et divertissements,
- f) L'impôt sur les véhicules automobiles,
- g) Les pénalités de retard, les surtaxes de retard, les intérêts et frais.

2. En Suède :

*Chapitre II*

- a) L'impôt d'Etat sur le revenu (y compris l'impôt sur les coupons et l'impôt sur les gens de mer),
- b) L'impôt d'Etat particulier sur le revenu pour les contribuables bénéficiant d'une réduction,
- c) L'impôt d'Etat particulier sur le revenu pour les artistes imposables bénéficiant d'une réduction,
- d) L'impôt sur le revenu des communes,
- e) L'impôt d'Etat sur la fortune,
- f) L'impôt foncier.

*Chapitre III*

L'impôt sur les successions et les donations,

*Chapitre IV*

- a) Les impôts visés aux chapitres II et III,
  - b) La taxe à la valeur ajoutée,
  - c) L'impôt sur l'aliénation de véhicules automobiles,
  - d) L'impôt sur les vols affrétés,
  - e) L'impôt sur la circulation routière,
  - f) L'impôt sur la circulation routière frappant certains véhicules non immatriculés en Suède,
  - g) Les surtaxes fiscales, les pénalités de retard, les surtaxes de retard, les intérêts et les frais.
-